

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 11. Oktober 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Vertragsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Kuyemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgespaltene Zeilenbreite über deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pfg. (zweifache Zeilenbreite), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schulstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Zum Kampf des Zentrums für Thron und Altar.

Auf dem Parteitag in Jena hat Bebel das Zentrum die grundsatzloseste aller Parteien genannt. Diese Kennzeichnung ist zweifellos richtig. Aber das Zentrum ist nicht nur die grundsatzloseste, sondern zugleich auch die verlogenste aller Parteien; eine Partei, der nach dem bekannnten jesuitischen Grundsatz jedes Mittel recht ist, das ihren jeweiligen Zwecken dient. Einen neuen Beweis dafür liefert die verlogene Taktik, die die Zentrums-Presse befolgte, nachdem der „Vorwärts“ in seiner Nr. 228 (vom 29. September) die im Januar 1907 zwischen dem Zentrumsführer Müller-Zulda und dem Genossen Bebel über die Abschließung eines gegenseitigen Stichwahlabkommens gewechselten Briefe veröffentlicht hatte. Auch nach dieser Veröffentlichung hielten zunächst die leitenden Zentrumsblätter an der Behauptung fest — indem sie teilweise ihren Lesern die Tatsache unterschlugen, daß schon am 25. Januar 1907 Herr Müller-Zulda bei dem Genossen Singer wegen der Unterstützung seiner Kandidatur im Kreise Hünsfeld-Gersfeld angefragt hatte, daß nicht der Abgeordnete Müller-Zulda, sondern der Abgeordnete Bebel zuerst die Abschließung eines gegenseitigen Stichwahlabkommens angeregt habe. Als diese kühne Auslegung der Briefe Bebels und Müllers in der Öffentlichkeit wenig Anklang fand und nur einige konservative Blätter vom Schlage der „Deutschen Tagesztg.“ die lächerlichen Deduktionen der Zentrums-Presse als richtig anerkannten, schlug diese eine andere Taktik ein. Nun hieß es, der Abg. Müller-Zulda möge wohl den ersten Anstoß durch seinen undorsichtigen Brief vom 27. Januar 1907 gegeben haben; aber Herr Müller hätte seinen Schritt ohne Kenntnis und Wissen der anderen Zentrumsführer, besonders des Wahlausschusses der Zentrums-Partei unternommen. Er wäre also auch nur allein für sein Vorgehen verantwortlich. Jedenfalls hätten die Mitglieder des damals in Köln tagenden Wahlausschusses ganz anders gedacht. Ihnen wäre das Bündnis mit einer revolutionären Partei, die gegen Thron und Altar kämpft, als eine Verletzung ihrer politischen und katholischen Pflichten erschienen; deshalb hätten sie das im Briefe Bebels enthaltene formelle Angebot eines Stichwahlbündnisses rundweg abgelehnt und zwar einstimmig. Und Herr Müller-Zulda bestätigte in einem Briefe an die „Köln. Volksztg.“ diese Angaben — wenn auch in einer Form, die ihm jederzeit den Rückzug ermöglichte. Er sagte nicht, daß kein anderer Zentrumsführer etwas von seinem Schritt gewußt hätte, auch nicht, daß das Stichwahlbündnis einstimmig vom zentrumsparteilichen Wahlausschuß abgelehnt sei — gehörte er doch selbst diesem Ausschuss als Hauptperson an —, er erklärte nur, er hätte keinen offiziellen Auftrag gehabt, den Brief vom 27. Januar 1907 an Singer zu schreiben.

Wir haben bisher nur auf diese Ausflüchte und Verlegenheitsausreden damit geantwortet, daß wir auf die Unwahrscheinlichkeit der von der Zentrums-Presse beliebten Darstellung des Vorganges hinwiesen. Nicht deshalb, weil wir andere Beweismittel nicht hatten, sondern weil wir sehen wollten, wie weit die Zentrums-Presse und ihre Hintermänner ihr verlogenes Spiel treiben würden. Nachgerade wird uns das heuchlerische Geschwätz der frommen kirchlichen Blätter aber auch zu bunt, und wir fügen deshalb unserem Artikel vom 29. September einige kleine vorläufige Ergänzungen zu, die deutlich zeigen, wie die Zentrums-Presse, die sich so oft ihrer hehren katholischen Moral rühmt, selbst die offene Lüge nicht scheut, wenn sie sich davon im politischen Kampf irgend einen Vorteil verspricht.

Eritens ist es absolut unrichtig, wenn behauptet wird, der Abg. Müller-Zulda hätte lediglich als Privatperson gehandelt, und der in Köln tagende Wahlausschuß des Zentrums hätte sein Vorgehen nicht gebilligt. Tatsache ist vielmehr, daß Herr Müller-Zulda selbst dem Ausschuss angehörte, und zwar als leitendes geschäftsführendes Mitglied. Außer Müller-Zulda gehörten diesem im Generalsekretariat des rheinischen Zentrums zu Köln tagenden Ausschuss noch die Herren Spahn, Karl Bachem, Cahensly, Fritzen-Düffeldorf, Gröber, Herold, Jäger, Schmitt-Mainz und Trimborn an. Dafür, daß tatsächlich Herr Müller der Geschäftsleiter dieses Ausschusses war und für diesen die Korrespondenz führte, können wir uns auf den Abg. Sittart-Kachen berufen, der erst jüngst in einer Dortmunder Zentrumsversammlung erklärte: „Am 27. Januar 1907 ging durch die Presse die Mitteilung, daß an dem darauffolgenden Tage in Köln auf dem Parteisekretariate in der Altenberger Straße der engere Parteivorstand zur Besprechung der Stichwahltaktik zusammentreten werde. An-

fragen sollten an diese Adresse, und zwar zu Händen des Abg. Müller-Zulda gesandt werden.“ Auch die Antwort Singers auf seinen Brief vom 27. Januar 1907 hatte sich Herr Müller-Zulda nach: Köln, Altenberger Straße Nr. 4, Generalsekretariat der rheinischen Zentrums-Partei, erbeten, und an diese Adresse hat denn auch Bebel seinen Brief vom 28. Januar 1907 gerichtet.

Zweitens ist es nach unseren Informationen — und wir haben keinen Anlaß, an deren Richtigkeit zu zweifeln — durchaus unrichtig, daß alle Mitglieder des Ausschusses gegen den Abschluß eines Stichwahlabkommens mit der Sozialdemokratie waren. Erst nach langen Hin- und Herwägungen einigte man sich darauf, formell das Wahlabkommen abzulehnen, dafür aber in dem Stichwahlaufschuß, der am 29. Januar veröffentlicht werden sollte und tatsächlich auch an diesem Tage in Köln erschien, die Unterstützungsbedingungen für die Stichwahlen derart zu stellen, daß jeder sozialdemokratische Kandidat sie ohne weiteres unterschreiben könne.

Zu dieser formellen äußerlichen Ablehnung eines Stichwahlbündnisses mit der Sozialdemokratie bestimmten aber nicht, wie heute die Zentrums-Presse der Welt glauben machen will, moralische Bedenken oder Rücksichten auf Thron und Altar den Zentrums-Ausschuß, sondern sehr reale wahlpolitische Gründe. Zum Teil hat Herr Müller-Zulda in seiner Antwort an Singer vom 30. Januar 1907 sie ganz richtig wiedergegeben; aber es fehlt der Hauptgrund, und dieser bestand darin, daß man im rheinisch-westfälischen Industriegebiet bereits vielfach mit den Nationalliberalen angebandelt und diesen in Aussicht gestellt hatte, in einigen Kreisen bei der Stichwahl für ihre Kandidaten zu stimmen, falls die Nationalliberalen in anderen Wahlkreisen für die Zentrumskandidaten gegen die Sozialdemokratie einträten. Dieses schöne Stichwahlkompromiß glaubte man zu führen und der Unterstützung der Nationalliberalen verlustig zu gehen, sobald irgend etwas über den formellen Abschluß eines Wahlabkommens zwischen Sozialdemokraten und Zentrum an die Öffentlichkeit dränge. Besonders soll es nach unseren Informationen Herr Trimborn gewesen sein, der Bedenken hatte; denn er hatte in Köln im ersten Wahlgange nur 17 869 Stimmen erhalten gegen 15 661 sozialdemokratische Stimmen und brauchte daher bei der Stichwahl die Unterstützung der Nationalliberalen. Zwar hatten die Mitglieder des Ausschusses zuweilen wenig Neigung dazu, die nationalliberale Fraktion des Reichstages zu verstärken, man war sich auch klar darüber, daß nach dem vorausgegangenen heftigen Wahlkampf ein beträchtlicher Teil des Zentrumswählers gar nicht für die nationalliberalen Kandidaten an die Wahlurne zu bringen sein würde; aber man wollte sich doch die Möglichkeit nicht verderben, mit Hilfe der getäuschten Nationalliberalen einige weitere Mandate zu ergattern.

Nicht irgendwelche patriotischen, religiösen oder moralischen Bedenken, nicht die Sorge um Thron und Altar haben demnach im Januar 1907 den Wahlausschuß bestimmt, auf Bebels Brief ablehnend zu antworten, sondern lediglich die Mandatsjagd.

Wie wenig patriotische oder religiös-moralische Bedenken das Verhalten des Wahlausschusses bestimmen, beweist die Tatsache, daß dem Brief des Abgeordneten Müller-Zulda an Singer vom 30. Januar alsbald ein am 31. Januar in Frankfurt a. M. aufgegebenes Telegramm folgte, das die Ablehnung zum Teil wieder aufhob. Es ist nämlich nichts als eine bewußte Lüge, wenn die Zentrumsblätter versichern, mit dem Ablehnungsbrief des Abgeordneten Müller hätte jede Verbindung zwischen dem Zentrums-Ausschuß und dem sozialdemokratischen Parteivorstand aufgehört. Am 31. Januar lief vielmehr folgendes Telegramm bei Singer ein:

„In Offenbach, Frankfurt, Hanau, Friedberg Entzaltung, Kompromisse mit Liberalen wegen Mainz und Höchst haben wir abgelehnt.“

Vielleicht wird die Zentrums-Presse wieder behaupten, auch dieses Telegramm sei eine reine Privatangelegenheit des Herrn Müller-Zulda. Tatsächlich fungierte, wie schon hervorgehoben ist, Herr Müller als Geschäftsführer des Wahlausschusses, und in dieser Eigenschaft, nicht als Privatmann, hat er seine Briefe und sein Telegramm verfaßt, spricht er doch auch ausdrücklich von „wir“! Zudem sollten sich doch die Zentrumsblätter reichlich überlegen, derartige Verlegenheitsausreden zu gebrauchen, denn sie beschuldigen damit Herrn Müller, hinter dem Rücken und gegen den Willen des zentrumsparteilichen Wahlausschusses eine die Absichten dieses Ausschusses durchkreuzende Politik getrieben zu haben, das heißt ein gemeiner Parteiverräter zu sein. Wir sind wirklich neugierig, ob ein Zentrumsblatt eine solche

Anklage zu erheben wagt! Vorläufig mag dieser niedliche Beitrag zur Charakteristik des Zentrums genügen; weiteres später.

Der Krieg.

Neue Meldungen vom Kriegsschauplatz liegen nicht vor. Von italienischer Seite erfährt man nur, daß der erste Teil des Expeditionskorps abgegangen und in dem strategisch wichtigen Hafen von Tabrak Bewachungsmannschaften zurückgelassen habe. Im übrigen unterdrückt die italienische Zensur alle privaten Mitteilungen.

Das deutsche Auswärtige Amt legt Wert darauf, die Italiener zu versichern, daß seine Politik im schärfsten Widerspruch zu dem Empfinden des deutschen Volkes stehe. Dem Korrespondenten eines römischen Blattes ist in der Wilhelmstraße mitgeteilt worden, daß die deutsche Presse keineswegs die Gedanken der deutschen Regierung wiedergebe. Auf diesem indirekten Wege erfährt man auch, daß das Auswärtige Amt sich zu jener berühmtesten Note des Wolffschen Bureau's bekennt, in der das italienische Vorgehen gebilligt worden war.

Diese Zustimmung ist übrigens nicht nur eine platonische. Der deutsche Volkshater in Rom muß getreu seiner Beschützerrolle der Italiener die türkische Regierung an der Führung des wirtschaftlichen Krieges gegen Italien zu hindern suchen und in einer offiziellen Auslassung der „Köln. Zeitung“ wird der Türkei bereits erklärt, daß sie auf Tripolis werde verzichten müssen. Das offizielle Deutschland ist also der Helfershelfer der italienischen Politik und da verliert man es noch den Jungtürken, wenn sie von der deutschen „Freundschaft“ nichts wissen wollen?

In der Türkei selbst wächst zusehends der Gegensatz zwischen dem Ministerium, das nach wie vor unerschütterlich und unentschieden ist, und den Jungtürken, deren Kongreß den entschiedensten Widerstand und die rücksichtslose Durchführung des wirtschaftlichen Krieges fordert. Es scheint, daß der jungtürkische Einfluß im Wachsen begriffen ist und schließlich seinen Willen durchsetzen wird. Bedenklich für die Italiener ist es auch, daß der Scheik der Senussi, eines mächtigen mohammedanischen Ordens, der durch ganz Nordafrika verbreitet ist, den heiligen Krieg erklärt hat.

In Italien wächst, von den Päpstlichen mit allen Mitteln gefördert, die Kriegsstimmung immer mehr. Und mit steigender Entschiedenheit erklärt die Presse, daß die Türkei auf alle Rechte in Tripolis und der Barza bedingungslos verzichten müsse. Wie unter solchen Umständen eine Vermittlungsaktion Aussicht auf Erfolg haben kann, ist vorläufig nicht recht einzusehen. Auf der Balkan aber wächst die Unruhe, und trotz aller Dementis scheinen die kleinen Balkanstaaten zu mobilisieren. Ob auch schon Oesterreich, ist zweifelhaft.

Ausfahrt des Expeditionskorps.

Rom, 10. Oktober. Die „Agenzia Stefani“ teilt mit: Der erste Teil des Expeditionskorps, der sich aus Infanterie, Artillerie und einer Kompanie Geniesoldaten zusammensetzt, verließ Neapel in der Nacht vom 5. zum 6. Oktober und landete heute in Merfa Tabrak, um den Hafen in Verteidigungszustand zu setzen und hier eine Wachmannschaft zurückzulassen. Die Landungstruppen gingen dann wieder an Bord und bleiben also außer Aktion.

Die Besetzung von Tabrak.

Neapel, 10. Oktober. „Il Mattino“ veröffentlicht über die Besetzung von Tabrak am 5. d. M. folgende Einzelheiten: Sofort, nachdem die Beschießung der Forts begonnen hatte, wurde eine Landungskompanie ausgeschifft, die mit aufgestanztem Gejonnelt unter dem Feuer der Schiffgeschütze das Fort erklümmte und dort die italienische Flagge hißte. Die aus dem Fort verjagten Türken, die sich auf die Verteidigung mit Gewehrfeuer beschränkt hatten, setzten ihr Feuer von den umliegenden Höhen aus fort. Die nunmehr im Fort befindlichen italienischen Matrosen erwiderten dieses mit wohlgezielten Schüssen. Allmählich hörte das Schießen der Türken auf. Währenddem hatte sich die Stadt ergeben. Den Mannschaften wurde ausdrücklich angeschlossen, sich nicht an Frauen oder Privateigentum zu vergreifen und die religiösen Gefühle der Eingeborenen zu schonen, sodann wurden die Häuser nach Waffen und Munition durchsucht und das Gefundene beschlagnahmt. Während der Nacht feuerten die Wachen von Zeit zu Zeit auf Vandalen, die in räuberischer Absicht in die Stadt einzudringen versuchten.

Eine Seeschlacht im Roten Meer.

Rom, 10. Oktober. In der letzten Nacht lief hier das Gerücht um, daß ein Kampf zwischen italienischen Schiffen und türkischen Torpedobooten, die auf der Fahrt nach dem Roten Meer begriffen gewesen seien, stattgefunden habe. Dies Gerücht wird von der „Sta“ und dem „Messaggero“ unter Vorbehalt wiedergegeben. Eine amtliche Bestätigung dieses Gerüchtes liegt bisher nicht vor.

Der „Heilige Krieg“.

Konstantinopel, 10. Oktober. „Jeni Gazetta“ erfährt, daß der im Hinterlande von Tripolitanien ansässige Scheik der Senussi den Italienern den heiligen Krieg erklärt hat. Der Sultan hat den Vätern zufolge Jmau

Yahla für sein Angebot, 100 000 Mann für den heiligen Krieg gegen Italien stellen zu wollen, seine Befriedigung aussprechen lassen. Auch der Großwesir antwortete dankend, fügte aber hinzu, vorläufig sei die angebotene Hilfe unnützlich.

Das Komitee will hartnäckigen Widerstand.

Konstantinopel, 9. Oktober. Der türkische Gesandte in Sofia Rustapha Assim Bey hat das Portefeuille des Ministeriums des Innern angenommen.

Der frühere Finanzminister Dschabib-Bey, der heute abend hier eingetroffen ist, hat dem Großwesir die Beschlüsse des jungtürkischen Kongresses in der Tripolisfrage mitgeteilt. Der Kongress empfiehlt, hartnäckigen Widerstand zu leisten.

Die Behandlung der Italiener.

Konstantinopel, 10. Oktober. Ein Zirkular des Justizministeriums an die Justizbehörden enthält genaue Anweisungen über die Behandlung der Italiener auf Grund des Völkerrechts. Die Funktionen gelten bis zum Friedensschluss. Ferner hat der Ministerat beschlossen, daß während der Dauer des Abbruchs der Beziehungen Italiener Immobilien nicht erwerben dürfen.

Der Beschluß über die Ausweisung der Italiener soll der Kammer unterbreitet werden, weil die Regierung die Verantwortung für eine so schwerwiegende Angelegenheit nicht allein übernehmen will.

Der Wunsch der Kretenfer.

Wien, 9. Oktober. Wie die „Neue Freie Presse“ aus Aneon meldet, ist die kretische Nationalversammlung heute früh im Namen des Königs von Griechenland eröffnet worden. Die Abgeordneten riefen: Es lebe die Vereinigung mit Griechenland.

Die Antwort der Mächte.

Konstantinopel, 10. Oktober. Wie verlautet, sind die bis gestern abend hier eingetroffenen Antworten der Mächte auf den letzten Schritt der Porte bezüglich Tripolis in dem Sinne gehalten, daß die Mächte sich über die Anfrage der Porte ins Einvernehmen setzen werden.

Das türkische Proletariat und der Krieg.

Am 4. Oktober fand in Saloniki, einer Meldung der „Frankf. Zeitung“ zufolge, ein Protestmeeting gegen den Krieg statt, obgleich die Regierung strenge Weisungen erteilt hatte, die Abhaltung von Meetings gegen Italien zu verhindern. Die Versammlung war von den 16 organisierten Arbeiterschindikaten Salonikis einberufen und fand im Hafengebiet statt. Diese Syndikate umfassen bereits 16 000 Arbeiter und bilden eine geschlossene sozialistische Partei. Die Reden wurden in türkischer, bulgarischer, judeo-spanischer, griechischer und französischer Sprache gehalten. Dabei haben sich ganz besonders der bekannte Arbeiterführer und Abgeordnete Vlahoff und der jüdische Arbeiterführer Arditti durch scharfe Beurteilung der Zustände bemerkbar gemacht. Besonders der letztere unterzog das Vorgehen der bisherigen Regierung und der sogenannten leitenden Kreise einer sehr scharfen und wohlberechtigten Kritik, wobei auf den Chauvinismus hingewiesen wurde, von dem sie besetzt sind. Die Versammlung vertiefte ohne störenden Zwischenfall, und nach Verlesung der gefaßten Beschlüsse, die auch das angestrebte Zustandekommen einer Vereinigung der Balkanstaaten betreffen, zu welchem Zweck die Unterstützung des internationalen Proletariats herangezogen werden soll, protestierte man ganz energisch gegen die seitens Italiens begangene Piraterie, aber man erhob auch energischen Einspruch gegen die Absicht, die italienischen Staatsangehörigen von hier auszuweisen, weil dadurch die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterverbände zu schwer geschädigt würden.

Nach Düsseldorf Konstanz.

Aus dem 1. badischen Reichstagswahlkreis wird uns geschrieben:

Die linksliberale Presse drückt nach dem sozialistischen Siege von Düsseldorf den Wunsch aus, es möchte bei der am 19. Oktober stattfindenden Nachwahl im Kreise Konstanz-Heberlingen geschehen, das Zentrum in die Stichwahl zu drängen und ihm dann mit sozialdemokratischer Hilfe den Kreis abzunehmen. Diese Presse ist anscheinend nicht darüber unterrichtet, daß die Liberalen dieses Kreises seit der letzten Reichstagswahl alles unterlassen haben, um die Vorbedingungen für eine Neuerung der liberalen Stimmen bei der jehigen Nachwahl zu schaffen. In den städtischen Bezirken hielten sie und hielten sie noch ihre regelmäßigen liberalen Stammtischabende ab, schimpften über die Pfaffen und das Zentrum und rührten keinen Finger, um das der letzteren Partei treuegebende Landvolk politisch aufzuklären und für sich zu gewinnen. Der verstorbenen Hug siegte 1907 mit 14 327 Stimmen im ersten Wahlgang, während auf den liberalen Bloß 8306 und auf die Sozialdemokratie 2565 Stimmen entfielen. Will man unter diesen Umständen einen solchen Kreis zu einer liberalen Domäne umwandeln, dann darf man sich nicht auf die Vorehre legen; zumal dann, wenn die Einwohnerschaft dieses Kreises zu vier Fünfteln katholisch ist. Jetzt allerdings steht die liberale Agitation mit Hochdruck ein. Auch den Abg. Raumann hat man sich für die letzten Tage vor der Wahl verschrieben; aber auf der Seite des Zentrums steht der ganze Heerband der katholischen Geistlichen unter Führung des geistlichen Kais Wacker aus Hahringen-Freiburg. An den Sonntagen und Samstagen spricht er von Dorf zu Dorf und schreibt: „Die Religion ist in Gefahr, stattdie Dankeschuld an Hug durch Wahl des Zentrums kandidaten Freiherrn von Rüpplin ab.“ Auch die Zentrumspresse ist in Konstanz-Heberlingen fast durchgängig in den Händen der Geistlichen, und das Blatt, das den Wahlkampf am schärfsten führt, die „Freie Stimme“ in Gladitzell, wird von einem katholischen Geistlichen geleitet. In einer Versammlung in der Gemeinde Wimmenshausen ließ Wacker sämtliche Geistliche und danach das ganze Landvolk aufstehen, zum Zeichen dafür, daß es kein Einverständnis „mit der politischen Tätigkeit der Seelsorger“ laut und öffentlich befunde. Da kann der Fürstbischof Kopp in Weisau zwanzig Erlasse gegen die Wahlteilnahme der Geistlichen hinausgehen lassen; in Baden, sagt die Zentrumspresse, gehören die katholischen Geistlichen vor die Front!

Für die Beurteilung des Ausfalls der Wahl kommt es vornehmlich auf die 1300 Wähler an, welche der Kreis seit 1907 aufgenommen hat. Schloßen die sich auf die Seite der Gegner des Zentrums, dann kommt es zur Stichwahl. Der Zentrumskandidat ist ein altkonservativer Landgerichtsdirektor, der sich seit Jahren als konservativ-kerikal bezeugt und dem die heutigen Verbündeten des Junkertums, die Kerikalen, in früheren Zeiten zu demokratisch waren. Er hat deshalb auch mehrmals in der rechtsliberalen Presse gegen Wacker polemisiert, was diesen aber gegenwärtig nicht hindert mit großem Eifer für den konser-

vativ-kerikalischen Freiherrn die Propaganda zu betreiben. Ein echter Zentrumsführer dergleichen; deshalb konnte auch Rathias Czberger bei seiner jüngsten Anwesenheit im Kreise die Behauptung wagen, dem Zentrum habe man es zu verdanken, wenn die indirekten Steuern in Deutschland nicht noch höher seien.

Der liberale Kandidat ist ein Gärtnereibesitzer Schneider im Industriebläthen Singen; seit zwei Jahren sitzt er im badischen Landtag. Politische Konsequenz ist nicht seine stärkste Seite. Er macht der ländlichen Wählerschaft — im Kreise hat die Industrie nur größere Bedeutung in Konstanz, Radolfzell und Singen — ziemlich weitgehende Zugeständnisse in bezug auf den Zollfuß. Immerhin besitzt er als Kreisangehöriger eine größere Popularität als der konstanzer Landgerichtsdirektor, den die Zentrumspresse täglich „zum populären Volksmann mit hohen Kenntnissen und tief religiöser Gesinnung“ kempelt, um ihn den Bauern des badischen Seckreises einigermaßen empfehlenswert zu machen.

An der sozialdemokratischen Agitation ist charakteristisch, daß unsere Partei bei der diesmaligen Wahl auch in den schwärzigen Dörfern Versammlungslokale erhält. Ihr Kandidat, Wuchbruder Großhans in Konstanz, eilt an den Versammlungstagen — Sonnabend, Sonntag und Montag — von Dorf zu Dorf und findet überall gute Aufnahme. Ein Zeichen des steigenden Einflusses der Sozialdemokratie ist ferner die starke Zunahme der Abonnenten der neugegründeten Parteizeltung des badischen Oberlandes, der „Freiburger Volkswacht“.

Der Parlier Lockspitzelprozeß.

Paris, 9. Oktober. (Fig. Ver.)

Am Sonnabend hat vor den Geschworenen des Seine-Departements die Verhandlung gegen die „revolutionären jungen Garden“ begonnen, die die „revolutionäre Sicherheitspolizei“ organisiert und auf der Redaktion der „Guerre Sociale“ die Lockspitzel Wled und Métiérier entlarvt haben. Auf der Anklagebank sitzen sechs Angehörige der revolutionären Organisation, darunter der Redakteur der „Guerre Sociale“ Almerchda. Die Anklage beruht namentlich auf den nachträglichen Beschuldigungen der Spizel, daß man sie während ihres unfreiwilligen Aufenthalts auf der Redaktion dieses Blattes mit Revolvern bedroht und mißhandelt habe. In ihren schriftlichen Geständnissen wird das Gegenteil bezeugt. Die Anklage lautet auf Einschränkung der persönlichen Freiheit und Verletzung des Hausrechts — durch eine bei Wled ohne sein Wissen vorgenommene Hausdurchsuchung. Zwei weitere, in die Strafverfolgung einbezogene Personen, die Redakteure der „Guerre Sociale“ Merle und Verceau, sind aus Belgien, wohin sie sich, um das Weitererscheinen der „Guerre Sociale“ zu sichern, geflüchtet haben, nicht zurückgekehrt. Vier der Angeklagten, die gleichfalls in Belgien waren, haben sich zur Verhandlung dem Gericht gestellt.

Dagegen ist der Kronzeuge der Anklage Métiérier nicht erschienen, ebenso seine Geliebte. Angeblich halten sie sich in Casablanca auf, wo Métiériers Schwester ein öffentliches Haus besitzt. Personen, die ihn gut kennen, bezeugen aber, ihn noch vor wenigen Tagen in Paris gesehen zu haben. Warum er es vorgezogen hat, durch Abwesenheit zu glänzen, ist bei der Verhandlung klar geworden.

Das Verhör bietet zunächst nicht viel Interessantes. Die Angeklagten bestreiten entschieden, gegen die von ihnen verdächtigten Personen — es war noch eine dritte, der „Anarchist“ Dudragne, dabei, der indes nicht überführt werden konnte — Gewalt angewendet zu haben. Als beim Fall Métiérier zur Sprache kommt, daß die Angeklagten die Polizeiberichte des Spizels in Händen hatten, bemerkt der Präsident: „Das beweist also, daß Ihr Sicherheitsdienst gleich dem anderen (ein nettes Geständnis!) ein schwarzes Kabinett hat, wo die auf den Postämtern entwendeten Briefe geöffnet, photographiert und hernach wieder befördert wurden.“ Almerchda erwidert: „Ich kann bezeugen, daß der Brief Métiériers an Clemenceau nicht auf einem Postamt beiseite gebracht worden ist.“ Präsident: „Kun also...“ Almerchda: „Kun, es gibt höhere Ämter als es die Postämter sind.“ (Heiterkeit.) Präsident: „Sehr gut! Es ist ausgezeichnet, daß die Jury nun weiß, daß Ihr revolutionärer Sicherheitsdienst selbst in die höchsten Regionen einbringt.“

Der Spizel Wled macht bei seinem Auftreten einen köstlichen Eindruck. Er wiederholt stammelnd seine Sätze oder corrigiert das eben Gesagte. Sein Bestreben, in die „junge Garde“ Einlaß zu finden, will er damit rechtfertigen, daß er „Anarchist“ sei. Aber er kann nicht leugnen, daß er sich zuvor bei den monarchistischen „Camelot du roi“ herumgetrieben hat.

Die geladenen Polizeibeamten sind nicht erschienen. „Sie würden sich ohnedies auf das Amtsgeheimnis berufen“, meint der Präsident nicht unrichtig.

Nach der Verlesung der Anklage Métiériers kommt es zu einer sensationellen Szene. Almerchda legt zunächst dar, wie Métiérier vor 3 Jahren von Clemenceau angeworben wurde, um über die Tätigkeit der politischen und Gewerkschaftsorganisationen Berichte zu liefern; „Wir wußten aber, daß er auch ein Lockspitzel sei. Wir wußten, daß ihm die Manifestation von Villeneuve-Saint-Georges zu danken war, wo es 3 Tote und 300 Verwundete gab. Wir wußten, daß dank ihm beim Hahnenkampf der Zusammenstoß von Eich stattgefunden, bei dem Streikende und Polizisten einander massakrierten. Aber ich liefere den Beweis, daß er es war, der zur Zeit des Eisenbahnstreiks die Bombe bei dem Redakteur der „Patrie“ und Gemeinderat Massard niederlegte und so die Verhaftung und Verfolgung des Herrn Briand provozierte. Hier das Dokument:

Und unter ungeheurer Spannung liest Almerchda: „Ich weiß über die Petarde Massard Bescheid, die während des Eisenbahnstreiks platze. Ich verpflanze mich darüber Schweigen zu betreiben. Ich bekenne, am Legen der Petarde teilgenommen zu haben.“

Und Almerchda fügt hinzu: „Ich glaube, meine Herren Geschworenen, durch die Demaskierung dieses Menschen haben wir nicht nur uns selbst gedient, deren Bewegung er zu entehren drohte, sondern auch jenen, die seine Opfer hätten werden können!“

Die Wirkung dieser Enthüllung ist ungeheuer. Die Geschworenen sehen einer den anderen an und können ihre Enttäuschung nicht verhehlen. Der Vorsitzende aber sagt mit gewichtiger Stimme:

Kraft meiner disziplinären Gewalt erkläre ich dieses Schriftstück für in Beschlag genommen. Meine Herren, Sie haben einen Verbrecher angezeigt. Wenn die Tatsachen, die in diesem Schriftstück berichtet werden, wahr sind, haben Sie der Gesellschaft einen Dienst erwiesen und die Justiz dank Ihnen durch meinen Mund!

Welche Tragweite Almerchdas Enthüllung hat, braucht wohl nicht erst ausgeführt zu werden. Métiérier hat also nicht nur Clemenceau, sondern auch Briand gedient und diesem den Vorwand für seine Gewaltpolitik geliefert. Ein neuer Viskärsfall fällt auf die dunkeln Vorgänge des Eisenbahnstreiks, der bekanntlich in einem für die Eisenbahner ungünstigen Augenblick, gegen den

Willen des gewählten Generalkomitees ausgebrochen ist. Briand hat damals als Ordnungsbreiter Diktatorgewalt erlangt — mit Hilfe des Bombenmanns Métiérier! Und wie denkt Herr Métiérier über seinen Gehilfen? Nebenbei — hängt der rätselhafte lange Besuch, den Briand vor einigen Tagen Cailhau gemacht hat, vielleicht mit diesem Prozeß zusammen? Herr Cailhau mochte allerdings ihm zuliebe nicht auf die Verhandlung verzichten, die Clemenceau, der sich wieder mausig macht und anscheinend den Kongreß-Patriotismus zu parlamentarischen Intrigen ausbeutete möchte, dermaßen kompromittiert.

Die heutige Verhandlung brachte bei der Zeugenbernehmung noch manches interessante Detail. So sagte Genosse Rutagier, der als Sekretär des Gewerkschaftsverbandes der Seine bei den Ereignissen von Villeneuve-Saint-Georges im Vordergrund stand, aus: „Alles wäre ohne Blutvergießen ausgefallen. Aber man hatte uns den Kameraden Ricordeau und Métiérier gesendet, der die Seele des Ausstands wurde. Es ist wahr, daß er sich im richtigen Augenblick verhaften ließ, indem er einen Dragonerleutnant beschimpfte. Er mußte ja während der Repressalien im Loch sitzen...“

Im gleichen Sinne sagt Griffuelhes und andere Zeugen aus. Mehrere Journalisten, die zur Entlastungszwecke nach der Redaktion der „Guerre Sociale“ eingeladen worden waren, bezeugen, daß die entlarbten Spizel durchaus nicht den Eindruck von Deuten machen, denen Gewalt angetan worden wäre. Mit jugendlicher Verbe tritt der achtjährige Rochefort an den Zeugenstand und sagt auf die Frage, was er von der politischen Spizelei denke: „Was ich denke? Mein Gott, alle Regierungen gleichen einander. Ich habe oft mit Lockspitzeln zu tun gehabt. Aber ich muß feststellen, daß die Bomben, die man ehemals niederlegte, meistens inoffensiv waren. Heute sehen wir zum ersten Male einen agent provocateur, der Eisenbahnzüge in die Luft sprengen will und eine Bombe in einem bewohnten Haus niederlegt.“ Worauf der Staatsanwalt entrüstet fragt, was dem Zeugen erlaube, der Geheimpolizei solche Abscheulichkeiten zuzutrauen. Das Bekenntnis Métiériers sei „ein Papierfetzen“. Was aber ist dann seine Zeugenaussage, die die Basis der Anklage bildet?

Freisprechung!

Paris, 10. Oktober. (W. Z. V.) In dem Prozeß gegen die Redakteure der „Guerre Sociale“ wurden gestern sämtliche Angeklagte freigesprochen. Es handelt sich dabei um folgenden: Der Redakteur Almerchda konnte nachweisen, daß Métiérier bei Legung einer Bombe in dem Hause eines Pariser Gemeinderatsmitgliedes beteiligt war und von der Pariser Polizei ein Monatsgehalt bezog.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Oktober 1911.

Sozialdemokratische Interpellationen.

Durch den Abg. Webel wurden am Dienstag, den 10. Oktober, namens der sozialdemokratischen Fraktion folgende Interpellationen im Reichstage eingebracht:

1. Die Unterzeichneten richten an den Herrn Reichskanzler die Anfrage, welches der Stand der Dinge in den Verhandlungen mit Frankreich bezüglich der Marokkofrage ist.

2. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um der notorischen Teuerung der notwendigsten Lebens- und Futtermittel, die zu einer Katastrophe für den größten Teil des deutschen Volkes geworden ist, entgegenzuwirken?

3. Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß von Seiten einer Reihe von Behörden gräßliche Verhöhnungen gegen den Namen des Vereins- und Versammlungsgesetzes für das Deutsche Reich begangen wurden? Und was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dem erwähnten Gesetz seitens der Behörden Geltung zu verschaffen?

Die Kongoverhandlungen.

Ueber die Marokkoverhandlungen schreibt heute der „Figaro“: Viele Leute schreien bei uns über Demütigung, weil die Regierung sich rüftet, einen Teil des Kongos an Deutschland abzutreten. Diese Abtretung ist gewiß sehr unangenehm, aber wir wußten es, und wir hatten sie im Prinzip bereits seit Juli angenommen. Am ersten Tage, an dem wir in Unterhandlungen zu Guelien traten, wußten wir wissen, um was es sich handelt, um die Freiheit des Handels für Frankreich in Marokko gegen Ueberlassung von Gebietsanteilen des Kongos an Deutschland. Jetzt ist es zu spät, darauf noch einzugehen, auch können wir nicht mehr über das Prinzip der Kompensationen diskutieren, sondern nur noch über ihren Umfang. Mit gutem Willen und mit Geduld kann man zu einer für beide Länder amiehbaren Lösung gelangen.

Zur Information.

Wie die „Nordd. Allg. Zeitung“ mitteilt, wird der Ausschuß des Bundesrats für die Auswärtigen Angelegenheiten Mittwoch versammelt werden, um, wie in den letzten Jahren vor dem Zusammentritt des Reichstages, Mitteilungen des Reichskanzlers entgegenzunehmen.

Dieses verfassungsmäßige Gremium ist bekanntlich längst verrottet; es darf warten, leben und manchmal sogar hören, aber beiseite keinen Einfluß nehmen.

Zur Charakteristik der Kampfesweise des Zentrums.

Wie uns telegraphisch aus München gemeldet wird, enthält die Dienstagnummer der „Münchener Post“ einen „Vergleich“, der einen Verleumdungsbeitrag der Zentrumspresse in einer für diese geradezu verurteilenden Weise abschließt:

Im April dieses Jahres wies die „Münchener Post“ einen Angriff des Organs der christlichen Eisenbahner zurück und bemerkte dabei, daß gerade der Redakteur des Eisenbahnerblattes, der bayerische Zentrumsabgeordnete Dauer, genau wisse, „wie nachsichtig die sozialdemokratische Presse selbst gegen politische Gegner ist, denen sie manches am Zeuge stützen könnte“.

Darauf wandte sich Herr Dauer gegen das sozialdemokratische Linscheln und Raufscheln. Seine Bemerkung sei „Erpresserpolitik“; es sei ja bekannt, „daß die „Münchener Post“ nach dem System der Revolverblätter über jeden Gegner Personalakten führt“.

Das Münchener Zentrumsblatt, der „Bayrische Kurier“, unterstrich dann diese Neuerungen noch kräftig:

„Mit Drohungen von „Entstellungen“ will die „Münchener Post“ den Gegner einschüchtern, auch wenn sie nichts weiß. — Sie rechnet damit, daß jeder Mensch „dunkle Punkte“ hat. Das ist eine zwar sehr schäbige, aber nicht wirkungslose Methode. In wie manchen südtürkischen und haastischen Kammern nimmt man eine besondere, durch nichts gerechtfertigte ängstliche Rücksicht auf das Sozialistenblatt, weil man fürchtet, es könnte einem persönlich unangenehm werden! Man bemüht sich um das Wohlgefallen der sozialdemokratischen Herren, wie etwa Geldinstitute dem „kleinen Journal“ oder der „Kritik“ (Anmerkung: Zwei Münchener Skandalblätter) fetter Inserate geben, in der stillen Hoffnung, so seine Ruße zu haben.“

Der christliche Artikel schließt mit der Drohung, daß auch Zentrumsredakteure manches wüßten: „Man trägt ihnen oft z. B. seit langem unbezahlte Schneidrechnungen und pikante Ehegeschichten führender Genossen zu.“

Unser Parteiblatt antwortete mit der Ankündigung einer Klage gegen den „Bayerischen Kurier“ und fügte hinzu, daß es nunmehr wegen der Schwere des Vorwurfs gezwungen sei, die bisher geübte Reserve aufzugeben:

„Wir werden zu der Verhandlung gegen den „Bayerischen Kurier“ zunächst drei katholische Geistliche, darunter einen hervorragenden Führer der Zentrumsfraktion des Landtages, als Zeugen laden lassen.“

Diese erste Serie von Zeugen, denen, je nach der Entwicklung des Prozesses, weitere Serien folgen werden, mag dann unter Eid vor der breitesten Öffentlichkeit des Gerichts die „persönliche Kampfesweise“ und die „Expresstaktik“ der „Münchener Post“ in das rechte Licht rücken.“

Seitdem hatten die Verleumder im „Bayerischen Kurier“ keine ruhige Stunde mehr. Man hatte keine größere Sorge, als um jeden Preis diesen Prozeß zu verhindern. Die wissenden Männer des Zentrums setzten dem Platte so lange zu, bis es sich zur Selbstentleerung entschloß, und, indem es der „Münchener Post“ eine demütige Ehrenerklärung ausstellte, sich selbst als jämmerlichen Verleumder bekannte. Der „Bayerische Kurier“ verstand sich nämlich zu folgendem Vergleich:

1. Der „Bayerische Kurier“ hat... einen Artikel veröffentlicht, in welchem der sozialdemokratischen „Münchener Post“ u. a. Expresstaktik, schädliche Methode, Freiheit vorgeworfen, und worin sie auf eine Stufe mit der Revolverpresse gestellt wird. Der Privatbesitzer nimmt hiermit die in jenem Artikel enthaltenen Beleidigungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und erklärt, daß die in dem Artikel enthaltenen beleidigenden Angriffe jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Er widerruft sie daher hiermit in aller Form.

2. Der Privatbesitzer ist ermächtigt, diesen Vergleich auf Kosten des Verleumder zu schließen, je einmal in der „Münchener Post“, dem „Bayerischen Wochenblatt“, dem „Bayerischen Kurier“, im „Eisenbahner“ und in der „Münchener Neuesten Nachrichten“ in der für amtliche Bekanntmachungen üblichen Form öffentlich bekannt zu geben.

3. Der Privatbesitzer trägt die bisher entstandenen Kosten. Der Fall wird im Reichstagswahlkampf nicht vergessen werden. Je gemeiner, roher und lügenhafter jetzt die Zentrumspresse gegen die Sozialdemokratie tobt, um so wichtiger ist dieses ultramontane Selbstzeugnis.

Denn das führende Zentrumsblatt Münchens ist nunmehr geständig:

1. Daß die Zentrumspresse die Gegner brutal, sinnlos und schmutzig verleumdet. 2. Daß dagegen die sozialdemokratische Presse nicht nur die Gesetze des Anstandes befolgt, sondern auf den Gegner jede mögliche menschliche Rücksicht nimmt. 3. Daß Zentrumsführer und Zentrumsgeistliche allen Grund haben, es mit allen Mitteln zu vermeiden, daß sie unter dem Gerichtsbild über die Moral eines sozialdemokratischen Blattes auszusagen müssen! Selbst mit dem Mittel, daß sie das eigene Parteiblatt zum moralischen Selbstmord zwingen!

Die Farenhenschmach in Deutschland.

Am 11. d. Mts. findet vor dem Ehrengericht der Anwaltskammer für die Provinz Brandenburg die Verhandlung gegen den Genossen Dr. Karl Liebknecht statt, die vom ersten Vizepräsidenten des Kammergerichts angeordnet worden ist. Die Vorgeschichte dieses Falles ist bekannt. Im Oktober vorigen Jahres wandte sich der Rechtsanwalt Schwabe in Berlin an den Justizminister mit dem Antrage, gegen Liebknecht wegen seines Auftretens auf dem Magdeburger Parteitage einzuschreiten. Der Justizminister gab dem Antrage des Demunzianten sofort bereitwillig statt und setzte den behördlichen Apparat in Bewegung, um Liebknecht wegen seines stammenen Protestes gegen die Farenhenschmach an den Stragen zu gehen.

Im Verlauf von einigen Monaten wurde auf Veranlassung des Justizministers in den entsprechenden Instanzen die Frage erwogen, ob man gegen den Genossen Liebknecht ehrengerichtlich oder strafrechtlich vorgehen könne. Der Oberstaatsanwalt wie der Oberstaatsanwalt in Naumburg und der Erste Staatsanwalt in Magdeburg fanden keine geeignete Handhabe für die strafrechtliche Verfolgung unseres Genossen und entschieden deshalb diese Frage in verneinendem Sinne. Daraufhin richtete der Oberstaatsanwalt am Kammergericht an den Vorstand der Anwaltskammer in Berlin den Antrag, ein ehrengerichtlich Verfahren gegen Liebknecht einzuleiten. Dieser Antrag wurde von den Standesgenossen Liebknechts abgelehnt. Auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts erfolgte am 27. Februar d. J. der Beschluß des Kammergerichts, der über den ursprünglichen Antrag weit hinausging und unter Abstandsnahme von einer Voruntersuchung sofort das Hauptverfahren eröffnete. Erst dann — also fast ein halbes Jahr nach seiner Magdeburger Rede — erfuhr Genosse Liebknecht von dieser ganzen gegen ihn gerichteten Staatsaktion. Bis zu dem Moment der Zustellung des Kammergerichtsbeschlusses hatte er keine Ahnung, daß ein hochwiderrechtliches Verfahren gegen ihn im Gange war. Diese Unwissenheit beschäftigte daraufhin auch das preussische Abgeordnetenhaus. Die sozialdemokratische Fraktion hatte — gegen den Wunsch von Liebknecht — aus prinzipiellen Gründen den Antrag eingebracht, daß das Verfahren gegen unseren Genossen eingestellt werde. Dieser Antrag, der der bisher geübten Praxis durchaus entspricht, und dem bisher stets anstandslos entsprochen worden war, wurde aber von der Gesetzgebungscommission abgelehnt. Indessen konnte dieser Beschluß, der als Ausfluß niedriger politischer Macht der schwarzblauen Majorität des Abgeordnetenhauses angesehen werden muß, im Plenum nicht aufrecht erhalten werden, da das Zentrum im letzten Augenblick umfiel. Es wurde infolgedessen mit keiner Majorität der Antrag angenommen, daß das ehrengerichtlich Verfahren während der Dauer der Session eingestellt werde.

Die für den 11. d. Mts. angeordnete Verhandlung bietet dem Genossen Liebknecht endlich Gelegenheit, mit dem Vertreter der Anwaltsbehörde in dieser Frage die Dinge zu klären. Diese Auseinandersetzung ist für die Öffentlichkeit durchaus erwünscht. Gibt sie ihr doch wieder einmal Gelegenheit, sich eingehender mit den sündhaften Zuständen im Farenreiche und der Person des Platzhirschen zu beschäftigen, dessen sinnlosstes Treiben mehr denn je den Abscheu der gesamten Kulturwelt erweckt und den allgemeinen Protest gegen seine Farenregistrierung herausfordert.

Das böse Gewissen.

Von parlamentarischer Seite gehen der „Post“ allerley Indiskretionen über die Motive zu, die die Regierung

und die regierenden Junken veranlaßt haben, trotz einer Fülle wichtiger Beratungsgegenstände auch diesmal wieder den Landtag verspätet, nämlich erst nach Neujahr einzuberufen. Der Parlamentarier schreibt der „Post“:

„Das Staatsministerium scheint nun doch beschloffen zu haben, den Landtag erst nach Neujahr einzuberufen. Für diese Entscheidung ist offenbar die Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen maßgebend gewesen. Man befürchtet wohl, daß die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses seitens der Opposition, besonders seitens der Sozialdemokraten, zu Wahlagitationen mißbraucht werden. Wenn, wie glaubwürdig verlautet, der Beschluß des Staatsministeriums sich mit den Wünschen der Konservativen deckt, so sind dafür zweifellos auch ähnliche Beweggründe bestimmend gewesen. Man wird aber bestreiten müssen, daß durch den Verzicht auf eine Herbstsession in noch höherem Maße das Herbeigeführt wird, was man gerade damit vermeiden wollte, denn es ist geradezu mit Sicherheit anzunehmen, daß die oppositionellen Parteien aus der Nichtberufung des Landtages im Herbst den Schluß ziehen werden, daß die gesetzgeberischen Absichten der Regierung derartig bedenklich seien, daß man damit vor den Wahlen nicht an die Öffentlichkeit zu treten wage.“

Die Befürchtung, daß die Verhandlungen des Landtages der Sozialdemokratie den dankbarsten Agitationsstoff geliefert haben würden, ist sicherlich nicht unbegründet gewesen. Ebenso recht freilich müssen wir der „Post“ darin geben, daß auch die Nichtberufung des Landtages der Sozialdemokratie dankenswerte Gelegenheit zur Geißelung der vorkriegsfeindlichen russischen Politik bieten wird!

Rivalitätsstreitigkeiten im bayerischen Zentrum.

In der bayerischen Landtagsfraktion des Zentrums gab es in den letzten Tagen allerlei Kämpfe hinter den Kulissen. Es handelte sich um die Wahl des Fraktionsvorsitzenden — nach dem Tode Dalters. Mit der konservativen Richtung rang die von Heim geführte häuerliche Gruppe. Heim unterlag. Zum Fraktionsvorsitzenden wurde der Landgerichtspräsident Lerno gewählt, ein schwarzer Reaktionsär, der seine politische Laufbahn als Demokrat und Redakteur an einem demokratischen Blatt begonnen hat.

„Unpraktische Wissenschaft.“

In der Tagung des Vereins für Sozialpolitik, die Montag in Nürnberg begann, gab Professor Schmoller in seiner Eröffnungsrede über die politische Befähigung der bürgerlichen Professoren ein recht skeptisches Urteil ab. Er sagte:

„Wir sind weder ein lediglich wissenschaftlicher Verein, noch ein Verein für praktische Politik. Wir stehen auf der Schwelle, die die Wissenschaft mit praktischer Betätigung vereint. Wir dürfen aber dabei die stillen und ethischen Werturteile nicht ausschalten; denn damit würde der Verein seine Bedeutung verlieren. Ich glaube, daß die ganze Zusammensetzung unseres Vereins mehr befähigt für wissenschaftliche Untersuchungen; praktische Politik treiben können wissenschaftliche Kreise nicht; denn wo zwei Professoren zusammenkommen, da gibt es ja bekanntlich drei bis vier Meinungen. Um praktische Politik wirksam zu betreiben, müßten wir viel einseitiger sein. Wir dürfen daher unsere Tore nicht so weit öffnen wie bisher. Wir sind und bleiben also in erster Reihe vorwiegend eine akademische Publikationsgesellschaft.“

Diese Resignation der akademischen Sozialpolitiker ist recht bezeichnend. Im Grunde genommen kann es gar keine schärfere Bankrotterklärung der bürgerlichen Sozialwissenschaft geben, als das Geständnis, daß ihre Träger zu praktischer Politik, also zur Uebersetzung der Theorie in die Praxis unfähig sind. Und es ist nicht nur die spezifisch politische Freiheit und Charakterlosigkeit preussischer Professoren, die an eine wirkliche Freiheit der Wissenschaft ja nicht mal zu denken wagen, die sie nach dem Geständnis Schmollers zur Politik unfähig macht. Es liegt viel mehr noch an der Methode der bürgerlichen sozialwissenschaftlichen Forschung. Die Herren lehnen den Marxismus aus Furcht vor den Konsequenzen von vornherein ab; damit verzerren sie sich aber zugleich die einzige Methode, die auf die Aufklärung strenger kausaler Befehmmäßigkeiten in der Gesellschaftswissenschaft gerichtet ist. Sie ziehen es vor, trotz ihrer „praktischen Unfähigkeit“ ethische, subjektive Regeln für das ihnen richtig scheinende Verhalten der Parteien und Klassen aufzustellen. Und wieder hat Schmoller den Erfolg richtig charakterisiert, wenn er sagt, wo zwei Professoren zusammenkommen, da gibt es drei bis vier Meinungen. Diese gänzliche Unfähigkeit der bürgerlichen Sozialwissenschaft wird freilich ihre hochmütigen Vertreter nicht davon abhalten, den wissenschaftlichen Sozialismus vom hohen Hof herab in Grund und Boden zu kritisieren.

Es war nicht böse gemeint.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben: Konrad Haußmann, der völksparteiliche Reichstags- und Landtagsabgeordnete aus Schwaben, hat, wie berichtet, letzter Tage in einer öffentlichen Versammlung in Stuttgart der Sozialdemokratie Krieg angesagt. Bei den kommenden Wahlen werde die Volkspartei ihre ganze Stochkraft — soweit sie über solche verfüge, seine Herr Haußmann vorzüglich hinzu — gegen die Sozialdemokratie richten, des Prinzips wegen. Die Antwort des „Vorwärts“ auf diesen Kriegsruf hat der Volkspartei nicht gefallen. Der Chef der Partei, Kammerpräsident v. Bajer, sucht einzulegen. In einer Versammlung in Württemberg und neuerdings auch in Heilbronn, versicherte er, sein Freund Konrad Haußmann habe das nicht so böse gemeint. Daß die Sozialdemokratie neben dem Ziel der Niederwerfung des schwarz-blauen Blocks noch das andere Ziel der Stimmengabung verfolgt, ist gerade in diesem Wahlkampf zu bedauern, und die Aeußerungen Haußmanns in Stuttgart sind nicht, wie der „Vorwärts“ sagt, eine Kriegsanzeige, sondern lediglich die Konsequenz der sozialdemokratischen Haltung.“

So Bajer in Heilbronn. Der naive Beschwichtigungsversuch Bayers wird verständlich angesichts der politischen Situation der Volkspartei in Württemberg. Heilbronn, wo Bajer sprach, verdankt die Volkspartei der sozialdemokratischen Stichwahlhilfe. Durch eigene Kraft hätte die Volkspartei kaum nicht in den Reichstags- und Landtagswahlen den 7894 völksparteilichen Stimmen 7088 Zentrumsstimmen und 2439 sozialdemokratische gegenüber, in Heilbronn wurden in der Hauptwahl 1907 gegliedert: Volkspartei 8598, Zentrum 6455, Sozialdemokratie 4204. In Württemberg, dem Reichstagswahlkreis N. Haußmanns, hat es die Sozialdemokratie in der Hand, den großen Sozialistenstier zu werfen. Schon 1907 hatte Haußmann durch seine ebenso anmaßende wie treulose Politik die Genossen derart erbittert, daß der Beschluß gefaßt wurde, Haußmann zu werfen und den Zentrumsführer zu wählen. Von einer energischen Durchführung dieses Beschlusses ist jedoch abgesehen worden. Man glaubte, die Warnung an die Adresse Haußmanns werde ihn erweichen. Auch im 14. Wahlkreis (Ulm) wird die Sozialdemokratie ein sehr ernstes Wort mitreden.

Bei den Landtagswahlen im nächsten Jahre sieht es für die Volkspartei noch ungünstiger. 1908 wurde ein Wahlabkommen für den zweiten Wahlgang zwischen Sozialdemokratie

und Volkspartei vereinbart, bei dem die Sozialdemokratie den größten Teil der Kosten übernahm und der Volkspartei den Löwenanteil an Mandaten überließ. Bemerkenswert mag werden, daß im zweiten Wahlgang alle Kandidaten wieder aufgestellt werden können, die relative Stimmenmehrheit entscheidet, während im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit aller abgegebenen Stimmen erforderlich ist. Nach diesem Uebereinkommen zog die Volkspartei ihre Kandidaten in fünf Wahlkreisen zurück; die Sozialdemokratie hingegen zog ihre Kandidaten zugunsten der Volkspartei in fünfzehn Wahlkreisen zurück. Die Sozialdemokratie erlangte drei Mandate, die Volkspartei verdankt dieser recht uneigennütigen Wahlhilfe der Sozialdemokratie acht Landtagsitze. Ohne diese Hilfe wäre die Volkspartei zu einem Haussein zusammengekommen. Kaum aber war die Landtagswahl vorbei, kaum hatte die Volkspartei ihre Mandate in Sicherheit gebracht, als sie auch schon mit den Nationalliberalen anbandelte und ein Wahlabkommen zur Reichstagswahl gegen die Sozialdemokratie schloß. Der Hottentottentummel wurde von der Volkspartei weiblich gegen uns ausgeübt. Die Folge war, daß die Sozialdemokratie von ihren vier Reichstagsitzen drei einbüßte und nur einen — Stuttgart — behauptete.

Diesmal ist die parteipolitische Lage wesentlich anders. Die Zeiten sind vorbei, da die Volkspartei für sozialdemokratische Wahlhilfe mit Fuhrtritten danken konnte. Herr v. Bajer scheint das begriffen zu haben, Herr Konrad Haußmann noch nicht.

Oesterreich.

Die Teuerungsbekämpfung.

Wien, 10. Oktober. Abgeordnetenhause. Bei der heute fortgesetzten Beratung der Teuerungsbekämpfung wies Ministerpräsident Baron Gautsch die von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Adler bei der Besprechung des Tripoliskonfliktes gegen eine befremdete Macht erhobenen „Anwürfe“ um so nachdrücklicher zurück, als sie auch einen Oesterreich-Ungarn verbündeten Staat betrafen. Ferner wies der Ministerpräsident ganz entschieden den der Regierung gemachten Vorwurf der Untätigkeit in der Teuerungsbekämpfung zurück. Die Verhandlungen mit Ungarn hinsichtlich der Fleischfrage wurden fortgesetzt. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen möge das Haus sein Urteil fällen, denn es ist kaum gemiß zu beugen werde. Am Schluß seiner Rede erklärte der Ministerpräsident, das Teuerungsbekämpfung könne nur unter Berücksichtigung der Interessen aller produzierenden Stände durch Zusammenwirken der Regierung, des Parlaments, der Länder und der Gemeinden gelöst werden.

Der Etat.

Im Abgeordnetenhause wurde der Staatsvoranschlag eingebracht. Das Erfordernis beträgt 2 916 000 000 Kronen. Es wird ein Ueberschuß von 800 000 Kronen herangezogen. Die Ausgaben sind gegen das Vorjahr um 98 Millionen erhöht, zum größten Teil für Schulen, zur Unterstützung der großenteils bankrotten Provinzverwaltungen, zur Einführung der automatischen Vorrichtung der Eisenbahnen (Angst vor der passiven Resistenz) und zur Erhöhung der Aktivitätszulagen der Staatsbeamten. Wenn der Beitrag zu den mit Ungarn gemeinsamen Angelegenheiten (Heer und Flotte) um 40 Millionen geringer eingestellt ist, so ist das nur Blendwerk, denn die Delegationen müssen wieder neue 60 Millionen nach dem Rüstungsprogramm bewilligen. Die Ausgaben für die Landwehr, die in Oesterreich bekanntlich eine ständige aktive Formation ist, sind bereits erhöht. Der Ausgleich im Etat ist nur durch neuen Hundertmillionenpump möglich. Für Schuldentilgung, Militär- und Eisenbahnaufwendungen ergibt sich denn auch ein Mehrbedarf von 478 Millionen für die nächsten zwei Jahre.

Ueber die neuen Steuern kann jetzt genaueres berichtet werden. Die Einkommensteuer wird von 10 000 Kronen Jahres-einkommen an erhöht, dem Staat das Recht der Ueber-einkunft gewährt, die Gebühren für Versicherungen werden verteuert, die Lantemsteuer desgleichen und schandenholzer verteuert man dem Reimpublikum auch das Recht beim Totalsator und den Buchmachern. Für Kleinwohnungsbau wird zwar eine weitere Ermäßigung der Steuer gewährt, sie beträgt aber immer noch 17 Prozent (N), dafür wird die Steuerfreizeitperiode von Mietshäusern verkürzt.

Die Beamten-, Offizier- und Gendarmengehaltserhöhungen sollen nicht eher in Kraft treten als die Steuererhöhungen und zur Vereinfachung der Zugeständnisse an die Eisenbahnen erhöht man die Tarife!

Halbheit auf allen Linien; die Oesterreichische Erblande.

Eine pikante Interpellation.

Im Abgeordnetenhause brachten die sozialdemokratischen Abgeordneten Hillebrand, Schiegl und Genossen an den Ministerpräsidenten folgende Interpellation über die Beteiligung der Mitglieder des kaiserlichen Hauses an den Kartellen ein:

Der Herr Ministerpräsident hat in der Obmannerkonferenz vom 15. September gesagt, daß an der Teuerung vor allem die Kartelle und der Zwischenhandel Schuld tragen. Leider hat sich der Herr Ministerpräsident mit dieser theoretischen Feststellung begnügt, er hat aus ihr noch keine praktischen Schlüsse gezogen. Wieser hat die Regierung das Treiben der Kartelle und des Zwischenhandels nicht gestört. Die Volkspartei ist sehr erstaunt darüber, daß die Worte des Herrn Ministerpräsidenten in so schroffem Widerspruch zu den Taten seiner Regierung stehen.

Das Erstaunen der Völker ist um so begreiflicher, da sie beobachten können, daß zwar der Leiter der kaiserlichen Regierung auf die schädlichen Wirkungen der Kartelle hinweist, daß aber gleichzeitig die Privatdomänen des kaiserlichen Familienfonds und der Mitglieder des kaiserlichen Hauses an einigen mächtigen Kartellen beteiligt sind; so insbesondere an dem Zuckerkartell, dem Spirituskartell, an den Milchkartellen und an dem Eisenkartell. Zwar gehören die kaiserlichen Zuckerfabriken dem Zuckerkartell nicht förmlich an, aber es ist bekannt, daß sie mit dem Zuckerkartell in enger Verbindung stehen und seine Preisfeststellungen auch ihrerseits einhalten. Von den Liebesgaben, die der Staat dem Spirituskartell gewährt, bekommen auch die Spiritusbrennereien des Kaisers und der Erzherzoge ihren Teil, was um so ersäunlicher ist, als bekanntlich der Kaiser und die Erzherzoge von der Personaleinkommensteuer befreit sind. An dem Eisenkartell ist der Erzherzog Friedrich als Hauptgläubiger und Aktionär der Oesterreichischen Berg- und Hüttenwerksgesellschaft beteiligt und zur Teuerung der Milch hat niemand mehr gedrängt als die Domänenverwaltung desselben Erzherzogs.

Wir richten daher an den Herrn Ministerpräsidenten die Frage:

Welche Konsequenzen gedenkt der Herr Ministerpräsident aus dem Widerspruch zwischen den Uebersetzungen der kaiserlichen Regierung und der Praxis des kaiserlichen Familienfonds zu ziehen?

Kanada.

Das neue Ministerium.

Montreal, 10. Oktober. Sir Fred. Borden hat das Kabinett gebildet. Konl, der bisherige Führer der konservativen französischen Kanadier im Unterhause, der das Plottengesetz von Sir Wilfrid Laurier auf das heftigste bekämpfte, hat das Portefeuille der öffentlichen Arbeiten übernommen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik bei der Firma Paßlisch, Eisenmaße, dauert unverändert fort. Es ist den Bemühungen der Firma bis jetzt nicht gelungen, brauchbaren Ersatz für die Streikenden zu bekommen. Die Arbeitswilligen, welche zum Teil in der Herberge zur Seimat logieren, sind Leute, welche den Streikbruch permanent betreiben, und ist nicht zu erwarten, daß diese den Streikenden großen Abbruch tun können.

Entgegenstehenden Gerüchten gegenüber weisen wir darauf hin, daß der Betrieb nach wie vor streng gesperrt ist, und ersuchen wir, alle Angebote der Firma strikte zurückzuweisen.

Druckverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Die Kriminalpolizei gegen die Eisenkonstrukteure!

Wie bereits berichtet worden ist, wird der Kampf im Berliner Eisenbau seitens der um einen besseren Dienstvertrag kämpfenden Ingenieure und Techniker mit allen Mitteln geführt, die in ähnlichen Fällen von den Arbeitern oder von den Ärzten bei ihren Kämpfen mit den Krankenkassen angewendet worden sind. So haben die Berliner Eisenkonstrukteure unter anderem auch einen geordneten Lieberwachenverein organisiert, um das von den Firmeninhabern zum Ersatz herangezogene Personal gleich bei der Ankunft abzufangen und über den ausgebrochenen Konflikt aufzuklären zu können.

Wie die Organisationsleitung mitteilt, ist es auf diese Weise gelungen, den weitaus größten Teil der bisher eingetroffenen Ersatzkräfte davon abzuhalten, daß sie ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen.

Seit einigen Tagen konnte man nun beobachten, daß ein Teil des Unternehmertums auch seinerseits nicht davor zurückscheut, den Kampf mit allen Nachmitteln zu führen, die bei solchen Gelegenheiten zur Verfügung der Arbeitgeber zu stehen pflegen. Verschiedene Firmeninhaber haben die Unterstützung der Polizei angefordert und auch erhalten, so daß man vor mehreren Bureaus während des ganzen Tages einen der bekannten Doppelposten mit der umgeschalteten Browningpistole stehen sieht. Noch einen Schritt weiter scheint die Direktion der Rauchhammer Aktiengesellschaft zu sein, deren Bureau sich in der Leipziger Str. 109 befindet. In dem nur dieses Hauses sollen nämlich seit einigen Tagen sogar mehrere Kriminalpolizisten postiert sein. Zu welchem Zweck und auf wessen Kosten ist allerdings nicht ersichtlich. Einige Ingenieure haben sich deshalb auch bereits an das Polizeipräsidium gewandt, um dort über die vorgekommenen Verhältnisse Bescheid zu erfahren und Abstellung dieser in nichts begründeten Maßnahme zu verlangen. Es muß abgewartet werden, welchen Erfolg dieser Protest haben wird. Ueber seine Berechtigung kann allerdings ein Zweifel nicht bestehen, denn weder gehört es zu den Aufgaben der Kriminalpolizei, in Wirtschaftskämpfe zugunsten des Unternehmertums einzugreifen, noch entspricht eine derartige Parteinarbeit den Interessen des Staates und der Bürger, die die Polizei unterhalten müssen.

Der Tarifvertrag für die Stapelfabrikation

Es nun durch die weiteren Verhandlungen zwischen den Organisationsvertretern zum Abschluß gekommen. Am Montag fand in den Ruffersälen eine öffentliche Versammlung der Stapelfabrikationsschneider statt, die über den Tarif zu beschließen hatte. Zunächst wurde der Tarif, wie er aus den Verhandlungen hervorgegangen ist, mit allen seinen Positionen verlesen, und darauf gab Kunze Bericht über die letzten Verhandlungen und legte ausführlich dar, welche Vorteile der Tarif bietet und welche Rechte und Pflichten der Konfektionsschneider aus dem Tarifverhältnis erwachsen. Durch den Tarif sind im allgemeinen wesentliche Lohnzulagen erreicht. Die Bewegung konnte infolge der günstigen wirtschaftlichen Konstellation ohne größere Opfer mit dem Erfolg durchgeführt werden, der der Stärke des Organisationsverbändes entspricht. Es sind mindestens 20 Pf. auf das einzelne Stück zugelegt, und daneben ist auch die Bezahlung für die verschiedenen Extrararbeiten genau festgelegt. Jeder Schneider muß in eine höhere Serie kommen, zwischen den einzelnen Serien darf nicht herabgesetzt werden, und außerdem hat für jede einzelne Firma eine bestimmte Serie als die unterste zu gelten. Es ist also in jeder Weise Vorkehrung getroffen, daß nicht etwa der einzelne Schneider durch Aufdrängung einer billigeren Serie um die Lohnzulage gebracht werden kann. Im übrigen hat über Streitigkeiten aus dem Tarifverhältnis die aus Vertretern beider Parteien zusammengesetzte Schlichtungskommission zu entscheiden. Selbstverständlich müssen die Schneider darüber wachen, daß der Tarif überall streng innegehalten wird, und sich in jedem Fall, wo es nötig werden sollte, an die Schlichtungskommission wenden. Der Tarif soll mit dem 1. Januar 1912 in Kraft treten. In der Zwischenzeit verpflichten sich die Konfektionäre, bestimmte prozentuale Aufschläge auf die bisherigen Löhne zu zahlen. Dieser Aufschlag ist bei einigen Firmen bereits festgelegt und zwar auf 5 Proz. Von einer großen Anzahl von Firmen, namentlich von denen, die dem Arbeitgeberverband angehören, ist der Tarif bereits unterzeichnet. Die Firmen, die bis jetzt noch nicht von der Bewegung erfasst sind, werden sich auf alle Fälle ebenfalls zur Anerkennung des Tarifs veranlassen lassen. Das Unterbleiben der Schneider und das damit zusammenhängende Verheimlichen der Preise, die sie vom Konfektionäre erhalten, muß natürlich gänzlich aufhören. Im übrigen gilt es, und hat bei der Bewegung von Anfang an als selbstverständliche Pflicht gegolten, daß die Zwischenmeister den bei ihnen beschäftigten jungen Leuten ihr Teil an dem Erfolg der Bewegung zukommen lassen, wobei namentlich auch die Beförderung der überlangen Arbeitszeit in Betracht kommen wird. Der Redner empfahl den verammelten Zwischenmeistern zwecks Regelung dieser Angelegenheit die Wahl einer Kommission, um in der auf Dienstag einberufenen Versammlung der bei den Zwischenmeistern beschäftigten jungen Leute eine Verständigung herbeizuführen. In der regen Diskussion, die dem Bericht folgte, trat wohl eine starke Unzufriedenheit darüber zutage, daß nicht mehr erreicht worden ist, die Veranlassung erklärte sich jedoch schließlich mit starker Majorität mit dem Tarifvertrag einverstanden und es wurde sodann auch die Kommission gewählt, die über die Vorschläge zur Regelung der Arbeitsbedingungen der jungen Leute beraten soll.

Vorübergehende „Wohltat“ statt dauernden Rechtes.

Die Schokoladenfabrik Sarotti hat ihren Arbeitern und Arbeiterinnen kürzlich eine Teuerungszulage gewährt, die vorläufig bis zum 27. Dezember gezahlt werden soll. Die Teuerungszulage beträgt wöchentlich für Arbeiterinnen 1 M., für unverheiratete Gehilfen und Arbeiter 1,50 M., für verheiratete Gehilfen und Arbeiter 2,50 M. — Auch die Schokoladenfabrik von Hildebrand hat den dort Beschäftigten die gleiche Teuerungszulage gewährt, die bei Sarotti gezahlt wird.

Das sind noch einsichtige und humane Unternehmer, wird mancher sagen, der von diesem Verhalten der beiden Firmen hört und die näheren Umstände nicht kennt. Doch die Sache hat einen Haken. Der Verband der Bäcker und Konditoren bereitet eine Lohnbewegung für die in Schokolade- und Zuckerwarenfabriken Beschäftigten vor. Der Abschluß eines Tarifvertrages mit festen, den heutigen Verhältnissen entsprechenden Lohnsätzen ist das Ziel der Bewegung. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firmen Sarotti und Hildebrand sind gut organisiert und für die Lohnbewegung gewonnen. Die beiden Firmen müssen also damit rechnen, daß ihnen unter den gegenwärtigen Verhältnissen angesichts der Hochsaison nichts übrig bleibt, als die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Also glauben die Unternehmer, dem Verband der Bäcker und Konditoren durch schleunigste Gewährung einer Teuerungszulage den Wind aus den Segeln zu nehmen. Man kalkuliert jedenfalls so: Wollen wir die Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Löhnen beseitigen und ein brauchbares Arbeitspersonal sichern, dann müssen wir Zulagen gewähren. Beim Abschluß eines Tarifvertrages, der sich nicht umgehen läßt, wenn die Bewegung einmal einsetzt, würden die Zulagen dauernd sein. Also gewähren

wir schon „aus freiem Willen“ eine Teuerungszulage. Das sieht recht human aus. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die nur von heute auf morgen denken, werden damit zufrieden sein, das Interesse an der Lohnbewegung wird eingeschlafert, und wenn wieder alles ruhig ist, dann wird eben die Teuerungszulage nicht weiter gezahlt. Uebrigens verdient das durch Teuerungszulagen bedingte „Wohltun“ der Schokoladenfirmen noch nach einer anderen Seite hin beleuchtet zu werden. Bei der Firma Hildebrand sind die Akkordlöhne für Pralinearbeiten erstickt für kürzlich so herabgesetzt worden, daß eine Arbeiterin unter normalen Verhältnissen wöchentlich 2 bis 2,40 M. weniger verdient. Dafür bekommen die Arbeiterinnen jetzt eine wöchentliche Teuerungszulage von 1 M. — Ein kleines Geschäft für die Firma.

Bei Sarotti besteht ein Akkordsystem, welches den Arbeiterinnen gar keine Kontrolle über ihren Verdienst gewährt. Infolgedessen kommt es vor, daß Arbeiterinnen, die im Wochenlohn 17 M. und darüber hatten, im Akkord arbeiten müssen, wobei sie kaum zwei Drittel ihres bisherigen Wochenlohnes verdienen. In einem Nebenbetriebe der Firma werden jugendliche Arbeiterinnen mit 7 M. Wochenlohn eingestellt. Unter solchen Umständen bedeutet eine Teuerungszulage von 1 M. soviel wie nichts.

Doch selbst diese geringfügige Zulage hätten die Arbeiter und Arbeiterinnen sicher nicht bekommen, wenn nicht der Verband der Bäcker und Konditoren in den Fabriken von Hildebrand und Sarotti festen Fuß gefaßt hätte und die Unternehmer deshalb einsehen mußten, daß sie um eine Aufbesserung der Löhne nicht mehr herumkommen. Wenn sie aber glauben, sie könnten durch Teuerungszulagen, die jederzeit wieder eingestellt werden können, die Arbeiter und Arbeiterinnen den Bestrebungen des Verbandes entzweien, dann sind sie im Irrtum. Das Ziel der in den Schokoladenfabriken Beschäftigten ist eine dauernde, den Zeitverhältnissen entsprechende Lohnaufbesserung. Davon werden sich die Arbeiter und Arbeiterinnen durch keine „Wohltaten“ abbringen lassen.

Zur Tarifbewegung der Zigarrenarbeiter!

Einer recht eigenartigen Methode, nach außen hin das Gesicht zu wahren und sich selber das Portemonnaie zu füllen, beschließt sich die Zigarrenfirma Vlaurod, hier K.O., Heimerdorfer Straße. Unter dem Eindruck der Tarifbewegung der Zigarrenarbeiter Groh-Verlins modte wohl das Kurieren seiner schlechtbezahlten Zigarrenarbeiterinnen und Widelmacherrinnen auch das Ohr des Herrn Vlaurod erreicht haben. Denn seltsam genug, er legte den Arbeiterinnen, denn nur um solche handelt es sich bei Herrn Vlaurod, die für die Summe von 25 Pf. pro Woche zu zahlen. Das war für die Außenwelt berechnet. Im stillen Kämmerlein aber hatte der Herr Vlaurod noch etwas anderes in petto. Fast plötzlich verschlechterte sich das Rohmaterial, die Zutaten, und zwar in einem solchen Maße, daß die Löhne mit samt der obengenannten Zulage von 25 Pfennig pro Tausend (etwa 75 Pf. pro Woche) meist weit unter das Niveau gerieten, auf dem sie bisher gestanden. Ein solches Vorgehen konnte sich Herr Vlaurod erlauben, denn seine Arbeiterinnen sind unorganisiert und die Furcht des Herrn hält sie mit angliedlicher Scheu vom Verband fern. Hier ist nun der Dank des Fabrikanten dafür. Wann werden die Vlaurodschen Arbeiterinnen endlich einsehen, daß auch für sie die Verpflichtung besteht, sich ihren Arbeitsbrüder und Schwestern im Verband anzuschließen?

Die Firma Schachmann hat sich mit ihren Arbeitern im Einverständnis mit der Organisation geeinigt. Die Sperre bei der Firma Schachmann ist aufgehoben. Dieselbe hat ihre alten Arbeiter wieder eingestellt.

Achtung, Raucher! Kauft nur in den Geschäften, wo sich unser grünes Blatt, unterzeichnet: Alwin Schulze, Vertrauensmann, Große Hamburger Straße 18/19, befindet.

Achtung auf die veröffentlichten Namen!
Deutscher Tabalarbeiterverband.

Der Streik in den Wäschefabriken W. Blume und R. R. Simon dauert unverändert fort. Es ist nicht ein einziger Streikbrecher vorhanden. — Die Firma Wohl u. Schumann hat der Organisation der Wäscharbeiter mitgeteilt, daß sie zu Verhandlungen und zum Abschluß eines Tarifvertrages bereit ist. Die Verhandlungen finden am Mittwochvormittag 10 Uhr statt.

Am Donnerstag, den 12. Oktober, abends 8½ Uhr, findet im „Schweizergarten“ eine öffentliche Versammlung statt, in der über die Streiks und Tarifabschlüsse berichtet wird.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter Deutschlands.

Achtung, Tapezierer! Wegen Tarifdifferenzen ist die Werkstatt A. Zellmann, Bartelstr. 12, für Polsterer gesperrt.

Die Schlichtungskommission.

Deutsches Reich.

Eine Schlacht der Hinterebrüder in Bremen.

Wenig Freude haben die Brauereiunternehmer an ihren Arbeitswilligen. Die Arbeitswilligen von der Kaiserbrauerei waren gegeneinander geraten und richteten sich böse zu. Revolver, Messer und Gummistöcke wurden benutzt und taten ihre Wirkung. Einer der Arbeitswilligen erhielt einen Schlag in den Rücken, andere eine mehr oder minder grobe Zahl Messerstücke in Kopf, Rücken usw.; einer erhielt einen Stich ins Bein, die Messerlinge brach ab und blies steden. Die Polizei mußte gegen die staatsverhaltenden Elemente einschreiten. Einige wurden gefesselt und in Gewahrsam genommen. Eine Anzahl Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhause gebracht. Die weniger schwer Verletzten wurden scheinbar von Interessierten zurück gehalten, um die Schlacht nicht zu groß erscheinen zu lassen.

Ausland.

Seemaschinistenstreik.

Das Maschinenpersonal des Dampfschiffereibetriebs in Smulden ist in den Ausstand getreten. Dierzig Fischereidampfer, die zur Abfahrt bereit sind, wurden aufgehalten. Das Maschinenpersonal fordert einen Zuschlag, der dem Anteil jedes Bedarbeiters gleichkommt. Wenn diese Forderung nicht zugehört wird, so wird das Maschinenpersonal den Dienst an Bord nicht übernehmen und die Abfahrt der Fischereidampfer somit unmöglich.

Versammlungen.

Zentralverband der Hausangestellten. Die Vierteljahrsversammlung der Ortsgruppe Berlin fand in der vorigen Woche in den „Industrie-Festhallen“ statt. Den Tätigkeitsbericht für das dritte Quartal dieses Jahres erstattete die Vorsitzende, Frä. Arndt. Der Verband ersolltete eine lebhafte Agitation. 2000 Flugblätter und Handzettel kamen zur Verteilung. Zwei Sonntagversammlungen und sechs Mitgliederberausammlungen fanden statt, die in der Regel gut besucht waren; auch neun Auslässe wurden veranstaltet, nicht allein zum Vergnügen, sondern auch in der Absicht, die Mitglieder für den engeren Anschluß an den Verband zu gewinnen. Vom 1. Oktober ab werden in den Räumen des Zentralarbeitsnachweises, Linstr. 11, Fortbildungsabende vom Verbands eingeleitet, deren Besuch den Mitgliedern dringend empfohlen wird. Diese Abende finden zweimal im Monat statt. In Verbindung mit dem Bildungsausschuss ist die Leitungsabteilung, die Vortragsabende stets interessant und anregend zu gestalten. Wünschenswert ist, daß die Mitglieder sich bemühen, für guten Besuch der Vorträge zu sorgen. — Drei Vorstandssitzungen fanden in der Vorwoche statt.

Den Kassenericht erstattete Fräulein Lutz. Die Hauptkasse bilanziert in Einnahme und Ausgabe für das dritte Quartal mit 484,29 M. Unter den Ausgaben stehen verzeichnet für Rechtschutz 26,15 M., für Krankenunterstützung 44,50 M. Die Lokalfasse zeigt eine Bilanz von 3169,02 M. Der Bestand der Lokalfasse am Schluß des dritten Quartals war 1473,80 M. Der Mitgliederbestand ist ziemlich unverändert geblieben, obgleich 170 Mitglieder neu auf-

genommen wurden und 8 aus anderen Verbänden übertraten, was als Gesamtbestand 1845 Mitglieder ergab. 49 Mitglieder erklärten ihren Austritt, weil sie einen anderen Beruf ergriffen, sich verheirateten oder nach auswärts zogen. 82 Mitglieder gingen verloren, indem sie bezogen, ohne ihre Adressen mitzuteilen. Das letztere ist ein alter Uebelstand, der immer wieder gerügt wird, ohne daß der gewünschte Erfolg eintritt. Im Berliner Bureau, Michaelstraße 1, gingen in der Berichtszeit 478 Postfächer ein und 758 wurden verhandelt. Ueber 300 Anfragen um Auskunft in bezug auf Differenzen im Dienstverhältnis wurden an das Bureau gerichtet, zum größten Teil von Nichtmitgliedern. In zahlreichen Fällen gelang es, die Differenzen durch Vermittlung des Verbandes auf gütlichem Wege zu schlichten. Für die dazu berechtigten Mitglieder wurden zehn gerichtliche Klagen anhängig gemacht. Von den Klagen, die in der Berichtszeit zur Erledigung kamen, liefen manche recht günstig aus und 238 M. wurden für die Klägerinnen erstritten. Seit dem Beginn des Geschäftsjahres sind auf dem gerichtlichen Wege 652,52 M. an schuldigem Lohn und Kostgeld für die Mädchen mit Hilfe des Verbandes erlangt worden. Viel Schwierigkeiten boten die Beschwerden von Hausangestellten über ungünstige Zeugnisse, die nach den Angaben der Mädchen nicht wahrheitsgemäß aufgestellt waren. In 22 Fällen, in denen die Mädchen durch schlechte Zeugnisse an ihrem Fortkommen gehindert waren, — mehreren Mädchen war es unmöglich, überhaupt eine Stellung zu erlangen — hat der Verband bei den zuständigen Polizeibehörden Anträge auf Veränderung der Zeugnisse gestellt, ist aber stets abgewiesen worden. Bei der polizeilichen Untersuchung der Angelegenheit wird als Regel den Aussagen der Herrschaft der maßgebende Einfluß eingeräumt; die Mädchen werden oft überhaupt nicht vernommen.

Den Mitgliedern wurde bekanntgegeben, daß vom 1. Oktober ab die Krankenunterstützung nach zweijähriger Mitgliedschaft auf 3,00 M. pro Woche erhöht worden ist. Als Ersatzmitglied für den Hauptvorstand wurde Frä. Göttel gewählt.

In der Diskussion über den Bericht wurde unter anderem auch der „Hausdienstausschuss“ für Berlin besprochen, der aus Vertretern von 15 Berliner Organisationen, die sich alle um die Lösung des Dienstbotenproblems bemühen, gebildet werden soll. Dieser Ausschuss gedenkt in der nächsten Zeit seine Tätigkeit aufzunehmen, und es wird nötig sein, diesen Bestrebungen Aufmerksamkeit zu widmen.

Letzte Nachrichten.

Aus dem „demokratischen“ Frankfurt.

Frankfurt a. M., 10. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Das Stadtparlament beschloß in seiner heutigen Sitzung die Einsetzung einer gemischten Kommission, die über geeignete Maßnahmen gegen die Teuerung beraten soll. Ein sozialdemokratischer Antrag, der Kommission einen Kredit von 100 000 Mark zu bewilligen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Die Teuerungsbekämpfe im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Wien, 10. Oktober. (W. T. B.) Im weiteren Verlauf der Verhandlung über die Teuerungsanträge legten der Adreba u. und der Handelsminister die von der Regierung getroffene sowie geplanten Maßnahmen zur Behebung der Lebensmittelteuerung dar. Der Justizminister kam auf den Revolveranschlag vom 5. Oktober zurück und erklärte, er erblide darin einen Zwischenfall, der ihm selbstverständlich von der gewissenhaften Erfüllung seiner Amtspflichten und der Verfolgung seines bisherigen Weges nicht abbringen werde. (Lebhafte Beifall.) Der Minister wies mit aller Entschiedenheit die Angriffe gegen den Richterstand wegen zu strenger Urteile aus Anlaß der Teuerungsausführungen zurück und erklärte die Behauptung einer Beeinträchtigung der Richter von oben als Fabelbildung des gesamten Richterstandes. Das Schlagwort von der Klassenjustiz sei ein Schlagwort der Sozialdemokraten, während genug Leute glaubten, daß es nur eine einzige Klassenjustiz gebe und zwar die sozialdemokratische Parteienjustiz. Das Abgeordnetenhaus solle in eigenem Interesse alles vermeiden, was einer unbefugten Beeinflussung des richterlichen Ansehens und der Unabhängigkeit der Richter gleichkomme. (Siehe auch Seite 3 unter Oesterreich.)

Vom Kriegsschauplatz.

Rom, 10. Oktober. (W. T. B.) Die Beschießung von Tripolis dauert fort. Die Schüsse sind hauptsächlich gegen den Küstenrand gerichtet, um zu verhindern, daß türkische Kavallerietruppen einen Angriff gegen die italienische Besatzung ausführen. Zehntausend Mann türkische Soldaten haben sich nach Gharia zurückgezogen. Die italienischen Truppen nahmen zwei Vorposten zu je 21 Mann gefangen. Der „Tribuna“ zufolge haben die türkischen Truppen, die sich nach Behare und Kizlaris zurückgezogen hatten, in der vergangenen Nacht einen Vorstoß gegen Tripolis unternommen. Sie wurden jedoch durch die italienischen Besatzungstruppen unterstützt von den Schiffgeschützen zurückgeschlagen.

Konstantinopel, 10. Oktober. (W. T. B.) Dem Kriegsministerium wird gemeldet, daß am 7. Oktober ein italienisches Kriegsschiff in Derna eine Truppenlandung versucht habe. Die türkische Garnison habe dies verhindert; darauf habe das Kriegsschiff die Stadt bombardiert und die Kasernen, das Hospital und andere öffentliche Gebäude zerstört und sei dann abgefahren. Die Türken hatten vier Tote und sieben Verwundete.

Italienischer Optimismus.

Mailand, 10. Oktober. (W. T. B.) Corriere della Sera meldet aus Tripolis: Da viele türkische Offiziere im Hospital zurückgelassen waren, indem sie sich als Ärzte ausgaben, so wurde das Hospital zu einem Mittelpunkt der Spionage, die mit den geflüchteten türkischen Truppen in Verbindung stand. Daher verfügte Kommandeur Cagni die Ausweisung der Ärzte. Die militärische Lage gibt nicht viel Anlaß zu Besorgnis. Häufig eintreffende Ueberläufer erklären, die türkischen Truppen hätten keine Führer und seien desorganisiert. Ähnlich kommt es jedoch trotzdem noch zu Alarmierungen, da die türkischen Aufklärungstruppen sich der italienischen Vorpostenlinie zu nähern versuchen. Das Fort Sultania wurde in die Luft gesprengt, nachdem die italienischen Truppen es geräumt hatten.

Schwerer Baunfall.

Reval, 10. Oktober. (W. T. B.) Beim Einsturz eines Mauerwerks des im Bau begriffenen Esthischen Theaters sind etwa 15 Personen unter den Trümmern verschüttet worden. Bis her sind ein Toter und fünf Verwundete geborgen.

Wollenbrüche in Santa Catharina.

Rio de Janeiro, 10. Oktober. (W. T. B.) Nach geringer Unterbrechung haben die seit acht Tagen herrschenden Wollenbrüche wieder eingesetzt und unberechenbaren Schaden verursacht. Besonders schwer heimgesucht wurde die fruchtbare Gegend zwischen Itajahy und Blumenau im Staate Santa Catharina, sowie die Stadt Blumenau selbst, deren Einwohner größtenteils deutschen Ursprungs sind.

Graf Wolff-Metternich vor Gericht.

(Sechster Tag.)

In der gestrigen Verhandlung wurde der Rest der Anklagefälle erledigt, der Untersuchungsrichter, der eigenartige Generalmajor a. D. Pauli und der Oberleutnant von Better vernommen.

Am März 1910 kam Metternich zu dem Gärtner Niedbeck in der Kaufmännischen Kirchstraße, bei welchem er schon öfter kleine Bestellungen gemacht hatte. Er bestellte einen

Rosenstrauch zum Preise von 50 Mark

für eine Künstlerin, die im Kaiserhof wohnte. Er soll dabei gesagt haben, er kaufe sonst bei Bod, wo er einen Kredit von 200 bis 300 M. habe. Er werde aber dort überbetenert und komme deshalb zu ihm. Die teuren Rosen, die das Beste sein sollten, das es gibt, wurden geliefert. Niedbeck hat später vergeblich versucht, Zahlung zu erhalten, Mahnbriefe hatten keinen Erfolg, M. mußte deshalb den Klageweg beschreiten. Zehn erst, im August, ist Zahlung geleistet worden. Der Gärtner bekundet, den Kredit gewährt zu haben, weil er sich überzeugt hatte, daß es sich wirklich um den Grafen Metternich handelte.

Kumperei im Hotel Esplanade.

Der Zeuge Fren, Direktor des Esplanade-Hotels, bekundet u. a. folgendes: Der Angeklagte hat im Esplanade-Hotel verkehrt und Essen und Trinken stets bezahlt. Einmal habe ich ihm ein Darlehen von etwa 100 M., welches ich wiedererhalten habe, gegeben. Der Graf erzählte dabei, daß er reich heiraten werde. Eines Abends kam er wieder und wollte von neuem Geld von mir leihen, was ich aber ablehnte. Dann kam er und gab mir einen Scheck, auf den hin ich ihm 100 M. ließ. Nach 8 Tagen kam der Scheck zurück, weil keine Deckung vorhanden sei. Auf Vorhalt und Drohung mit einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft hat der Angeklagte die Deckung besorgt und den Scheck zurückerhalten. — Angeklagter: Sie haben in der vorigen Verhandlung bekundet, daß ich sogar Kellner angepömpelt hätte. Ich möchte bitten, daß mir diese Kellner namhaft gemacht werden. — Zeuge: Ein Oberkellner wird bekundet, daß Sie ihn angepömpelt haben. — Angeklagter: Ich mußte nicht, daß dies ein Kellner war, ich habe den Betreffenden stets für den Hotelmanager gehalten. Außerdem will ich, wenn es darauf ankommen sollte, die Namen von Garbelrästler, Garbulianer, Garbulianer nennen, die im Esplanade- und im Monopol-Hotel die Kellner angepömpelt haben, wenn sie vom Rennen kamen und beim Zeu sahen. Im Esplanade-Hotel wird auch gefeiert. Zeuge: Das muß ich bekünden.

Der Untersuchungsrichter, Landrichter Dr. Dreiß, erklärt: Es ist völlig ausgeschlossen, daß ich

von dem Justizminister die Anweisung

erhalten hätte, die Voruntersuchung gegen den Angeklagten, soweit er in der Stallmann-Affäre in Frage kommt, noch nicht zu schließen. Der Justizminister kannte den Stand der Sache gar nicht. Die Voruntersuchung ist nicht geschlossen, weil nach Stallmann noch weiter recherchiert wird. Ueber

Beeinflussungen von Zeugen

durch den Angeklagten während der Untersuchungshaft teilt der Zeuge auf Befragen folgendes mit: Der Angeklagte hat, während er sich in der Charité befand, Versuche gemacht, Briefe an seine Frau meiner Kenntnis zu entziehen. Er soll die Briefe durch einen Charitéwärtler und die Verwandte eines anderen Patienten hinausgeschmuggelt haben. — Staatsanwalt: Ist Ihnen bekannt, daß der Angeklagte in einem dieser Briefe seine Frau ersucht hat, nichts davon zu erwähnen, daß er es gewußt habe, daß sie Geld von einem gewissen Herzfelder, mit dem sie . . . — Angeklagter (höchst erregt dazwischenrufend): Das ist nicht wahr, das ist eine ganz gemeine Lüge. Der Vorsitzende erklärt, man wolle auf die Sache nicht näher eingehen, allem Anschein nach wollte der Angeklagte, seine Ehefrau sollte nichts ausfragen, was den Verdacht einer Geisteskrankheit aufkommen lassen könnte. Das bestätigt der Angeklagte.

„Generalmajor a. D.“ Pauli.

Mit einer großen Reihe von Orden und Ehrenzeichen geschmückt und von einer Pflegerin geleitet, betritt der Zeuge Pauli den Gerichtssaal. Vorsitzender: Es hat sich die Notwendigkeit er-

geben, Sie noch über einige Punkte zu befragen. — Zeuge (mit erhobener Stimme): Ich möchte recht viel hier reden, denn ich bin in der schmachvollsten Weise angegriffen und beleidigt worden, und zwar vom Staatsanwalt, demselben Herrn, der schon einmal den Grafen einen gemeinen Betrüger genannt hat. Er glaubt wohl, mit mir ebenso verfahren zu können. Das gibt es nicht! — Vorsitzender: Sie haben hier nicht in solchem Tone zum Gericht zu reden. Wie weit haben Sie die

Berechtigung, Rang und Titel eines Generalmajors

zu führen? Wollen Sie darüber Auskunft geben? — Zeuge: Na, warum denn nicht? Können wir ja machen! Hier liegen alle meine Patente vor und hier sind meine Orden und Ehrenzeichen. — Vorsitzender: Ich frage Sie nochmals: Sind Sie preussischer Generalmajor? — Zeuge: Nein. Habe ich auch noch nie behauptet. Ich bin Major a. D., Stabschef, das ist ungefähr ein Unterschied wie zwischen einem Referendar und einem Kammergerichtsrat. Ich habe als preussischer Offizier den Krieg 1870/71 mitgemacht, habe das Eisernes Kreuz zweiter Klasse erhalten und bin bis zum Major avanciert. Dann erhielt ich eine Mission nach China und ging dorthin mit 12 Offizieren und 5 Interoffizieren, um das chinesische Militär zu organisieren. Ich wurde zum

Kaiserlich chinesisches Generalmajor

ernannt und erhielt zwei hohe chinesische Orden. Später ging ich nach Peru und habe als Generalstabschef mitgewirkt, die Revolution niederzuschlagen. Bei meiner Abreise wurde ich zum

Generalstabschef der Republik Peru

befördert. Auch den Titel eines

Generalmajors der Republik Honduras

trage ich. Ich habe hier in Deutschland in allen offiziellen Gelegenheiten niemals den Titel Generalmajor geführt. — Staatsanwaltschafts-Rat Forzell: Nach der eingeholten Auskunft des peruanischen Generalkonsuls soll ein mittelbarer Offizier namens Pauli seinerzeit nach Peru gekommen sein, habe sich des Verrats gegen den Präsidenten und seinen Kriegsherrn schuldig gemacht und habe dem General noch sein bestes Pferd gestohlen. — Zeuge Pauli: Ich habe die Konsulate im Auslande kennen gelernt; sie sind verächtlich, sie sagen nicht die Wahrheit. Auch hier in diesem Falle ist nicht die Wahrheit gesagt worden. — Staatsanwaltschafts-Rat Forzell: Der Zeuge hat hier mit großem Nachdruck gesagt: er würde dem Grafen Metternich jede Summe geborgt haben.

Hat der Zeuge überhaupt Mittel?

Zeuge: Sie müssen fragen: Sollen Sie Mittel vor drei Jahren? (Sehr laut): Ich habe inzwischen 108 000 M. verloren, ich bin wie so viele andere, beschwindelt und ausgenutzt worden. — Staatsanwaltschafts-Rat Forzell: Haben Sie nicht schon den Offenbarungseid geleistet? — Zeuge: Oerrgott, warum denn nicht? (Heiterkeit.) — Vorsitzender: Haben Sie also 1904 den Offenbarungseid geleistet? — Zeuge: Ja. — Vorsitzender: Dann können Sie doch auch nicht sagen, daß Sie dem Angeklagten jede Summe zur Verfügung gestellt hätten. — Zeuge: Damals hatte ich Geld; wenn ich es noch hätte, würde ich es ihm unbedingt zur Verfügung stellen, damit er endlich aus der Haft herauskommt und nicht wahnsinnig wird.

Ordensschacher.

Staatsanwaltschafts-Rat Forzell: Sie vermitteln gegen Geld Orden? — Zeuge: O Gott bewahre! Das haben Sie wohl geträumt! — Vorsitzender: Das verneinen Sie unter ihrem Eide? — Zeuge: Haben Sie mich schon verurteilt? — Vorsitzender: Sie sind schon einmal verurteilt worden und werden nachher nochmals den Eid leisten müssen. — Zeuge: Ich habe mit solchen Sachen noch nie Geld verdient. Haben Sie denn ein Gesetz, welches verbietet, daß man jemand aus Freundschaft Titel und Orden verkauft? Fragen Sie mich nicht so! Ich kann machen, was ich will.

Die Verteidigung beantragt, als Zeugen zu laden: 1. Den Oberhofmeister Ihrer Majestät der Kaiserin, Eggellenz Graf von Mirbach zu Berlin, 2. Landrat a. D. Kammerherrn von Noell zu Berlin, 3. den Geh. Hofrat René zu Berlin. Diese drei Herren sollen als Zeugen und Sachverständige bekundet, daß es in den Kreisen der hohen und höchsten Gesellschaft absolut nicht als ehrenrührig oder herabsehend angesehen wird, wenn jemand seine Beziehungen zu Fürstlichkeiten, Regierungen oder anderen einflussreichen Stellen und auch Behörden dazu benutzte, dritten Personen,

Kleists aufzage und zerstückte. Und das ist nicht etwa eine Ausnahme!

Es ist ein öffentlicher Skandal, eine ganz bekannte Tatsache, daß sich nach den ersten Vorstellungen Reinhardts Theaterkule und ein Chor unfähiger Statisten auf der Bühne austobt, während die Premierendebütanten spazieren geht.

Dagegen halte man das Lessing-Theater, wie da noch in einem Hofsaal nach hunderten von Aufführungen die ersten Schauspieler so agieren wie am ersten Tage.

Während Reinhardt, der Professor, den Pöbel-Insulanern Debüts vormitt, werden den Berlinern echte Kulisen und pöppel Schauspieler gezeigt.

Theater.

Pariser Theater. „Primerose“, das neue Schauspiel der finken Firma Fiers und Caillaret, das am Sonnabend in der offiziellen Comédie Francaise seine Generalprobe erlebte, ist nur als Zeugnis für die augenblickliche Stimmung der herrschenden Bourgeoisie interessant. Man hat die Trennung von Kirche und Staat gemacht, aber fühlt sich dabei doch nicht recht beglückt und möchte lieber, um dem Volke die Religion zu erhalten, einen sanften Ausgleich mit dem Katholizismus in der Form einer liberalen und nationalen, von Rom unabhängigen Kirche. In „Primerose“ wird diese Tendenz hauptsächlich durch einen Kardinal vertreten, der seinen Liberalismus in östlichen Tiraden verleiht. Ab und zu laufen ein paar wibige Wendungen unter und sie sind das einzig Erträgliche an dem miserablen Nährsaft, worin die sonst so harmlos munteren Autoren ohne Gewissensbisse ununterbrochen an die Tränenkühe der Zuschauerinnen appellieren. Primerose, die junge Kriestofka, die, weil sie sich verdammt glaubt, ins Kloster geht und Pierre, der neuestens beliebte Gründer-Edelmann, der sie nach allerlei Hindernissen dank der Sakularisation zum Schluß doch kriegt, lassen eine wahre Ueberschwemmung von Seelenhebeln, Selbstverleugnung und sämtlichen übrigen Tugenden über die Bühne fluten. — Die Talentsucher der Damen waren während der ganzen Vorstellung in Bewegung, aber schließlich war es dem Publikum des Guten und der Güte zu viel.

Musik.

Am Montag wurde dem vielgeplagten Berliner Volkschor eine wohlverdiente Ehrendemonstration zu teil: der Riesensaal der „Neuen Welt“ gepöppelt voll, der Jubel am Schluß klar verständlich! Es gab, wie schon vor einiger Zeit, das Oratorium von Robert Schumann: „Das Paradies und die Peri“. Was wir damals und bei ähnlichen Gelegenheiten gesagt, können wir leicht und breit wiederholen: Der Gegensatz zwischen dem bequemen nachzuweisenden Unvollkommenheiten des Werkes und seiner meist hinreichenden Wirkung ist auffällig; Schumanns Deklamationsweise ist wenig abwechslungsreich, für die einfache Erzählung wie für die reichste Lyrik bleibt sie sich ungefähr gleich, so mißfällt das Melodien mit dem Ausdrucksinteresse, wird aber in ihrer phantastischen Romantik doch kaum wieder erreicht usw. Auch über die Leistungen des Chores und seiner Mitwirkenden dürfte kaum neues zu sagen sein; doch seien aus den Solisten die Sängerin der Peri, Elisabeth Boehm van Endert und Johann Paulus Weinbaum schon deshalb hervor-

gehoben, weil sie zwei nicht leicht zu vereinigende Partien zu bewältigen hatte.

Aber all das ist nicht die Hauptsache. Vielmehr gilt es jetzt erst recht, die bisherigen Ansätze volkstümlicher Musikpflege stets weiter auszubauen, hoffentlich so weit, daß es einmal möglich sein wird, einem Werk wie dem eben gehörten alle Mittel einer Muster-aufführung, zumal ein genügend großes Orchester und eine genügende Anzahl von Orchesterproben, zuzulassen zu lassen. Weit ist der Weg bis zu einer — sagen wir: musikalischen Volkshochschule allerdings noch, und anzufangen wird vor allem mit einem umfassenderen Anschluß aktiver Kräfte an den Volkschor sein. Doch es wird sich lohnen. Und wenn wir jetzt hören, daß in wenig Wochen der Chor mit einem so anspruchsvollen Werke wie dem Requiem von J. Brahms herausrücken wird, dann lohnt sich's erst recht, selber und sofort mit Hand anzulegen.

Notizen.

Das Verbot der Dreistimmigen Aufführung im Zirkus Schumann, das die Polizei aus formellen Gründen über Direktor Reinhardt verhängt hat, ist vorläufig aufgehoben worden. Inzwischen wird die prinzipielle Streitfrage zum Austrag gebracht werden.

Brahms Nachfolger. Die schon seit längerer Zeit bekannnten Wählwünsche des Leiters des Lessing-Theaters, Brahms, sollen zum Herbst 1914 verwirklicht werden. Wie das „Berl. Tagebl.“ erfährt, übernimmt Barnowsky, der Direktor des Kleinen Theaters, von diesem Termin ab das Lessing-Theater. — Die all-gemeine Berliner Theatermüdigkeit wird bei solchen Ausblicken — Reinhardt will auch seine hiesige Tätigkeit aufgeben und erheblich einschränken — noch trister, als sie so schon ist.

Charles Malherbe, der Bibliothekar der Pariser Großen Oper, ist in Paris gestorben. Obwohl er in der Affäre des Schumann-Chores von 1848 sich kleinlich und engherzig erwies, soll doch nicht verächtlich werden, daß er ein tüchtiger Musikforscher und überaus eifriger Musikamateur war. Er hat viele seltene und kostbare Manuskripte (darunter auch besonders von deutschen Komponisten) an sich zu bringen gewußt. Er war etwas verbittert, weil er seine Fähigkeit in Frankreich nicht genügend anerkannt glaubte. — Hoffentlich gelingt es jetzt noch, eine Abschrift von Schumanns „Hymne an die Freiheit“ für die deutschen Arbeiterkämpfer zu bekommen.

Tolstois Drama „Der lebendige Leichnam“ (aus seinem Nachlaß) wurde im Moskauer Künstlerischen Theater zum 1. Male aufgeführt. Es ist eine Familientragödie und eine Anklage gegen die russische Justiz zugleich. Der lebendige Leichnam ist ein vornehmer, aber verkommenen Trunkenbold, der seine Frau verließ und ihr seinen Selbstmord ankündigte. Er gilt für tot, seine Frau hat einen Jugendfreund geheiratet. Aber das Geheimnis des Tot-geglaubten wird verraten. Die Frau wird wegen Bigamie verurteilt. Die Gerichtsjürene verwandelt sich in eine Anklage gegen die russische Justiz. Es das Urteil gefällt wird, erschleicht sich der „Leichnam“, damit er nicht länger im Wege steht. Das nach einer wirklichen Begebenheit gearbeitete Drama, das Verbrechen und Verzeihen predigt, machte einen tiefen Eindruck.

Kleines feuilleton.

20 000 M. für eine Gedankenübertragung. Die Frage der Gedankenübertragung hat die Menschheit von Zeit zu Zeit immer wieder in Aufregung versetzt und zuweilen geradezu Epidemien des Übergläubens herbeigeführt. Daß eine gewisse Beeinflussung des Denkens und Willens sowohl auf dem Wege der unmittelbaren Berührung, als auch durch den Raum hindurch stattfinden kann, wird niemand völlig bezweifeln, der ein aufmerksamer Beobachter ist. Etwas ganz anderes aber wäre es, wenn sich die Gedanken auch über Entfernungen hinaus übertragen könnten, bei denen von einer unmittelbaren Einwirkung durch Bild oder Stimme keine Rede mehr sein kann und auch das geschriebene Wort nicht mißbringt. So unerklärlich derartige (übrigens nie beglaubigte) Vorkommnisse auch erscheinen müssen, werden sie doch immer wieder geglaubt, zum mindesten in Verbindung mit Träumen, und manche Leute, wie der berühmte Swobdendorg, haben ihren großen Einfluß hauptsächlich auf Grund einer angeblichen Fähigkeit der Gedankenübertragung und der Fernseherei erworben. Bei der großen Anhängerschaft, die solchen Ideen noch heute zuteil wird, ist es vielleicht ganz verständlich, wenn ein reicher Amerikaner in einem Aufsatze in der angesehenen Wochenschrift „Science“ einen Geldpreis von nicht weniger als 20 000 M. für einen wirklichen Nachweis einer Gedankenübertragung aussetzt. Zunächst hat dies eigenartige Unternehmen schon den Erfolg erzielt, daß der Begriff der Gedankenübertragung einmal sorgfältig definiert worden ist. Es soll darunter verstanden werden, daß unter gewissen bisher noch nicht aufklärten Bedingungen die bei dem Denkvorgang im menschlichen Gehirn sich abspielenden Bewegungen durch ein gleichfalls noch unbekanntes Medium nach einem anderen Gehirn übertragen werden und in diesem die gleichen Bewegungen und damit auch die gleichen Gedanken erzeugen. Danach wäre der Vorgang ähnlich vorzustellen wie eine Uebersetzung durch drahtlose Telegraphie. Daß dafür wirklich ein Nachweis erbracht werden kann, ist freilich sehr zu bezweifeln.

Warnung. Wir warnen Neugierige. Rämlich sich etwa für ihr teures Geld Vorstellungen im Deutschen Theater anzusehen, nachdem die Premiere länger als eine Woche verstrichen ist. (Früher waren es fünf Wochen.) Wenn die Berliner Kritik diese Vorstellungen, die Reinhardt dem Publikum zu bieten wagt, kritisieren würde — die Urteile würden anders ausfallen als jetzt. Sommertheater in Herbst, Hofen oder Piepen-Eigen — das sind so ungefähr die Anklänge dieser Kunst.

Nehmen wir das letzte Vorkommnis dieser Art. Auf den Säulen steht: Penthesilea . . . Gertrud Eyföldt.

Das Parkett kostet ungefähr 7 M., der gute Platz; zweiter Rang 3,50 M. Du kommst ins Theater, und außer einer gut besetzten, winzigen Reihenrolle siehst du einen guten Schauspieler. Die Eyföldt? — keine Spur.

Jemand, eine Dame, die die harten, dunklen Verse

Darüber hat uns der vom 8. bis 10. Juni d. J. vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts Altona gegen die Firma Rofe u. Co. durchgeführte Prozeß Aufschluß gegeben: in der Farbe, im Geruch und im Geschmack. Außerdem ist Giftfreiheit und ein der Mutter konformer Fettgehalt bedingend. Unähnlich darf das Präparat also in seiner sonstigen Zusammensetzung sein, sofern diese nicht direkt gesundheitsschädlich ist. Die Unähnlichkeit erstreckt sich also gerade auf den wichtigsten Punkt, die chemische Zusammensetzung, und dies muß um so bedenklicher erscheinen, als es zumindest heute noch recht fraglich ist, ob die für den menschlichen Organismus so günstige Wirkung des Milchbutterfettes nicht gerade durch seine Verbindung mit der Milchsäure verursacht wird und ob nicht gewisse Fette, die in Verbindung mit anderen, vielleicht absolut harmlosen Stoffen dem Körper verabfolgt werden, einen mehr oder weniger großen Teil ihres Nährwerts einbüßen.

Ja selbst die Giftfreiheit muß der Fabrikant nur chemisch feststellen lassen, obwohl der Direktor des laif. Gesundheitsamtes, Geh. Regierungsrat Dr. W. Herz in einem am 5. August d. J. in der „Umschau“ über die Verwendung unbelasteter Fette veröffentlichten Artikel zugeben muß, daß der Chemiker bei dem jetzigen Stand seiner Wissenschaft hierüber noch kein entscheidendes Urteil abgeben kann, sondern einzig der Arzt auf Grund des pharmakologischen Tierexperimentes. Aber selbst wenn die Behörden nach den trübten Erfahrungen der letzten Jahre schärfere Vorsichtsmaßnahmen ergreifen sollten, um das Volk vor direkten Vergiftungen zu schützen, die Frage nach der Beschränktheit der Margarine und ihrer Fähigkeit, die Milchbutter zu ersetzen, bleibt deswegen immer noch offen. Die Pflanzenöle, aus denen Margarine bereitet wird, wie das Baumwollsaamen-, Erdnuß-, Sesam-, Nowraöl usw. kommen vorwiegend aus dem Orient und werden in den meisten Fällen von den Eingeborenen jener Zonen nicht als Nahrungsmittel sondern äußerlich gegen Wunden und Geschwüre verwendet. Bei uns dienen sie früher zur Kerzen- und Seifenfabrikation. Im heutigen „sozialen“ Klassenstaat aber muß sich das Volk von diesen der Mutter künstlich „angenehmeren“ Kerzen- und Seifenstoffen ernähren. Die Margarinefabrikanten freilich, die die hohen Profite einstreichen, führen sich indessen in Gesellschaft der edlen Junker, deren Vorkäse sie die glänzenden Reichthümer verdanken, beim ledernen Mahle die feinste Teabutter zu Gemüte.

Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft. In der heutigen Ausschüttung berichtete der Vorstand über das Ergebnis des Geschäftsjahres vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911. Nach Abzug von Unkosten, Steuern, Obligationenzinsen und Abschreibungen stehen 22 140 729,29 M. (i. V. 18 425 225,78 M.) und zwar wieder ausschließlich aus dem Fabrikations- und Warenverkaufsgeschäft zur Verfügung. Der Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 14 Prozent (wie im Vorjahre) auf 100 Millionen Mark alte Aktien und von 7 Prozent auf 30 Millionen Mark vom 1. Januar d. J. ab dividendberechtigten, neue Aktien vorgeschlagen werden. Die Umsätze in den ersten zwei Monaten des neuen Geschäftsjahres zuzüglich der vorliegenden Aufträge übersteigen die in der gleichen Periode des Vorjahres sehr beträchtlich.

Kriegsfolgen. Aus Solingen wird vom 10. Oktober gemeldet: Die Folgen des türkisch-italienischen Krieges machen sich bei der bergischen Kleineisenindustrie, die einen bedeutenden Handel nach der Levante treibt, bereits sehr stark bemerkbar. Auf den Wohnhöfen des bergischen Landes, besonders aber in Solingen, lagern große Mengen für die Levante bestimmte Waren. Der Betrieb ist um ein Drittel eingeschränkt worden.

Soziales.

Der Bergmann.

Wenn viele Kinder einen Segen des Himmels bedeuten, wie die katholische Kirche lehrt, dann ist der Bergmannsberuf in ganz besonderem Maße begnadet. Oesterreich schon haben Nationalökonomien auf die hohe Geburtenziffer bei der Bergarbeiterbevölkerung hingewiesen. In sehr eingehender Weise beschäftigte sich mit dem Problem Dr. Johannes Pöhlke.*) Unter Verwendung des einschlägigen Materials, wobei die Berufsgruppen und die statistischen Veröffentlichungen der Bundesstaaten die Quellen abgaben, hat der Verfasser die Verhältnisse scharf beleuchtet. Eine minutöse Verarbeitung und Gliederung der Zahlen, auf der Basis einer zweckentsprechenden Berufsgruppenbildung nach großen, mittleren und kleinen Gemeinden gesondert, erlaubt ihm ein ziemlich sicheres Urteil. In Anlehnung an die deutschen Berufsgruppen führt er die Gruppe B, III (Bergbau, Hütten, Salinenwesen, Torfgräberei) heraus. Bezirke, in denen von je 1000 Einwohnern mehr als 500 dieser Berufsgruppe gehören, bilden bei Pöhlke eine Abteilung A; in die Abteilung B rangieren die Bezirke mit je 300 bis 500 Berufszugehörige; die Abteilung C umfaßt Bezirke mit je 200 bis 300 Berufszugehörige, und Bezirke mit weniger als 200 Berufszugehörige von je 1000 Einwohnern gehören zur Abteilung D. In den Bezirken der ersten beiden Abteilungen ist keine andere Berufsgruppe stark vertreten; dagegen sind die Bezirke der Abteilungen C und D teilweise stark durchsetzt mit Landwirtschaft, Textilindustrie oder Metallverarbeitung. Ein wichtiges Moment bei der Untersuchung bildet die Untermischung der Bevölkerung mit Polen, Russen, Kasuben.

Betrachten wir nun die von Pöhlke gewonnenen Resultate, dann läßt sich folgendes feststellen: Während für die gesamte Bevölkerung Preußens nach den ständesomischen Aufzeichnungen die Geburtenziffer von 39,1 Promille im Jahre 1882 auf 38,1 Promille im Jahre 1895 zurückging, und im Jahre 1907 ein weiteres Sinken der Ziffer auf 34 Promille sich ergab, war sie bei der Berufsgruppe B, III nicht nur allgemein größer, sie tritt auch mit einer Steigerung in denselben Jahren aus dem Gesamttrahmen scharf heraus. Die Geburten Promille nahmen zu von 45,9 im Jahre 1882 auf 51,5 im Jahre 1895 und sodann auf 53,4 im Jahre 1907. Als weiteres charakteristisches Merkmal ist hervorzuheben, daß die relative Geburtenhäufigkeit konform geht mit der Stärke der Berufsgruppe B, III in der Gesamtbevölkerung. Die Abteilung A steht mit 62,9 Promille Geburten über dem Durchschnitt der ganzen Berufsgruppe, dagegen bleiben die Abteilungen B mit 46, C mit 40,8 und D mit 35,5 Promille hinter der mittleren Ziffer zurück. Weiter ergibt sich, daß die Bezirke mit der schwächsten polnischen Durchsetzung die höchste Geburtenziffer aufweisen. So hatte, um nur ein Beispiel anzuführen, Gelsenkirchen mit 831 Bergarbeiterbevölkerung und 84 Polen pro 1000 Einwohner 56,3 Geburten; dagegen Loß-Gleimitz mit 132 Bergarbeiterbevölkerung und 822 Polen auf je 1000 der Gesamtbevölkerung nur 44,4 Geburten. Diese Tatsache kann jedoch nicht als Beweis dafür gelten, daß die Polen weniger fruchtbar seien als die Einheimischen; sie rechtfertigen nur die Annahme, daß weniger die Abstammung als der Beruf die Geburtenhäufigkeit beeinflusst. Weiter glaubt der Verfasser die Beweislast so eng geschloffen, um behaupten zu können, daß ebenso wie die Nationalität, auch die Lehre der katholischen Kirche hauptsächlich als mitwirkende Faktoren, nicht aber als hauptsächlich bestimmend für die hohe Fruchtbarkeit der Bergarbeiterbevölkerung angesehen werden könnten. Wir müssen und hier darauf beschränken, auf diese, durch detaillierte Zahlenangaben unterstützte Beweisführung hinzuweisen. Registriert sei an dieser Stelle auch nur, daß Pöhlke die von ihm ermittelte hohe Fruchtbarkeit der Bergarbeiterbevölkerung an der Hand von Vergleichszahlen aus Nord

und Süd, West und Ost und aus verschiedenen Berufsgruppen erhärtet. Das Fruchtbarkeitsverhältnis wird durch folgende Hauptzahlen dargestellt: Deutsches Reich 151, Berufsgruppe B, III Abteilung A 247,4, Abteilung B 190,5. Bemerkenswert ist sodann noch, daß in den Bergarbeiterbezirken die Zahl der unehelichen Geburten geringer ist als im Reichsdurchschnitt. Die Vergleichsziffern sind diese: Deutsches Reich 29,2, Berufsgruppe B, III Abteilung A 19,4, Abteilung B 18,6. Ehe wir auf die Ursachen der Erscheinung eingehen, müssen noch die Sterblichkeitsziffern kurz berührt werden. Die allgemeine Sterblichkeit ist in der Bergarbeiterbevölkerung größer als im Reichsdurchschnitt. Sie beträgt in der Berufsgruppe B, III Abteilung A 25,8 Promille, in der Abteilung B 25 Promille, im Deutschen Reich 24,8 Promille. Günstiger gestaltet sich für die Bergarbeiterbevölkerung die Säuglingssterblichkeit. Dem Durchschnitt für Preußen mit einer Ziffer von 18,9 Promille steht die Abteilung B mit 18,8 Promille und die Abteilung A mit 18,1 Promille gegenüber. Hier beträgt infolge der höheren Geburtenziffer und niedrigeren Sterblichkeitsziffer der Geburtenüberschuß 27,3 Promille, bei der Abteilung B 20 Promille und im Reichsdurchschnitt nur 13,8 Promille. Pöhlke weist dabei nach, daß bei den Polen die Säuglingssterblichkeit etwas größer ist als bei der übrigen Bergarbeiterbevölkerung. Seine Ursache dürfte das in dem Umfange finden, daß bei der einheimischen Bevölkerung, speziell in Rheinland-Westfalen, der Kinderpflege und Körperhygiene etwas mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird als bei der polnischen Bevölkerung, wenn auch im allgemeinen auf diesem Gebiete noch so sehr viel zu wünschen übrig bleibt.

Für die von ihm ermittelte hohe Fruchtbarkeit hat der Verfasser verschiedene Ursachen gefunden; teilweise sind sie physischer, fast mechanischer, teils aber auch psychischer Natur. Die letzteren Einwirkungsfaktoren haben für uns vom Standpunkt der sozialen Würdigung gesellschaftlicher Erscheinungen die größere Bedeutung. In der ersten Art Erscheinungsbefunde gehört die starke Zunahme junger Elemente in die Bergbaubezirke und ihr Eindringen in den Bergmannsberuf. Hinzu kommt, daß der Bergmann schon in verhältnismäßig frühem Alter ein relativ hohes Einkommen erzielen kann, und damit die Voraussetzung zu einer Familiengründung gegeben ist. Drittens darf nicht unerwähnt bleiben, daß infolge der aufreibenden Tätigkeit die schwächlichen Elemente schnell abgestoßen werden — hohe allgemeine Sterblichkeit. Die Bergarbeiterbevölkerung weist aus allen diesen Gründen einen geringen Prozentsatz älterer Personen auf. Die Altersstufen zeigt folgendes Bild: Von je 100 Personen hatten ein Alter bis zu 18 Jahren: im Reich 40,6, in der Berufsgruppe B, III Abteilung A 48, Abteilung B 44,4; im Alter von 18 bis 50 Jahren: im Reich 43,9, Abteilung A 43,4, Abteilung B 44,8; 50 bis 70 Jahre waren alt: im Reich 12,8, Abteilung A 7,5, Abteilung B 9,1; über 70 Jahre: im Reich 2,7, Abteilung A 2, Abteilung B 1,5. Die frühzeitige Verheiratung in der Bergarbeiterbevölkerung kommt noch in folgenden Ziffern in die Erscheinung. In Preußen waren von je 1000 Frauen 491 im gebärfähigen Alter, aber nur 281 verheiratet; die Berufsgruppe B, III Abteilung A dagegen hatte unter 1000 Frauen 409 gebärfähige und 301 verheiratete, die Abteilung B 480 gebärfähige und 292 verheiratete. Die genannten rein physischen und wirtschaftlichen Gründe erklären aber nicht reiflos die überwiegende Fruchtbarkeit der Bergarbeiterbevölkerung. Pöhlke glaubt mit Recht, daß ein psychischer Faktor eine Hauptrolle spielt; er erblickt ihn in der Eigenart der beruflichen Arbeit und der daraus resultierenden geistigen Verfassung der Bergarbeiter. Leider erlaubt das Material kein Urteil darüber, ob und in welchem Grade das physische Moment auch auf die Frauen sich überträgt, oder ob für sie lediglich die äußeren Umstände die Förderer höherer Fruchtbarkeit bilden. Pöhlke faßt sein Urteil also zusammen:

„Daß sich dieselbe Erscheinung — hohe Fruchtbarkeit — sowohl bei den Vergleuten des Ostens wie bei denen des Westens ergab, weist auf das gemeinsame der Berufsarbeit hin. Diese Berufsarbeit ist in ihrer Schwierigkeit, in der damit verbundenen Lebensgefährdung, in ihrer den Menschen abtunspendenden Eigenart in Jolas „Germinal“, in Aufzählungen von Vergleuten selbst („Aus der Tiefe“, Arbeiterbriefe, Morgen-Verlag, Berlin 1909), ferner erwähnendweise in Arbeiten von Brentano und Komberg geschildert worden. Höhere Bedürfnisse, zu denen auch eine intelligente Klasse nur langsam gewonnen wird, bleiben dem Bergmann trotz seiner sekundär nicht schlechten Lage nahezu versagt. Die Lebenshaltung hat sich bei ihm nur materiell gebessert, die Steigerung der geistigen Lebenshaltung wird ihm durch den Beruf erschwert oder unmöglich gemacht.“

Die Arbeit des Bergmannes, speziell die unter Tage, abgeschlossenen von der Außenwelt, wobei die Dunkelheit den Gebrauch der Sinnesorgane beschränkt und das ganze Milieu leicht zum Nihilischen neigen läßt, ist kein Werdend geistiger Bedürfnisse. Ihre Befriedigung, soweit sie vorhanden sind, erschwert die oft auf das private Leben sich erstreckende Abgeschlossenheit. Die Bergarbeiter domizilieren vielfach in Kolonien, eng zusammengepackt, nur mit Berufsgenossen zusammen. Das Wohnen in den schmutz- und reizlos, jeden künstlerischen Geschmack entbehrenden Werkstaternen schwächt natürlich die aus den übrigen Faktoren resultierende Reizung zum Grob sinnlichen, es wirkt nach dieser Richtung ganz erheblich begünstigend. Den auf Anreizung erdlicher und höherer Genüsse gerichteten Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung stellt gerade das Grubenkapital die größten Schwierigkeiten in den Weg. In der Konfektionierung der Unwissenheit und primitiver Bedürfnisse sieht das Unternehmertum seine Interessen am besten geschützt. Daher stemmt das Kapital sich allen Bestrebungen entgegen, die dahin zielen, der Masse eine höhere, von geistigen Bedürfnissen veredelte Lebenshaltung anzuerziehen. D.

Aus der Frauenbewegung.

Bürgerliche Frauenvereine.

Die deutsche bürgerliche Frauenstimmrechtsbewegung, die ungefähr 1902 unter Führung Dr. Augspurgs einsetzte, hat schon manchen Sturm erlebt. Stürme von außen, Stürme in sich. So stürmisch aber, wie es hinter den Kulissen der letzten vierten Generalversammlung des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht, die vom 5. bis 7. Oktober in Hamburg stattfand, in der die beiden ersten Führerinnen radikal abgesetzt wurden, ist es nie zuvor bei ihr hergegangen. Die Unmöglichkeit eines erfolgreichen Zusammenarbeitens, der in dieser Bewegung vereinten Elemente, konnte nicht krasser zutage treten. Der § 3 der Satzungen des Deutschen Verbandes, der in seinem ersten Abschnitt erklärt, daß der Verband neutral sei, Frauen aller Parteirichtungen als Mitglieder aufnehme, dann aber in seinem zweiten Abschnitt hinzusetzt, daß der Verband das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter erstrebe, dieser widerspruchsvolle § 3 war die Ursache, daß der Verband von Geburt an kränkelte und sich jetzt endlich in Hamburg, wo er ja auch seinerzeit das Licht der Welt erblickte, einer lebensgefährlichen Operation unterziehen mußte. Die Operation, wie es immer heißt, gelang, ob nun der Patient nachträglich an allgemeiner Schwäche stirbt, oder zu neuem Leben erblüht, muß abgewartet werden. Zu der Tagung waren circa hundert Delegierte erschienen, und einleitend teilte die Vorsitzende mit, daß ein erfreulicher Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen wäre. Der zur Tagung eingeladenen regierende Bürgermeister und der Senat hatten schriftlich für die Einladung gebankt, und außerdem begrüßte während der Verhandlungen ein Abgeordneter der Fraktion der vereinigten Linken der Hamburger Bürgerschaft

die Stimmrechtsdamen. Der Bürgermeister von Budapest erwies sich Lebenswürdiger, indem er den Damen, weil der Weltbund für Frauenstimmrecht in zwei Jahren in Budapest tagen wird, als zu erwartenden Gästen eine Nappe mit Illustrationen Ungarns übersandte. Die Gesamtzahl der Mitglieder des Deutschen Verbandes zählt heute circa 8000 Köpfe, gegen ungefähr 6000 vor zwei Jahren. An erster Stelle steht Bremen mit 400 Mitgliedern bei einer Viertel Million Einwohnern. In dem ominösen § 3 hatte der heftigste Landesverein beantragt, das allgemeine Wahlrecht, das Abschnitt 2 vorsieht, fallen zu lassen, und dafür zu setzen: der Verband erstrebt volle Staatsbürgerrechte für alle Frauen. Um diese total offizielle Verwässerung zu verhindern, hatte der Bayerische Landesverein beantragt, das allgemeine Wahlrecht nicht für beide Geschlechter, sondern nur für die Frauen zu fordern. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Zwar hatten sich einige der Linksmittglieder zuerst für den § 3 in seiner alten Fassung geäußert, aber zum Teil recht matt, wie Frau Breitscheid, die gleich darauf mit den drei Stimmen, die sie vertrat, den bayerischen Antrag unterstützte, und etwas wärmer wie Frau Lindemann-Stuttgart, die erklärte, daß in Württemberg kein Mensch gegen das allgemeine Wahlrecht zu sprechen wagen würde. Aber punktum, Strich — das allgemeine Wahlrecht der Stimmrechtsdamen verblüht. Und zwar aus dem Gedankengange heraus, daß der Verband von unten her, aus dem Volke, aus den Sozialdemokratinnen, wahrscheinlich keinen Zuwachs zu erwarten habe, dagegen von rechts her eventuell neue Gruppen herangezogen werden könnten. Na, und so ein Prinzip, das werfen diese Damen eben gelegentlich über den Haufen! Sie werden sich auch, wie ja schon A. G. Heymann in der „Frauenstimmrechtszeitung“ darlegte, mit einem beschränkten Damenwahlrecht abzufinden wissen.

In innerem Zusammenhang mit dieser Paragrafenaffäre standen die beiden Referate von Frau Breitscheid und Fräulein Heymann über die Mitarbeit der Frauen in den politischen Männerparteien, in denen sich die erstere für diese Mitarbeit aussprach, wogegen sich A. G. Heymann zu einer glühenden Philippika gegen die gesamte parteipolitische Männerwelt aufschwang und die damit schloß: „Verlaß ist nur auf unsere eigene Kraft.“ Man kann den Heymannschen Standpunkt nicht billigen; was seine Geradheit anbelangt, muß man ihn gelten lassen. Wie sich die anderen Damen mit ihrer Doppelseite in der Brust — einerseits flammende Begeisterung für Liberalismus oder Demokratische Vereinigung oder sonst eine Partei, andererseits vollständige innere Neutralität als Frauenstimmrechtlerinnen — abfinden werden, das zu beobachten dürfte für uns nicht uninteressant werden. Denn in dieser Doppelseite werden sie in die Lage kommen, heute z. B. in einer Parteiversammlung zu erklären, das intrigante Zentrum hat es schändlicherweise erreicht, daß die Ritterschaftsversicherung abgelehnt worden ist, und morgen dann in einer Frauenstimmrechtsversammlung werden sie erklären: „Frauen aller politischen Richtungen (natürlich auch Zentrumsfrauen!) gehet hin und unterstützt eure Partei!“ Dazu wird allerdings „ein feiner Zauber“ nötig sein, sprach eine der Referentinnen. Dieser Halbheitstakt dürfte den Damen doch noch eiliches Kopfschütteln verursachen. Für uns Sozialdemokratinnen ist diese Frauenstimmrechtsbewegung damit erledigt; wir kennen nur ein Verzeihen, einen Kampf für beide Geschlechter und müssen es unseren Führerinnen danken, daß sie von Anfang an die innere Möglichkeit dieser Gesellschaft erkannt und gebauert haben. So kostbar differenzierend, wie der „Börsencourier“, der erklärte, daß es mehr die männlich gearteten Frauen gewesen, die sich gegen die Mitarbeit mit den Männern gewandt, und daß es die weiblicheren Naturen, die für die Kameradschaft der Geschlechter eintraten, brauchen wir heute darum gar nicht zu werden. Auch die Unlogik dieser Idee wollen wir nicht analysieren. In ihrem scharfen Referat trat A. G. Heymann auch besonders der fortschrittlichen Volkspartei entgegen, deren Sündenregister gar nicht mehr abzuhelen sei, und segnete nach Kräften die Sozialdemokratie, gegen die sie die alten Kamellen vorbrachte, daß sie in Ungarn und Belgien in Beziehung auf das Frauenstimmrecht versagt. Die Belehrung über diesen letzten Punkt mußte sie aus den Reihen der eigenen Mitglieder entgegennehmen. Am wütlichsten aber stieß sie immer in der Diskussion die Schwergeladen nach der alten Handels- und Vordelstabs gereichte liberale Frau Maria Wischniewska gegen die verfluchten Sozialisten. Alora Petlin, die Vertreterin der 120 000 organisierten sozialistischen Frauen jerschmettete sie mit dem bedeutenden Satz: „Leber die ist die Zeit hinweggedrückt!“ Daß die Politik nicht in der Hosenheide, nicht in Dreptow gemacht werde, siehe bei allen denkenden Individuen fest, lautete eine andere ihrer Reminiscenzen. Ihre deutsches Staatsbewußtsein ist dabei im Gegensatz zur Internationalität derartig ausgewachsen, daß sie bei dem etwas ungeschickten angefangenen Satz einer Referentin betreffs der Stammesverschiedenheit in Deutschland fast einem Krampfanfall unterlag, was sie aber nicht verhinderte, in einem anderen Atemzug zu behaupten, die höchstbedeutende Kraft der englischen Suffragettes müsse unbedingt auf die allgermanische Mischung zurückgeführt werden.

Die erste Abendversammlung brachte vier Referate vor überfülltem Saale und dem Glanzpunkt bildete eine extra zur Feier verschriebene Suffragette, die zum Teil deutsch, zum Teil englisch über die Suffragettesbewegung berichtete und deren ganzer Dargestandnis darin auslag, nicht in die politischen Männerparteien sollen die Frauen eintreten, sondern kämpfen wie wir, auch in Deutschland! In der zweiten öffentlichen Versammlung mit dem Thema: „Der alte und der neue Reichstag, Kritik und Forderungen der Frauen“, hielt Dr. Augspurg eine gründliche Abrechnung mit dem deutschen Liberalismus und sprach eingehend über die Reichsfinanzreform und insbesondere über Ritterschaftsversicherung; auch die Reichsfinanzreform wurde gebührend von ihr beleuchtet. Sie strich Bebel und Gottschalk als Vertreter der Frauen heraus und erklärte, daß die Frauen mit ihrer Kritik nicht zurückhalten würden. Die zweite Referentin Dr. Schirmacher besprach die Bedeutung der Feuerungsfrage, der Reichsgebührenreform, die Straßengesetzreform (§ 175) und hielt es für notwendig, daß den Abgeordneten andauernd Vorträge der Frauen gehalten würden. Wie derartige Angelegenheiten neutral besprochen werden können, ist nicht recht klar, jedenfalls wurden von den gesamten Referentinnen die Referate nicht neutral gehalten.

Die übrigen Verhandlungen fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Zunächst handelte es sich um die Frauenstimmrechtszeitung, die von der Frauenbewegung losgelöst und zu einem großen Verbandsorgan ausgestaltet werden soll, dann aber in der Hauptsache um die Vorstandswahl. Es gahnt eine tiefe Kluft zwischen den Mitgliedern, vor allen Dingen zwischen den Preußen und Süddeutschen. Zunächst schien es, als ob die alten Leiterinnen wieder das Schwert in Händen behalten würden. Dann aber legten die reinen Persönlichkeitsfragen, die schon gewählten beiden Vorstehenden legten nieder und der neue Vorstand setzte sich aus Frau Stritt, Frau Lindemann, Frau Zieh, Dr. Schirmacher, Hel. von Welckel und Frau Vogt zusammen. Die Redaktion des neuen „Frauenstimmrechtsblattes“ war Dr. Augspurg zuerkannt. Ob aber unter obwaltenden Umständen die Redaktion von ihr ausgeübt werden wird, erscheint fraglich. Es ist dagegen wohl möglich, daß sich nach dieser Wandlung in der Leitung die bereits bestehenden anderen deutschen Frauenstimmrechtsvereine gemeinsamer Richtung mit dem Verband für Frauenstimmrecht zu einem großen Sammelurium, ähnlich dem Bund deutscher Frauenvereine, den Frau Stritt ja auch lange mühsam zusammengehalten hat, verbinden.

Kontrollrinnen der Rinderschutzkommission für Nizdorf sind noch die Genossinnen Guelmann, Richardstr. 51, Müller, Banglischstraße 13 und Mademacher, Thomasstr. 26.

Vesabende.

Grünau. Am Mittwoch, den 11. d. M., abends 8^{1/2} Uhr, findet im Lokal „Zur grünen Ede“, Rindlerstr. 83, der Frauenabend statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über die wirtschaftliche Stellung der Frau. Referentin: Genossin Juchacz. 2. Freie Aussprache. 3. Verschiedenes.

*) I. Bergarbeiterbevölkerung und Fruchtbarkeit. Hannes Pöhlke, Doktor der Staatswissenschaften. München 1911. Verlag G. Vitz u. Co.

Gerichts-Zeitung.

Ein polizeiliches Mißverständnis.

Ein sehr harmloser Vorfall führte dazu, daß vor einigen Tagen zwei Frauen als Angeklagte vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg erscheinen mußten. Ein Hausen kratzbarer Handlungen wurde ihnen zur Last gelegt. Der einen, einer Frau Quolle, Nichtbefolgung von Anordnungen eines Polizeibeamten, Beleidigung von Polizeibeamten, Mißhandlung eines Polizeibeamten, Widerstand gegen die Staatsgewalt. Der anderen, einer Frau Anop, versuchte Befangenenbefreiung, Beleidigung eines Polizeibeamten, Hausfriedensbruch. Der Anklage lag nach der Verhandlung folgender Tatbestand zugrunde: Am 20. Juli ging ein Wollenbruch über Berlin nieder. Es bildeten sich in der Gneisenaustraße große Wasserläden, in denen die Kinder sich damit amüsierten, daß sie badeiten und vorübergehende Personen mit Wasser spritzten. Schulleute wollten diesem harmlosen Treiben ein Ende bereiten und einige Kinder, die sich durch Spritzen hervortaten, zur Wache bringen. Sie fuhren einen Knaben, aber gerade einen, der nichts getan hatte. Das brachte die Erwachsenen, die sich an dem Treiben der Kinder amüsierten, in Aufregung. Die Angeklagte Frau Quolle rief: „Das ist der falsche Junge, gespritzt hat der Junge mit der blau-weiß gestreiften Jacke. Kaum hatten die Polizeibeamten das Wort „blau“ gehört, als sie Frau Quolle packten und zur Wache bringen wollten. Sie meinten, Frau Quolle habe geschimpft: Laßt die Wachen sich den Jungen doch selber holen. Wie die Beamten vor Gericht ausfragten, seien sie hierdurch beleidigt worden. Frau Quolle habe sich dann gewiegert, mit zur Wache zu kommen, sie habe sogar einem Polizeibeamten einen Faustschlag gegeben und auf dem Wege zur Wache Widerstand geleistet. Dagegen gab ein Zeuge Richter genau dieselbe Darstellung, wie die Frau Quolle. Diese behauptete, daß sie die Schulleute nur darum gebeten hätte, allein zur Wache gehen zu dürfen, die Beamten hätten ihr die Nase ausgerissen und sie habe dann erklärt, sie geniere sich, mit der offenen Nase über die Straße zu gehen. Richter befragte auch dieses, während die Polizeibeamten kein Wort hierüber gehört haben wollen.

Die zweite Angeklagte, Frau Anop, die Mutter der ersten Angeklagten, machte folgende Angaben: Sie habe davon gehört, daß ihre Tochter zur Wache geführt worden sei, sie sei darauf den Polizeibeamten nachgelaufen, habe sie aber nicht mehr erreichen können und sei dann zur Polizeiwache gegangen, um sich nach dem Verbleib ihrer Tochter zu erkundigen. Dort angekommen, sei ihr ein Schuhmann entgegengetreten, der sie aufgefordert habe, die Wache zu verlassen. Sie habe darauf erwidert, daß sie sich nur nach ihrer Tochter erkundigen wolle. Der Schuhmann habe sie aber trotzdem erfaßt, schleunigst die Wache zu verlassen, er habe ihr zugerufen: Verschämtes Kess, willst Du machen, daß Du die Treppe herunterkommst, ich schmeiße Dich die Treppe herunter. Der Schuhmann habe sie, die nervenscheidende Frau, dann die Treppe heruntergeworfen und sie habe sich dabei den Arm gebrochen.

Von den Beamten wollte keiner von diesen Dingen etwas wissen. Doch konnte keiner von ihnen bestritten, daß die Frau sich den Arm gebrochen hatte. Sie meinten, dies sei auf der Straße geschehen, wo sie zu Fall gekommen sei, als sie den Beamten nachließ. Demgegenüber bestritt aber der Zeuge Richter, daß Frau Anop auf der Straße nicht zu Fall gekommen sei, den Armbruch also nur auf der Treppe zur Polizeiwache erlitten haben könne.

Bei dieser Sachlage mußte selbst der Staatsanwalt die Anklage wegen Nichtbefolgung einer Aufforderung eines Polizeibeamten, wegen Befangenenbefreiung und Hausfriedensbruch fallen lassen. Er beantragte wegen Beleidigung, Körperverletzung und Widerstandes gegen Frau Quolle eine Geldstrafe von 25 M., wegen Beleidigung gegen Frau Anop eine Geldstrafe von 3 M.

Der Verteidiger Dr. Kurt Rosenfeld rügte in scharfen Worten das Verhalten der Schulleute, die allein daran schuld seien, daß der an sich ganz harmlose Vorfall zu einer Anklage geführt habe. Er wies darauf hin, daß auf die Aussage der Schulleute, die bei dem Wort „blau“ sofort meinten, beleidigt zu sein, kein großes Gewicht zu legen sei und daß die beiden Frauen sich offenbar in höchster Erregung über die ihnen zugefügte Unbill befunden hätten.

Das Gericht verurteilte nur Frau Quolle zu 30 M. Geldstrafe wegen Widerstandes und Frau Anop zu 10 M. wegen Beleidigung. Von den übrigen Strafanforderungen sprach das Gericht beide Angeklagte frei.

In der „zweiten Vorsitzende“ einer Versammlung ohne weiteres ein „Leiter“ im vereinsrechtlichen Sinne?

Diese Frage hatte am Freitag das Kammergericht zu entscheiden. Nach § 18 Ziffer 2 des Vereinsgesetzes wird mit Geldstrafe bis zu 150 M. bestraft, wer eine Versammlung ohne die durch die §§ 5, 6, 7, 8, 9 des Gesetzes vorgeschriebene Anzeige oder Bekanntmachung veranstaltet oder leitet. Die öffentliche Jugendversammlung in Berlin, welche sich am 16. Oktober 1910 mit dem kurz vorher ergangenen Urteil des Oberverwaltungsgerichts in Sachen der Freien Jugendorganisation beschäftigte und dagegen Protest erhob, war nicht der Polizei angezeigt oder in einer dafür bestimmten Zeitung rechtzeitig bekannt gemacht worden. Die Versammlung wurde als öffentliche Versammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten angesehen und es erfolgte auf Grund der zitierten Vorschrift Anklage gegen das aus der Versammlung gewählte Bureau. Das Landgericht nahm an, namentlich im Hinblick auf ein vorher verbreitetes Flugblatt, daß diese öffentliche

Versammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten bestimmt gewesen sei und deshalb zu den angezeigten Versammlungen gehörte. Es verurteilte jedoch nur den „ersten Vorsitzenden“ Scholz als Leiter. Der „zweite Vorsitzende“ Wenzel und der Schriftführer Holzhütter blieben straffrei. Ausgeführt wurde: Nur Scholz komme als Leiter in Frage. Wenzel und Holzhütter könnten nicht als Leiter gelten. Als Leiter könnte nur die tatsächlich den Vorsitz führende Person angesehen werden. Das sei hier nur Scholz gewesen. Die anderen beiden Mitglieder des aus der Versammlung gewählten sogenannten Bureaus hätten keine leitende Tätigkeit ausgeübt, und zwar der zum „zweiten Vorsitzenden“ bestimmte Wenzel auch nicht dadurch, daß er zum Schluß feststellte, es sei keine Resolution eingelaufen.

Die Staatsanwaltschaft legte gegen das Urteil, soweit dadurch Wenzel freigesprochen worden war, Revision beim preussischen Kammergericht ein. Sie machte geltend: Wenzel als zweiter Vorsitzender hätte ebenfalls als Leiter beurteilt werden müssen. Die Versammlung habe ihn durch die Wahl zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Wenn aber eine Versammlung zwei Vorsitzende wähle, dann hätten beide Leitungsbefugnisse; beiden stehe das Recht zu, Ordnung und Ruhe aufrechtzuerhalten und die Versammlung zu leiten. Ob der zweite Vorsitzende wenig oder gar nicht Gebrauch davon mache, sei ganz egal. Auf jeden Fall sei auch er „Leiter“. Uebrigens sei Wenzel am Schluß auch als Leiter dadurch hervorgetreten, daß er feststellte, es sei keine Resolution eingegangen. Auch die Feststellung des Resultats gehöre mit zu den Aufgaben des Leiters.

Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld als Vertreter Wenzels betonte vor dem Kammergericht die große Bedeutung, die für die vereinsrechtliche Praxis in der hier zur Entscheidung stehenden Frage liege, ob der zweite Vorsitzende einer Versammlung ohne weiteres ihr Leiter sei. Die Frage müsse verneint werden. Eine Versammlung könne nicht gleichzeitig zwei Leiter haben. Wer zum zweiten Vorsitzenden gewählt werde, werde dadurch noch nicht Leiter. Er sei erst dann dazu berufen, ein Leiter zu werden, wenn der erste Vorsitzende irgendwie verhindert sei, zu leiten und wenn die Leitung so auf den zweiten Vorsitzenden übergehe. Das sei aber hier nach den Feststellungen des Landgerichts nicht geschehen.

Das Kammergericht stellte sich auf denselben prinzipiellen Standpunkt und verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft, indem es noch ausführte: Das Landgericht erkläre als festgestelltes, daß Wenzel sich nicht an der Leitung beteiligt habe, wenngleich er neben dem ersten Vorsitzenden Platz nahm, und daß er auch dadurch sich nicht an der Leitung beteiligte, daß er feststellte, es sei keine Resolution eingegangen. Die Ausführungen ließen erkennen, daß der Vorderrichter sich zwar bewußt war, daß durch die Feststellung des Resultats eine leitende Tätigkeit ausgeübt werden konnte, daß er eine solche Tätigkeit hier aber aus tatsächlichen Gründen verneinte. Somit sei die Revision des Staatsanwalts unbegründet.

Ein trübes Sittenbild vom Lande.

so berichtet man uns unterm 7. Oktober aus Halle a. S., entrollte heute das Jugendgericht in der Sache gegen den 15jährigen Wirtschaftselben Könike und das Dienstmädchen Wöttger aus Jüchtern bei Delitzsch. Die W. war wegen verächtlicher Abtreibung der Leibesfrucht, Kindesmordes, und der 15jährige Vater wegen Beihilfe zur verächtlichen Abtreibung beschuldigt. Der „Junge“ hat mit dem Mädchen monatlang verkehrt, den Abtreibungsversuch verabredet und vorbereitet und da er mißlang, hat die junge Mutter nachher das Kind bei der Geburt getötet. Sie wurde zu zehn Monaten, er zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Die so viel gepriesenen Sittenverhältnisse auf dem Lande werden durch diesen Fall recht drastisch illustriert. Wir lehnen es aber ab, uns darüber in eine große Entrüstung hineinzustürzen, da wir die Grundlagen kennen, auf denen solche besorgniserregenden Zustände emporwuchern. Weil aber unsere Agrarier, Landpastoren und alles, was dazu gehört, nicht müde werden, bei der jetzigen Jugendverfolgung über den „Großstadtkumpf“ zu zetern, hiessen wir es für angebracht, den Fall zu registrieren.

Aus aller Welt.

Das Parteivorstandeslokal wegen Cholera gesperrt.

Aus Rom schreibt unser dortiger Korrespondent unter dem 7. d. Mtd.: Eine recht unangenehme Ueberraschung erwartete heute früh den italienischen Parteisekretär und das Bureaupersonal des Vorstandes: sie fanden alle Wände des Hauses, in dem die Bureauausstattung lag, mit Kalkmilch bestrichen und an dem Haustor wartete ihrer ein Schuhmann, der sie freundlich darauf aufmerksam machte, daß sie nach Betreten des Hauses auf fünf Tage in die Isolierstation gebracht werden würden. Es hatte sich nämlich über Nacht in dem Hause ein Cholerafall ereignet, und alle seine Bewohner waren bereits auf die Isolierstation gebracht worden. Die letzten Tage haben der Hauptstadt mehrere Cholerafälle gebracht, die man auf den Genuß infizierter und ungelochter Milch zurückführt. Mehrere Häuser sind deshalb geräumt und sanitätspolizeilich gesperrt worden. Für den Parteivorstand ist dieser Umstand deshalb so peinlich, weil der am 15. in Modena zusammentretende Parteitag im letzten Stadium seiner Vorbereitungen stand, in dem die plötzliche Absperrung des Personals von den Bureaupapieren wahrhaftig keine Annehmlichkeit darstellt.

Das Schicksal des Parteivorstandes teilen übrigens auch die Redaktionen der „Soffita“ und des „Sempre Avanti“.

Vom Spiel in den Tod.

Ein schrecklicher Vorgang, wobei ein Knabe den Tod fand und ein zweiter schwer verletzt wurde, ereignete sich bei Lutzenwalde. An der Stadtgrenze liegt ein ausgebehnter Sandberg, auf dem häufig die Kinder spielen. Sie bauen Höhlen und Gänge und durch Sandeinstürze geraten Knaben schon des öfteren in ernste Gefahr. Einen verhängnisvollen Verlauf sollte jedoch der Einsturz einer Höhle, die zwei zwölfjährige Knaben gegraben hatten, finden. Die letzteren hatten bereits einen etwa drei Meter tiefen Gang in den Sandberg hineingegraben, als die Seitenwand plötzlich nachgab und einstürzte. Die beiden Knaben wurden unter den Sandmassen vollständig begraben. Zum Glück hielten sich in der Nähe einige andere Kinder auf, die fortstürzten und Hilfe herbeiholten. Zahlreiche Bewohner aus der Nachbarschaft eilten zur Unglücksstätte und machten sich sofort an die Befreiung der verunglückten Knaben. Man schaffte sie auch ans Tageslicht. Sie waren völlig leblos und nur bei einem der Gefährdeten hatten die Wiederbelebungsversuche eines herbeigerufenen Arztes Erfolg. Er wurde bedenklich erkrankt davongetragen. Der zweite Knabe war aber bereits tot. Die Mutter, die gleichfalls auf die Kunde vom dem Unglück herbeigeeilt war, brach ohnmächtig an der Leiche ihres Kindes zusammen.

Bekämpfung der Schundliteratur.

Nachdem der Bildungsausschuß der organisierten Arbeiter von Gera (Neuh.) seit mehreren Jahren zu Weihnachten eine Jugendschriften- und Wandschmuck-Ausstellung veranstaltet, hat auch der Geraer Lehrerverein im vorigen Jahre zum ersten Male eine Jugendschriften-Ausstellung eingerichtet. Der Lehrerverein ist nun einen Schritt weiter gegangen, indem er auf dem Jahrmarkt in Gera einen Verkaufstand für Jugendschriften zum Preise von 10 Pf. bis 1 M. errichtet hat. Den Verkauf haben die Töchter der Lehrer übernommen. — Die städtischen Körperschaften von Gera haben dem Lehrerverein einen Zuschuß von 250 M. zur Bekämpfung der Schundliteratur bewilligt.

Blutige Kämpfe im Vordell.

Im Quartier der öffentlichen Häuser in Tiznowo kam es gelegentlich einer von der Polizei veranlaßten Hausdurchsuchung, die nach mehreren mit Gewalt zurückgehaltenen Zigeunermädchen forschte, zu blutigen Schlägereien. Es mußte Militär aufgeboten werden, um die Ordnung wieder herzustellen. Bei dem sich entspannenden Kampfe wurden zwei Zigeuner und zwei andere Personen getötet sowie viele verletzt.

Kleine Notizen.

Ein Schiffsbrand auf der alten Spree bei Paulstern beschäftigte am Montag nachmittag die Feuerwehren der umliegenden Ortsteile. Auf einem der in der Nähe von Paulstern lagern den Schiffe war in der Fahrerkabine ein eiserner Ofen geheizt worden und die Mannschaft begab sich umher, während der Ofen in Tätigkeit war, an Land. Schon nach einiger Zeit bemerkten Arbeiter am Ufer, daß aus der Kabine eine dicke Flamme herausströmte, die sich rasend schnell über das ganze Schiff verbreitete und die fettartigen Rohstoffe entflammte. Der herrschende starke Wind trieb die Flamme nach dem Ufer hinüber, so daß auch bald das hölzerne Vordell Feuer fing. Die Ortsfeuerwehr mußte sich darauf beschränken, das Ufer zu schützen, während der Kahn vollständig ausbrannte.

Jugentleistung. Wie ein Telegramm aus Osna brück meldet, entgleiste bei der Station Geeste ein Güterzug. 15 Wagen und der Tender der Lokomotive wurden umgeworfen und stark beschädigt. Ein Schaffner wurde verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Ueberschwemmungen in Colorado. Nach Meldungen aus Südost-Colorado und dem Nordosten von Neu-Mexiko sind dort weite Strecken überschwemmt. Viele Personen sollen umgekommen sein, die entstandenen Verluste sollen sich auf 5 Millionen Dollars belaufen. Die Lage ist ernst, da es an Lebensmitteln mangelt.

Siebzig Zentimeter Schnee in Italien. In Cutigliano auf dem toskanischen Apennin, 700 Meter über dem Meeresspiegel, ist in diesen Tagen ein ganz plötzlicher Temperatursturz eingetreten. Der Schnee liegt bis zu 70 Zentimeter hoch, und das Wetter ist absolut winterlich.

Sturm auf der Rewa. Seit gestern wütet auf der Rewa sowie auf dem Sadogasee ein orkanartiger Sturm. Mehrere Schiffe sollen gestrandet sein und zahlreiche Habarien erlitten haben.

Ein Anschlag auf einen Eisenbahnzug wird aus Kalkutta gemeldet. Sonntagnacht wurde in der Nähe von Saidpur auf den Postzug von Darjeeling, in dem sich viele Europäer, darunter verschiedene hohe Polizeibeamte befanden, die nach den Feiertagen nach Kalkutta zurückkehrten, ein Anschlag unternommen. Die Schienen waren in einer Länge von acht Fuß aufgerissen und entfernt. Dem Postzug fuhr ein Güterzug voraus, der entgleiste und vollständig zertrümmert wurde. Das Personal auf der Lokomotive wurde ernstlich verletzt.

Bei Magenverstimmung Santa Lucia Kraft-Rotwein Fl. 1.50 u. 2.00

Bei Darmkatarrh, Nachahmungen bitte zurückzuweisen
Käuflich in Apotheken, Drogerien
:: und Delikatessen-Geschäften ::

Möbel

ganze Wohnungs-Einrichtungen
bunte Küchen
auf
Teilzahlung
zu billigsten Preisen
im Möbelhaus

Carl Barthel

Inh. Joachim Hochmuth.
O. 34, Zorndorfer Str. 54
Hieses Lager in separaten Räumen
Uhren, Goldwaren, Sprechmaschinen.

Hermann Fischers
billigste Särge
Urbanstr. 111, früher Rigort.

Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Crabb.
Tot. Neg. Brad, Gebrod
1.50, Dose 1.00, Wette 50 Pf.

ohne Anzahlung

liefern an jedermann

Möbel auf Kredit

bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abzahlung

komplette Wohnungs-Einrichtungen
sowie einzelne Möbelstücke, Putzwaren, farbige Küchen, Portieren, Gardinen, Leib- u. Bettwäsche, Steppdecken, Teppiche, in modernster Ausführung, Ferner

Garderobe für Herren, Damen u. Kinder
sowie Pelzgarnituren, Stolas, Muffen

Wochenrate von 1 M. an

S. DORN

Weinmeisterstr. 9
Ecke Alte Schönhauser Strasse

in sauberster Ausführung empfiehlt sich
am besten zu kaufen nur direkt in
der Fabrik

Bernhard Strohmandel.
Berlin, Wallstr. 72 und Spittelmarkt, Ecke Seydaustr.

(Strohmandelstr.) W., Joachimsthaler Straße 25/26.
Reparaturen u. Umarbeitungen billig. Illustrierten Preis-Katalog gratis u. franco

Ohne jede Anzahlung

verkaufe ich

Pianos

erstklassiges Fabrikat
(5mal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.

(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag. 139/10*

Für jedes Instrument gewährt ich 20jähr. schriftl. Garantie.

Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1
Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Gegründet 1830. Gegründet 1830.

Kufeke

Tausendfach bewährte Nahrung bei:
Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.

-Kindernahrung
-Krankenkost

Der Verkauf der zurückgelieferten Monatsgarderobe

des größten Abonnementshauses

für feine Herrenbekleidung J. STOCK & Co. befindet sich von jetzt ab nur Friedrichstraße, Ecke Johannisstr., Eingang Johannisstr. Anzüge und Paletots v. 10 M. an.

Paul Singer & Co., Berlin SW.

Heute, den 11. Oktober: Zahlabend in den Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Kreis, 5. Abteilung. Der Zahlabend findet von jetzt ab Markgrafenstr. 88 bei Vörrach statt.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Heute (Mittwoch) abend, hält die III. Abteilung ihren Zahlabend gemeinschaftlich bei Julius Reher, Dramenstr. 103, ab. Vortrag des Genossen Max Grünwald. Ab 11 1/2 Uhr, Zahlnacht für Buchdrucker, Stereotypsetzer, Kino-Operateure. Der Vorstand.

Sechster Wahlkreis. Heute, Mittwoch, den 11. Oktober, unternehmen die Mitglieder der Kinderschulkommission des sechsten Wahlkreises eine Besichtigung des Erziehungsheims für Kinderschulung in Zehlendorf, Wilhelmstr. 14.

Treffpunkt Potsdamer Bahnhof (Wannseebahn) um 2 1/2 Uhr nachmittags.

Groß-Lichterfelde. Zahlabend findet statt: Osten: 1., 2., 3. Bezirk im Kaiserhof, Kranoldplatz 2; 4. Bezirk bei Erpel, Berliner Str. 129; 5., 6a Bezirk bei Jünide, Feinersdorfer Str. 15. - Westen: 6., 7., 10., 12. Bezirk bei Brotnick, Ringstr. 17; 8. Bezirk bei Wahrensdorf, Sälzstr. 23; 9., 11. Bezirk in Döhnowierquelle, Hortensienstr. 11, am Bahnhof Botanischer Garten.

Johannisthal. Der heutige Zahlabend findet gemeinsam bei Otto Senftleben, Friedrichstr. 48, statt. Diejenigen Parteigenossen, die ihren Wohnsitz gewechselt haben, werden ersucht, dies in dem Zahlabend bekannt zu geben. Der Vorstand.

Edigwalde, Zeuthen und Mierddorf. Heute Mittwoch, den 11. Oktober, abends 9 Uhr, im Lokal des Herrn Lindemann in Zeuthen: außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Bericht vom Vorabend, Ausgabe der Visitenkarten zum Stiftungsfest, Anträge und Verschiedenes. Der Wahlvereinsvorstand.

Mariensfelde. Der Zahlabend findet diesmal bei Emil Scholz, Kiepertplatz, statt.

Bernau. Donnerstag, den 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen Salzmann, Badstr. 10, außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse Schwant. 2. Vereinsangelegenheiten. Vor der Versammlung werden Beiträge eincolliert. Die Bezirksleitung.

Wohndorf. Der heutige Zahlabend findet abends 8 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Wulfsberger (Villa Kahl) statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Arbeitersekretärs Genossen Eugen Bräuner über „Die Reichsversicherungsordnung“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Jessen. Am Donnerstag, abends 8 Uhr, im Saale des Genossen Kutzner: außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag in Jena. Referent: Genosse Groger-Rigdorf. 2. Unsere Stadtverordnetenwahl. Der Vorstand.

Falkenhagen-Seegefeld. Die für heute geplante Mitgliederversammlung findet nicht statt, da uns kein Lokal zur Verfügung steht. Weiteres wird noch bekannt gegeben. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Abrechnung.

„Mamsellenviertel“ heißen im Volksmunde die rings an der Berliner Weichbildgrenze zahlreich verstreuten Stadtbezirke, denen die sogenannte Konfektionsstube eine besondere Signatur verleiht. Hier existiert kaum ein Haus, in dem nicht mindestens ein Zwischenmeister seine Werkstatt aufgeschlagen hat, und an manchen Häusern sieht man gleich mehrere grellrote große Plakate mit der lodenden Aufschrift: „Mamsells werden verlangt“. Merklich wird auch das Straßenleben davon beeinflusst. Bald hier, bald da fahren Handwagen und Dreiräder mit Stoffballen vor. Tausende von Heimarbeitern, denen man ansieht, daß sie die Nachtstunden mit zum Tage machen, um sich notdürftig durch das Leben zu schlagen, pendeln mit zugeschnittener und halbfertiger Ware hin und her. Viele haben die Kinder an der Hand, den Säugling auf dem Arm. Nicht wenigen steht der Keim der mörderischen Proletarierkrankheit auf dem heftig geröteten Gesicht geschrieben. Ein Tag ist im Frondienst der Trepmaschine wie der andere, und immer von neuem ziehen mechanisch die Opfer der Heimarbeit keuchend treppauf, treppab ihren Dornenweg. Wieviele Hunderte von Radelstichen gehören dazu, um einen einzigen lumpigen Groschen zu Brot zu verdienen! Und wie oft tönt dabei aus starrer Brust rasselndes Husten der dem langsamen Vergehen Gemeihten!

An jedem Freitag wird es in den Mamsellenvierteln noch lebendiger. Da muß nach altem Brauch an die Großkonfektionäre „geliefert“ werden. Die Droschkentalstellen sind heute ganz besonders gut besetzt. Unsere Kofantantenlenker und Chauffeure wissen, daß am Freitag hier draußen für sie Erntetag ist. Schon von acht Uhr morgens an werden die Droschkenführer in schneller Folge nach den Abholorten beordert. Aus dem Umfang der in graue und schwarze Lächer gehüllten Ballen fertiger Kleider kann man ermessen, was der Arbeitgeber für ein Stück Geld verdient — auf Knochenkosten seiner Duzende, Hunderte, Tausende von Heimarbeitern. Auf Rosen tanzt ja der Zwischenmeister gegenüber dem Riesenreißer der Konfektionsdroschen auch gerade nicht, aber er steckt doch immer noch Märker in die Tasche, wo die eigentlichen Arbeitsschienen sich mit Nadeln begnügen müssen. Bei manchem Anfänger reicht nicht mal zur Droschke. Da müssen zwei, drei der „Gräfinnen der Nadel“ mit heran, um die Kleiderpakete mit der Straßenbahn nach dem Hauptgeschäft zu transportieren. Es sind keine fröhlichen Mädchengesichter, die man da an der frischen Luft sieht. Das ewige Sitzen über der Nähmaschine schnürt den Humor ein, stumpft den Geist ab. So ist die Fahrt nach dem Stadtinnern eine gern geübte Abwechslung, eine Feiertagsstunde. Und gern gibt man auch dem Fahrer der Elektrischen, damit er nicht murren über das große Paket, seinen Obulus in Gestalt eines Sechlers. Manche Zwischenmeister haben auch einen festen Abträger, der vertrauenswürdig ist und mitunter zum Stamm jener schiffbrüchigen Existenzen gehört, die im Konfektionsviertel rings um Hausvogteiplatz und Spittelmarkt sich verdiensthungrig den anstehenden Lieferdroschken oder der Elektrischen an der Haltestelle entgegenstürzen.

Am Sonnabend wird „gerechnet“, manchmal auch erst am Montag der Lohn bezahlt, abzüglich der chronischen Vorzahlung. Zum Sterben ist's zu viel, zum Leben zu wenig. Dann stehen die beglückten Armen wohl noch ein Viertel-

stündchen auf der Straße, philosophieren von unseren herrlichen Zeiten und überlegen, was sie mit ihrem Reichtum anfangen sollen. „Kinder, regt euch nicht unnötig uff“, poltert die resolute Wärlern, „davon werdt ihr bloß häßlich. Et kommt ooch mal eine andere Zeit... jawoll! So geht det doch nicht mehr lange weiter. Gabt ihr nicht in den Wetternich-Brosch gelefen, det so'ne Lauejungen, die noch nicht drocken hinter de Ohren sind un noch in de Schule jehn, von ihre Idiotenbaters monatlich dreihundert Mark Taschenjeld kriegen? Zustand! Ru rechnet Euch mal aus, wat wir da zusammenkniebeln müssen, un so'n Gaufer Winke mit de Nadel ranzuschaffen. Is det nicht himmelschreiend? Jawoll!... Wat sajen Se, Anna, Se wer'n die besseren Zeiten nicht mehr erleben? Mit Jhnen is et bald aus?“ Verstoßen sieht sie zur Seite, fährt schnell mit der Hand über die Augen. „Red' nicht so'n dummet Zeug, Reechen. Wer wird gleich an't Sterben denken! Lebste denn zweemal? Jäh sage euch, bald jibt's ne andere Abrechnung wie eben da oben... un wir sind et, die zulekt am besten lachen...“

Die Stadtverordneten-Erfahrungswahl für den verstorbenen Stadtverordneten Marggraf hat der Magistrat gleichfalls auf Sonntag, den 5. November, festgesetzt. Der zu wählende Stadtverordnete muß Hausbesitzer sein. Nach der Neueinteilung der Wahlbezirke kommt der 4. Gemeindevahlbezirk in Frage. Die zu diesem Bezirk gehörigen Stadtbezirke haben wir dieser Tage schon bekannt gegeben.

Die „teure“ Volksschule.

Von Zeit zu Zeit bringt die bürgerliche Presse Berlins immer mal wieder einen Hinweis auf die angeblich sehr bedeutende Zunahme der Ausgaben des Stadtsäckels für das Gemeindefchulwesen. So finden wir jetzt im „Berliner Tagebl.“ eine Notiz, die folgendermaßen lautet:

„Die Kosten für die Berliner Gemeindefchulen sind in den letzten Jahren außerordentlich gestiegen. Im Jahre 1890 betragen die Gesamtausgaben 8,8 Millionen Mark oder 48 Mark pro Kind. Jehn Jahre später mußten schon rund 18 1/2 Millionen Mark oder 65 Mark für jedes Kind aufgewendet werden, und dann stiegen die Ausgaben fast regelmäßig um eine Million Mark. Im letzten Jahre sind nicht weniger als 25 Millionen Mark oder 110 1/2 Mark für jedes Kind in den Volksschulen verausgabt worden. Seit 1890 haben sich also diese Ausgaben verdreifacht, obgleich die Frequenz in der letzten Zeit etwas zurückgegangen ist.“

Also verdreifacht haben sich seit 1890 die Ausgaben für die Gemeindefchulen, obwohl die Frequenz in der letzten Zeit etwas zurückgegangen ist! Man beachte die Fassung dieses Schlüssatzes der Notiz und stelle sich die Wirkung vor, die das auf den freisinnigen Spiehbürger ausüben muß. Die Verdreifachung wird herabgerednet aus den absoluten Ausgabebeträgen, aber in demselben Atemzuge wird von der Frequenz und ihrem in letzter Zeit eingetretenen Rückgang gesprochen, so daß mancher in der Wertung von Zahlen nicht geübte Leser zu der Meinung gelangen kann, die Verdreifachung der Kosten ergebe sich unter Berücksichtigung der Frequenz. Dem Durchschnittsleser wird schwerlich bei den anderen Zahlenangaben der Notiz sogleich auffallen, daß unter Berücksichtigung der Frequenz nicht viel mehr als eine Verdoppelung herauskommt. Von 1890 bis 1910 eine Erhöhung der Ausgabe pro Kind von 48 M. auf 110 1/2 M., das ist eine Zunahme um 130 Proz. der damaligen Ausgabe pro Kind.

Nun ist aber hierbei noch ein Daten, der dem Verfasser jener auf die Angaben des neuesten Jahresberichtes der Schuldeputation sich stützenden Notiz entgangen ist. In dem Bericht über das Schuljahr 1910/11 steht eine Kostenberechnung, bei der sich — wie seit vielen Jahren — der übliche Zusatz findet, daß unter anderen die Baukosten neuer Schulhäuser und die Kosten größerer Reparaturen nicht berücksichtigt seien. Das war früher richtig, trifft aber in dem neuesten Bericht nicht mehr zu. Seit 1910/11 werden diese Bau- und Reparaturkosten in den Gemeindefchulstaten miteingestrichelt, und auch in der von dem Schuldeputationsbericht genannten Ausgabe-summe sind sie tatsächlich miteingestrichelt. Scheidet man sie aus, so ergibt sich für 1910/11 eine Aufwendung von knapp 100 M. pro Kind, und die Zunahme von 1890 bis 1910 von 48 M. bis 100 M. pro Kind bedeutet dann eine Erhöhung um etwa 108 Proz.

Aus dieser Zunahmeziffer kann man sehr verschiedene Schlüsse ziehen, je nachdem man sie von der einen oder von der anderen Seite betrachtet. Der Freisinn möchte zeigen, wie Grobartiges Berlin auf dem Gebiete des Volksschulwesens geleistet habe. Uns aber ist diese Ziffer ein Beweis dafür, wie sehr die freisinnige Stadtverwaltung lange Zeit hindurch ihre Pflicht gegenüber den Bildungsfähigen, auf die die unbemittelte Bevölkerung für ihre Kinder angewiesen ist, vernachlässigt hat. Erst das taftkräftige Eingreifen der Sozialdemokratie, deren Einfluß auf die Berliner Stadtverwaltung in den letzten 20 Jahren immer mehr erstarkt ist, hat dazu geführt, daß in unserem Volksschulwesen schließlich doch manches besser geworden ist.

Uebrigens muß man, um die oben nachgewiesene Zunahme der Ausgabe pro Gemeindefchulkind um nur 108 Proz. richtig werten zu können, auch den Ausgaben für andere Schulen der Stadt einige Beachtung schenken. Es gibt zu denken, daß bei den Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen der Zuschuß aus dem Stadtsäckel sich im Jahre 1890/91 auf 99,90 M. pro Jahr stellte, dagegen im Jahre 1900/01 auf 151,10 M. und im Jahre 1909/10 sogar auf 244,30 M. (Für 1910/11 ist die Zuschußziffer noch nicht bekanntgegeben.) Hiernach ist bei jenen höheren Lehranstalten der Stadt die Ausgabe pro Schüler in 19 Jahren um volle 144 Proz. gestiegen. Die Ausgabe pro Gemeindefchulkind stellt sich für 1909/10 auf nur 97,30 M., hier ist also gegenüber den 48 M. aus 1890/91 in denselben 19 Jahren kaum mehr als eine Verdoppelung, genauer eine Zunahme um 103 Proz., eingetreten.

Eine Steigerung der Kosten pro Kind um 103 Proz. bei den Gemeindefchulen, dagegen um 144 Proz. bei den Gymnasien usw. — das ist der wahre Sachverhalt! Man sieht, daß die Volksschule dem Berliner Stadtsäckel wirklich nicht so „teuer“ ist, wie er glauben machen möchte.

Der erste Berliner Seefisch-Verkaufstag.

Der vom Magistrat Berlin zur Vinderung der Lebensmittelteuerung in die Wege geleitete Verkauf von Seefischen hat am gestrigen Dienstag morgen einen durchschlagenden Erfolg gezeitigt. Schon lange vor Schluß der Verkaufszeit waren die in sieben Markthallen eingerichteten Verkaufsstände völlig ausverkauft und Hunderte von Hausfrauen, die zu spät kamen, mußten ent-

täuscht ohne Fische von dannen ziehen. Wie kaum anders zu erwarten war, knappte am ersten Tage die Organisation noch nicht völlig. Durch den umständlichen Transport der Fische, die morgens um 5 Uhr vom Lehrter Güterbahnhof in der Dabestrasse auf Kollwagen abgeholt, dann nach der Markthalle in der Böttcherstrasse und von dort aus erst nach den einzelnen Markthallen geschafft wurden, trat eine erhebliche Verzögerung ein. Die Eisenbahndirektion hatte sich nämlich unbegreiflicherweise geweigert, die Verteilung der Fischmassen auf ihrem Bahngelände selbst vornehmen zu lassen. So kam es denn, daß die einzelnen Sendungen erst gegen 9 1/2, manche erst gegen 9 Uhr an den einzelnen Verkaufsständen eintrafen. Vor den Markthallen selbst hatten sich schon bald nach 8 Uhr Hunderte von Frauen eingefunden, die ungeduldig dem Beginn des Fischverkaufes entgegenharrten. Sobald die Hallen geöffnet waren, stürmte alles auf die deutlich gekennzeichneten Verkaufsstände für Seefische los und es entstand ein Gedränge, daß der Schuhmann, der einem jeden Stand beigebunden war, Rot und Mühe hatte, den Verkehr der übrigen Markthallenbesucher zu regeln und die Gänge freizuhalten. Die Seefische kamen in großen runden Körben, zwischen feinkörnigem Eis gelagert, zum Verkauf. Die kleineren Fische, wie Schollen, Goldbarsche waren in großen flachen Kisten, sauber aneinandergereiht, verpackt. Die Fische waren zumeist noch steif gefroren, so daß die Fischhändler mit Beilen den Ausschneit vornehmen mußten. Die Ware war durchweg erlesen. Die Stadt Berlin hatte nur erstklassige Qualitäten aufgekauft und so gestaltete sich der Kauf ungemein reg. Im ganzen standen etwa 400 Zentner zum Verkauf, die in Quantitäten von 10 bis 20 Zentner an die Unterhändler abgegeben wurden. Schon bald nach 10 Uhr waren jedoch in den meisten Hallen die Vorräte erschöpft und die Händler bestellten telefonisch Nachlieferungen. Sie konnten freilich bei weitem nicht mehr so viel erhalten, als sie wünschten und es ist sicher anzunehmen, daß schon am nächsten Verkaufstag etwa 600 bis 800 Zentner auf den Berliner Markt kommen werden. Die Stimmung im Publikum war anfangs recht geteilt. Die Frauen musterten mit kritischem Blick die einzelnen Fische, um mit Kennerinnen schließlich sich das beste Gericht herauszusuchen. Die Preise für die einzelnen Fische waren folgende: Kabeljau stellte sich im ganzen, d. h. mit Kopf, Flossen und Eingeweide pro Pfund auf 23 Pf.; im Ausschneit dagegen kostete das Pfund 31 Pf. Für Schellfisch wurde im ganzen 24 Pf., für Seelachs ganz 20, im Ausschneit 27 Pf. bezahlt. Goldbarsch brachte 19 Pf. und Schollen 24 Pf. pro Pfund. Die Käufer erhielten ungenügend die vom Verein Berliner Seefischhändler herausgegebenen Kochrezepte, die Anweisungen für gute und schmackhafte Bereitung der Fische enthielt. Die übrigen Fischhändler in den Markthallen sahen dem Verlauf der Seefische mit scheelen Augen zu. Obwohl sie die Preise für Seefische gewaltig herabgesetzt hatten und teilweise sogar die städtischen Preise zu unterbieten suchten, blieben ihre Verkaufsstände fast ohne Käufer und an den nächsten Verkaufstagen dürften sich sämtliche Berliner Fischhändler bei der Stadt Berlin als Unterverkäufer melden. Für die ganz armen Leute gab es zum Schluß noch insofern ein Freigericht, als die Verkäufer die Köpfe und übrige gebliebenen Fischstücke versenkten. So endete der erste Berliner Seefischverkaufstag zu allgemeiner Zufriedenheit.

Amt 3 oder Amt Norden? Ueber die Umbenennung der Berliner Telefonämter ist sich die Postverwaltung anscheinend noch immer nicht im Klaren. Die im Westen belegenen Ämter haben seit längerer Zeit die Namen „Lüchow“ und „Halzburger“ erhalten, auch für das bisherige Amt 1 soll die Umbenennung in „Amt Zentrum“ feststehen. Offizielle neue Namen für die übrigen Ämter fehlen anscheinend noch. Am weitesten ist die Annahme verbreitet, daß es nicht mehr Amt 3, sondern Amt „Norden“ heißt. Dementsprechend werden auch die Ämter vielfach vom Publikum angerufen. Die Telefonhörer fühlen sich dann aber häufig zu der Bemerkung veranlaßt: „Wie oft soll ich denn noch erklären, daß es Amt 3 heißt!“ Zweifellos wissen die Beamtinnen doch ganz genau, was gemeint ist. Es ist also nur Zeitverschwendung und gibt unnützen Ärger, in solcher Form das Publikum anzufahren. Nach dieser Richtung hin kann das neue Fernsprech-Kontrollamt sicher wohlthun auf allzu nervöse Telefonistinnen einwirken.

Verufsvormundschaft in Berlin.

In der gestrigen Sitzung der Waisendeputation wurden in mehreren durch Unterkommissionen vorbereiteten Fragen Beschlüsse grundsätzlicher Inhalts gefaßt. Die Deputation beschloß, den Gemeindebehörden zu empfehlen, vom 1. April nächsten Jahres ab, die Verufsvormundschaft über die seit diesem Zeitpunkt geborenen unehelichen Kinder durch die Stadt zur Einführung zu bringen.

Auch die Kommission zur Vorbereitung von Reformen auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung legte das Ergebnis ihrer Beratungen vor. Die Deputation stimmte den ihr unterbreiteten Vorschlägen in den Grundzügen zu. Es handelt sich u. a. um die Umgestaltung der Erziehungsanstalt Lichtenberg zu einer Handwerkerbildungsanstalt mit Einschluß einer Verteilungs- und Beobachtungsstation, die geforderte Anstaltsversorgung der schwer erziehbaren und psychopathischen Zöglinge und Vorkehrungen für die landwirtschaftliche Ausbildung von Zöglingen.

Schiller, der Erläuterte. Einer der bisher leuchtendsten Plätze im Innern Berlins, der Gendarmenmarkt, erhält jetzt neue Beleuchtung. In den sämtlichen umgebenden Sträßenzügen wird Freigallicht auf hohen Kandelabern angelegt. Vier solcher Lichtmasten sind auch rings um das von Reinhold Wegas ausgeführte Schillerdenkmal aufgestellt worden.

Wagen mit Rehvorrichtungen in den Volksschulen. Unsere Volksschulen erhalten mit dem Beginn des neuen Halbjahres Wagen mit Rehvorrichtungen, die im Konferenzzimmer der Schule aufgestellt werden sollen, deren Rektor auch die Hausverwaltung hat. Sie sollen zum Wiegen und Messen solcher Kinder benutzt werden, bei denen eine besondere gesundheitliche Ueberwachung erforderlich erscheint.

Das Wein abgefahren. Auf dem Anhalter Güterbahnhof hat sich Montagabend in später Stunde ein schrecklicher Unfall zugetragen. Der dreißigjährige Lokomotivführer Robert Masauk, Ebersstr. 22 wohnhaft, hatte nach beendetem Dienst den Heimweg angetreten. Er kreuzte dabei die Gleise und überfuhr das Gerannaben einer Rangierlokomotive. M. wurde erfasst, zu Boden geworfen und überfahren. Das rechte Bein wurde dem Kniegelenk vollständig vom Kumpfe getrennt. Der Schwerverletzte fand in Elisabeth-Krankenhaus Aufnahme. Sein Zustand gibt zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß.

Freikoblen statt Vanille. Ein raffiniertes Warenschwender tritt gegenwärtig in den verschiedensten Stadtteilen Berlins auf. Der Gauner gibt im Auftrage von Wohnungsmietern, die angeblich nicht daheim sind, Pakete bei Nachbarn ab und behauptet, es handle sich um eine Lieferung Vanille. Er bietet sodann um Begleichung der Rechnung. Sobald der eigentliche Empfänger wieder heimkehrt, werde er die verlangte Summe, die bald 20, bald 30 M. beträgt, sofort wieder zurückerstatten. Auf diese Weise gelingt es auch dem

Wettkämpfer, Opfer zu finden. Werden später die Pakete geöffnet, so findet man darin anstatt Vanille zwei Pfefferkugeln vor.

Der Berliner Postgelehrter weist von neuem auf die Explosions- und Feuergefahren hin, die durch das Nachfüllen von Benzin, Petroleum und Spiritus in offene Lampen und durch das Umfüllen dieser Flüssigkeiten aus einem Gefäß in ein anderes in der Nähe einer offenen Flamme hervorgerufen werden können. Es steht fest, daß bei der Verwendung von Lampen, Koch- und Brennapparaten, die mit solchen Flüssigkeiten gefüllt werden, die Ursache einer Explosion fast ausnahmslos nicht in der mangelhaften Bauart oder in dem unzuverlässigen Arbeiten dieser Apparate zu suchen ist, sondern in der großen Sorglosigkeit und Leichtsinnigkeit, mit der die Brennstoffe benutzt werden. Es ist notwendig, daß die Haushaltungs-vorstände ihre Familienangehörigen und Angestellten von Zeit zu Zeit immer wieder auf die Gefahren aufmerksam machen, die durch nachlässiges Umgehen mit diesen Brennstoffen entstehen können.

Den Tod im Wasser suchte Montagmorgen eine unbekannte Frau, die an der Verkaufsbude in den Landwehrkanal sprang. Sie erreichte ihr Ziel nicht, wurde vielmehr gerettet und nach dem Elisabeth-Frankenhaus gebracht. Angaben über ihre Person verweigert sie hartnäckig. Es scheint, daß man es mit einer Geisteskranken zu tun hat. Ihrem Neuzugang nach gehört die Unbekannte den schwer gestellten Kreisen an. Sie ist etwa 40 Jahre alt und trug ein schwarzes Jackett, einen schwarzen Rock, einen schwarzen Filzhut mit grünem Band und Schärftüfel.

Aus dem Fenster gestürzt hat sich gestern Vormittag das 21 Jahre alte Gaudenbändchen Anna Lohmann, das seit 1 1/2 Jahren bei einer Reuterei im Hause Wilmbergstr. 9 beschäftigt war. Das Mädchen zeigte sich stets ordentlich, war aber in letzter Zeit sehr niedergedrückt. Bekanntlich gegenüber äußerte sie, daß sie ihren Bräutigam, der in Lopen, ihrer Heimat, arbeitete, nicht heiraten dürfe, weil er schwer leidend sei. Gestern erhielt sie einen Brief aus ihrer Heimat, der sie sehr betrübte und der Verzweiflung nahe brachte. Vier Stunden hatte sie nach Erhalt dieses Schreibens im Keller gesessen und geweint. Gestern morgen wurde sie von ihrem Schmerz überwältigt und sie folgte dem Entschluß, aus dem Leben zu scheiden. Nachdem sie die Tür hinter sich abgeschlossen hatte, stürzte sie sich aus dem Fenster der im vierten Stockwerk belegenen Wohnung auf die Straße. Sie fiel zuerst auf einen vor dem Hause stehenden Kohlenwagen und von diesem auf die Straße. Mit einem Schädelbruch und schweren inneren Verletzungen blieb sie dort bewußtlos liegen. Feuerwehrleute schafften sie zum Schöneberger Krankenhaus, doch verschied sie schon auf dem Wege dorthin.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung hatte im September einen Umsatz von 663 125,11 M. gegen 607 798,21 M. im September des Vorjahres, das sind 295 826,90 M. mehr. Das erste Vierteljahr des 13. Geschäftsjahres brachte 1 835 382,17 M., wozu noch 186 810,99 M. Umsatz der Adlershofer Verkaufsstellen kommen, also im ganzen 1 972 193,16 M. gegen 1 107 687,57 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahres, eine Zunahme von 864 455,59 M. Der Zuwachs beträgt ohne Adlershof schon 65 Prozent. Eröffnet werden in der nächsten Zeit noch Verkaufsstellen in Rixdorf, Steinhilberstr. 107 bis 80., in der Hl. Annastr. 16 bis 81. und in der Sonnenburger Str. 23 bis 82.

Der Zentralverband der Schmiede teilt mit: Angeblich gestohlen ist das Mitgliedsbuch Nr. 85 982, lautend auf den Namen Franz Henne. Eingetretten am 27. Juni 1908 zu Radeberg. Da vermutlich mit demselben Unfug getrieben wird, eruchen wir, es vorkommendenfalls anzuhalten und an uns einzuliefern. Die Ortsverwaltung, Pflanzstr. 78.

Gefunden.— Beim Stiftungsfest des Arbeiter-Rad-fahrervereins Groß-Berlin sind folgende Gegenstände gefunden worden: Ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Ring und ein Manschettenknopf. Abzugeben bei Ed. Badewitz, Prieger Str. 18. Der Gewinn Nr. 8 ist noch nicht abgeholt.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst fand die Einführung der neu gewählten Stadtverordneten Lassen und Seidel statt. Während stimmte die Versammlung einer Nachbewilligung von 5010 M. für Beschaffung kleiner Wirtschaftsgüter sowie für die Unterhaltung der Wasserversorgungs- und Müllabfuhranlage auf dem Mieselgut zu. Die Väter der Grundstücke der Wäldchen- und Westparkstraße eruchten um Befreiung des Kinderspielfeldes, weil durch das Spielen der Kinder viel Lärm verursacht werde. Nach eingehender Untersuchung war festgestellt worden, daß der ruhestörende Lärm von halbwillkürlichen Burschen verursacht wurde, die dort ihr Amüsement trieben. Dadurch, daß der Parkwächter sowie die Polizei stärker kontrollieren, ist der Lärm beseitigt. Der Bezirks-verein „Alte Schöneberg“ hatte den Magistrat ersucht, eine Konzessionierung des Baues des Kirschengassens in der Torgauer Straße mit allen Mitteln zu verhindern. Genosse Kollmann meinte, es wäre nicht recht, war für Gründe gegen das Werk eigentlich vorliegen. Obwohl der Gasometer von seiner Wohnung sehr gut zu sehen sei, hätte er bis jetzt keinen Anstoß daran genommen. Stadtverordneter Starke (lib.) meinte, daß man es der Gesellschaft nicht zu leicht machen dürfe. Daraufhin wurde der Antrag angenommen. Nach Verhandlung einiger Fragen von geringerem Interesse wurde die Einrichtung einer städtischen Seefischhalle besprochen. Es war beabsichtigt, am Schnittpunkt der Kolonnen- und Feurigstraße, an der Sedarbrücke, vom Eisenbahnstadium einen Teil der Bäckerei zu pachten und eine Fischverkaufshalle aus Holz darauf zu erbauen. Da die eingetretene Lebensmittelsteuerung jedoch sofortige Maßnahmen notwendig machte, der Bau auf dem eisenbahn-städtischen Terrain aber ungefähr 6-8 Wochen in Anspruch genommen hätte, so wurde in der Feurigstraße 4 ein Laden zum Preise von 1500 M. pro Jahr gemietet und auch gleichzeitig ein Betriebsleiter zu einem Monatsgehalt von 225 M. engagiert. Ferner wird beabsichtigt weiteres Personal, zunächst 2-3 Verkaufsermiter mit einem Monatsgehalt von je 80-90 Mark einzustellen.

Genosse Käter erklärte sich im Prinzip mit der Errichtung einer städtischen Fischhalle einverstanden, doch halte er die Gegenstände für abgelehnt. Es wäre vielleicht besser gewesen, die Halle aus Holz an der Sedarbrücke zu errichten oder in der Kolonnen- bezw. Hauptstraße einen geeigneten Laden zu mieten. Richards (liberal) wünscht, daß auf den Märkten freie Stände vergeben und an Kleinbändler Ware zu billigen Preisen veräußert werden. Hierauf wurde der Errichtung einer städtischen Fischhalle in der Feurigstraße 4 zugestimmt. Für die Anstellung eines Betriebsleiters nebst Hilfspersonal, sowie als Betriebsmittel zur Bedienung eines etwaigen Fischbedarfs werden dem Magistrat 5000 Mark zur freien Verfügung gestellt, die aus dem Überwachungsfonds zu entnehmen sind. — Darauf gelangte eine Verfügung zur Kenntnis, wonach der Oberpräsident sich damit einverstanden erklärt, daß die Veranstaltung, daß Schaufenster und Schaustellen an Sonn- und Feiertagen während der Stunden des Hauptgottesdienstes zu verhängen sind, aufgehoben wird.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte folgende Anfrage eingebracht:

Der Magistrat wird ersucht, der Stadtverordnetenversammlung Mitteilung zu machen, ob er dem Antrag der Stadtverordnetenversammlung vom 18. April d. J. betreffend Umfange wegen Einführung von Pumpwerken für die Arbeiter des Pumpwerks zu bestehen hat und wie weit die Sache gediehen ist.

Stadtverordneter Domagala teilte mit, daß in der gemeinsamen Deputation, die innerhalb 14 Tagen zusammenzutreten wird, darüber nähere Auskunft erteilt wird. — Nachdem in den Anträgen für die Wahl eines unbefoldeten Mitglieds die Genossen Käter, Obst und Kollmann gewählt, wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

Wannsee.

Die Gemeindevertretung beschloß die Einführung des Nacht-Fernsprechverkehrs für den hiesigen Postbezirk. An der von der Post verlangten Garantiesumme von 2000 M. beteiligte sich Nikolaus, welches zum Postbezirk gehört, prozentual ihrer Fernsprechteilnehmer. Durch die zahlreichen Waldbrände in den letzten Monaten war die hiesige freiwillige Feuerwehr stark in Anspruch genommen. Die Gemeindevertretung bewilligte eine Extrazuschußung von 500 M.

Tempelhof.

Ein gewaltiger Dachstuhlbrand, der weithin sichtbar war, kam hier gestern Abend kurz nach 6 Uhr zum Ausbruch. Das Feuer wütete im Dachstuhl des großen Schaafes Dorfstraße 53 und Stolberger Straße, das erst neu errichtet war und dem Berliner Spar- und Bauverein, G. m. b. H., gehört. Die Flammen griffen mit rasender Schnelligkeit um sich und erlöschten in kurzer Zeit den ganzen Dachstuhl. Bei der großen Gefahr einer Weiterverbreitung wurde neben der Ortswehr auch die Schöneberger Feuerwehr telephonisch zu Hilfe gerufen. Obwohl mit mehreren Rohren Wasser gegeben wurde, konnte von dem Dachstuhl doch nichts mehr gerettet werden. Auch die Wohnungen im Obergeschloß wurden durch Wasser stark in Mitleidenschaft gezogen. Die vollständige Abklärung und die Aufräumungsarbeiten waren erst am späten Abend beendet. Die Ursache des Feuers steht noch nicht fest.

Mariensfelde.

So ist es denn unter Anwendung der erdenklichsten Mittel den Gegnern gelungen bei der am Montag stattgefundenen Gemeindevertreterwahl den Sieg mit 178 über unsere Kandidaten, auf die 153 Stimmen entfielen, davon zu tragen. Ein solches Resultat kann nicht überraschen, wenn man die für die außerhalb des Ortes beschäftigte Arbeitererschaft ungünstige Festsetzung der Wahlzeit in Betracht zieht. Außerdem waren die Gegner vom Beginn der Wahl mit Automobilen tätig, um die abhängigen Wähler an den Wahltag zu holen. Und da außerdem der dritten Wählerklasse Steuerzahler bis 687 M. angehören, so versagten die Bürgerlichen von vornherein über eine beträchtliche Anzahl Anhänger. Sind indessen unsere Genossen auch diesmal noch unterlegen, so werden sie bei der nächsten Wahl mit umso größerer Energie in die Wahlarbeit eintreten, um den Sieg über die Bürgerlichen davonzutragen.

Ober-Schönebeide.

Gegen die Vereinsmeierei. Das Gewerkschaftskomitee beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung erneut mit der Frage, wie dem am Orte bestehenden Unwesen der Gründung von unzähligen Spar-, Sport- und sonstigen Vereinen und deren überhandnehmenden Vergnügungsveranstaltungen wirksam entgegengetreten werden könne. Es geschah dies aus der Erkenntnis heraus, daß einmal ein großer Teil der Mitglieder solcher Vereine gerade durch diese Vereinsmeierei der Partei- oder Gewerkschaftsarbeit entzogen wird, und zum anderen durch die unsinnige Vergnügungsveranstaltung — vielfach recht zweifelhafter Güte — die Veranstaltungen der Partei und Gewerkschaften, für welche große Mittel aufgewendet werden, leiden. Die bislang in dieser Hinsicht unternommenen Versuche gütlicher Verrückung haben fehlgeschlagen; aus diesem Grunde kam das Komitee zu dem Entschluß, den organisierten Arbeitern zur Pflicht zu machen, alle zum Kauf angebotenen Eintrittskarten für Veranstaltungen, welche nicht mit dem gemeinsamen Stempel des Komitees- und Wahlvereinsauschusses versehen sind, entschieden zurückzuweisen.

Bestimmt wurde ferner, daß die Veranstaltungen des Komitees, Wahlvereins, Gewerkschaften, Vereins Jugendheim, Arbeiter-Turn-, Gesang- und Radfahrvereine in dieser Weise zu kennzeichnen sind. Zur Durchführung dieser Maßregel wurde ein Ausschuss gewählt. Man erwartet, daß die strikte Befolgung dieser Abmachung fruchtbar sein wird.

Teupitz.

Volksversammlung unter freiem Himmel. Bei der von der Sozialdemokratie bereits eingeleiteten Wahlagitacion zeigt sich überall im ländlichen Gebiet der Mangel an Versammlungsorten. So ist es auch in Teupitz und Umgebung. Die Angst vor Polizeischikanen und Vorkontrollierungen durch Kriegervereiner und sonstige Hurra-patrioten hält auch hier die Gastwirte davon ab, den Sozialdemokraten die Säle zu Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Dementsprechend handelt es sich auch um übertriebene Angst. Es gibt leider viele Borte, die gegenüber der herrschenden Gesellschaftsklasse in händlicher Demut ersticken. Die also gedrückte Sozialdemokratie versucht, diese Hindernisse aus dem Wege zu räumen, indem sie besonntlich Versammlungen unter freiem Himmel veranstaltet. Dies geschah auch am letzten Sonntag im benachbarten Tornow, wo der Genosse Alth-Rixdorf über die Taten des alten und die Aufgaben des neuen Reichstages sprach. Die ländlichen Arbeiter und kleinen Landleute waren zahlreich erschienen und harrten trotz stürmischen und regnerischen Wetters, den Worten unseres Redners die größte Aufmerksamkeit widmend, bis zum Schluß aus. Der behendete Beifall der Zuhörer bewies, daß auch hier die Anschauungen der Sozialdemokratie fruchtbareren Boden finden.

Beeskow.

Trotz aller schädlichen Schwierigkeiten ist es der jähren Energie unserer Genossen endlich doch gelungen, in diesem entlegenen Winkel des Kreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg eine Versammlung zustande zu bringen. Polizei und Landratsamt arbeiteten getreulich Hand in Hand, eine sozialdemokratische Versammlung zu verhindern. Von diesen Behörden wurde das Reichvereinsgesetz in einer Weise ausgelegt, die mit den klaren Bestimmungen desselben in auffallendem Gegensatz steht. Wieder war es die Verletzung der öffentlichen Sicherheit, die als Grund dienen sollte, die Nichtgenehmigung einer geplanten Versammlung zu begründen. Nach Auffassung der Polizeibehörde, der sich der Landrat angeschlossen, bestand die Gefahr, daß bei Abhaltung der Versammlung (natürlich unter freiem Himmel) Reichstagsgerüchte verbreitet werden könnten und ähnliches mehr, das die Verletzung der öffentlichen Sicherheit und die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit begründen sollte. Auf die von unseren Genossen eingelegte Beschwerde an den Regierungspräsidenten wurde die Polizeibehörde belehrt, daß bei richtiger Anwendung des Reichvereinsgesetzes der geplanten Versammlung die Genehmigung hätte erteilt werden müssen. Noch einen moralischen Erfolg können die beschwerdeführenden Genossen buchen. Während der Instanzenzug sich sonst etwa neun Monate hinzog, dauerte es diesmal nur vier Wochen. Eine Folge der erzieherischen Tätigkeit unserer Genossen.

Trotz des heftigen Sturmwindes und zeitweilig stürmenden Regens hatten sich reichlich 250 Versammlungsbewerber eingefunden, die den scharfsinnigen Darlegungen des Genossen Deychold-Beeskow über die politischen Zustände in Deutschland und die bevorstehenden Wahlen mit Aufmerksamkeit folgten. Die lebhafteste Zustimmung während und nach dem Vortrage bewies, daß der ausgebreitete Samen auf fruchtbaren Boden gefallen ist und gute Früchte bei den Wahlen zu tragen verspricht. Genosse Groger unterzog das herrschende Polizeiregime in Beeskow einer scharfen Kritik, die sich der Herr Polizeigewaltige in respektvoller Entfernung teilweise mit anhörte. Als dann seine besonderen glänzenden Taten im Kampfe gegen die Sozialdemokratie in das richtige Licht gerückt worden, was bei den Anwesenden lebhaften Beifall auslöste, war der Herr mittlerweise außer Schmeichelei. In das vom Vorsitzenden, Genossen Pagels, ausgebrachte Hoch auf die völkerverfeindliche Sozialdemokratie stimmten die aus weit entlegenen Dörfern zusammengelassenen Versammlungsteilnehmer begeistert ein. Die überreizte Polizei, die in ihrem Bestreben, das Aufkommen der Sozialdemokratie zu verhindern, manche Niederlage erlitten hat, hat durch ihr Verhalten in Beeskow viel zu dem Gelingen der Versammlung beigetragen.

Bernau.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde der bisherige Ratsherr Kiesel einstimmig als Magistratsmitglied wiedergewählt. Der Antrag unserer Genossen, die Stadtverordnetenwahlen der dritten Wahlperiode an einem Sonntag stattfinden zu lassen, wurde vom Genossen Krüger begründet und mit 9 gegen 7 Stimmen angenommen. Vom Magistrat wurde in Vorschlag gebracht, drei befähigten unbemittelten Knaben und Mädchen aus der Gemeindefschule Freistellen in der höheren Knaben- und Mädchenschule zu gewähren. Von unseren Genossen wurde die geringe Zahl der Freistellen bemängelt und die unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel für die Freischüler verlangt. Die Bürgerlichen lehnten die hierauf bezugnehmenden Anträge unserer Genossen ab. Es wurde sodann ein Kuratorium für die höhere Schule gewählt, dem auch Genosse Krüger angehört. Wegen der Konzessionierung der von Dr. Mikardt zu erbauenden Privatklinik hatte die Versammlung nichts einzusetzen. In nichtöffentlicher Sitzung wurde über die Nichtigkeit der Schuländer von einem Lehrer der hiesigen Gemeindefschule verhandelt und Abhilfe zugesagt.

Dennenburg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Dem Antrage, die Tilgungsrate der Kanalisationsanleihe statt mit 1 1/2 mit 2 Proz. wie es der Bezirksausschuss wünscht, zu amortisieren, wurde zugestimmt. Der Gewinnanteil vom Elektrizitäts- und Wasserwerk beträgt höchstens für das Jahr 1910 5256,94 M. Nach der feineren getroffenen Vereinbarung darf der Gewinnanteil nicht unter 7000 M. betragen. Die Gesellschaft schüttet eine Dividende von 9 Proz. aus. Der Preis der Lichtstromabnahme beträgt vom 1. Oktober d. J. 0,40 M. pro Kilowattstunde. Bei der Festsetzung einer Anrechnungsgeldgebühr für eine Sommerveranda auf 40 M. entpuppte sich der Stadtv. Justizrat Jonas als Steuerfuder, indem er die Frage aufwarf, ob es nicht möglich sei, für die Gastwirte, welche derartige Sommerveranden vor ihrer Tür haben wollen, zu einer neuen Konzessionssteuer heranzuziehen, da bekanntlich nur die Innenräume des Lokals konzessioniert seien. Dem fündigen Herrn wurde von unseren Genossen bedeutet, daß die Gastwirte leider schon überlastet wären. Zu einer klaren Auseinandersetzung kam es zwischen unseren Genossen und dem Stadtverordneten Reumann, der sich schon wiederholt als Sozialistenfeind gezeigt hat, bei dem Antrag unserer Genossen, den Magistrat zu eruchen, die Stadtverordnetenwahlen der 3. Wählerklasse an einem Sonntage vorzunehmen. Den Antrag begründete Genosse Schumann mit dem Hinweis, daß ein großer Teil der Arbeiter gezwungen sei, in Berlin und noch darüber hinaus Arbeit zu nehmen. Vielen sei es in Anbetracht der gegenwärtigen Feuerungsverhältnisse unmöglich einen halben, ja sogar einen ganzen Tagelohn einzubringen, um vor ihrem Rechte als Staatsbürger Gebrauch zu machen. Sehr viele Arbeiter hätten schon deshalb ihre Arbeit verloren, weil sie gegen den Willen ihres Arbeitgebers ihr Wahlrecht ausgeübt hätten; er bitte daher, den Antrag einstimmig anzunehmen. Stadtverordneter Jonas befürwortete unseren Antrag, schon um der Sozialdemokratie nicht neues Agitationsmaterial zu geben. Stadtverordneter Reumann meinte, die Arbeiter opfereten doch bei der Waiseier ganze Tage, ja Wochen, er bitte daher, den Antrag abzulehnen. Die Genossen Garlipp und Paris traten dem Herrn entschieden entgegen. Nachdem noch die Stadtverordneten Sziede, Weinberg und Genosse Schumann sich mit Herrn Reumann auseinandergesetzt, wurde der Antrag gegen die Stimme des Herrn Reumann angenommen. Sodann gab der Polizeibeamtete Niebecke nach Anfrage Klärung über den Stand der Arbeiten an den Brückenbauten und Kanalisationsarbeiten. Die Brückenbau-Unternehmer sollten laut Kommissionsbeschluss sechs Wochen nach Zuschlagerteilung die Betonarbeiten ausgeführt haben. Laut Vertrag ist den Unternehmern aber erst diese Pflicht auferlegt, wenn sie mit der Arbeit begonnen haben. Bei den Kanalisationsarbeiten hat sich herausgestellt, daß das Prinzliche Projekt einfach unbrauchbar ist, einzelne Gutachter bezeichnen dasselbe geradezu als Schandarbeit. Leider hat man es auch unterlassen, dem auf Urlaub befindlichen Bürgermeister von der Sachlage Kenntnis zu geben; nach Ansicht unserer Genossen hätte er dann die Pflicht gehabt, seinen Urlaub zu unterbrechen. Nach längerer Debatte nahm die Versammlung folgende Resolution an:

„Nach den angeführten Gutachten muß es als erwiesen angesehen werden, daß das entworfene und genehmigte Projekt nicht ausführbar ist, mindestens nicht in seinem vollen Umfange. Insbesondere nach dem von dem Diresktor Professor angegebenen Gutachten und seinen dem Polizeibeamteten Stadtrat Dehert und Ingenieur Linenburg gegenüber gemachten mündlichen Ausführungen unterliegt es keinem Zweifel, daß das Projekt einer Umänderung bedarf, daß die Röhren im allgemeinen tiefer gelegt werden müssen. Um nicht eine vollständige Störung im Fortgang der Arbeiten eintreten lassen zu müssen, wird es sich empfehlen, das inzwischen abgeänderte Projekt zwischen Eisenbahn und Havel zur Ausführung zu bringen. Dem Schluß wird Herr Prinz nahegelegt, freiwillig von seinem Vertrage mit der Stadt zurückzutreten.“

Darauf geheime Sitzung.

Eingegangene Druckschriften.

Ultramontanismus und Sittlichkeit oder dem „Ableben“ seine Geihei. Von H. Blocher. 80 Bl. — Das Verbrechen der Gotteslästerung und die Freiheit der religiösen Kritik. Von B. Dömer. 60 Bl. — Die Tragödie des katholischen Pfarrers. Von S. Sauerlin. 3,20 M., geb. 4,20 M. — Kreuz-Brantfurter Verlag, Frankfurt a. M.

Marktpreise von Berlin am 9. Oktober, 1911, nach Ermittlung des königlichen Polizeipräsidenten. Marktpreise (Kleinhandl.) 100 Kilogramm Weizen, gelb, vom Roden 35,00-50,00. Spelzweizen weisse, 35,00-50,00. Weizen 34,00-80,00. Kartoffeln 7,00-12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60-2,40. Rindfleisch, Rauhfleisch 1,30 bis 1,70. Schmalzfleisch 1,30-1,80. Rindfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,30-2,00. Butter 2,40-3,40. 60 Stück Eier 3,50-4,40. 1 Kilogramm Rindfleisch 1,00-2,80. Kalb 1,20-2,80. Lammfleisch 1,40-3,60. Feddie 1,20 bis 2,80. Vorfische 0,90-2,00. Schale 1,40-3,00. Vögel 0,80-1,60. 60 Stück Krebse 2,50-30,00.

Witterungsübersicht vom 10. Oktober 1911.

Station	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Wolken	Temperatur in C	Station	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Wolken	Temperatur in C
Berlin	760,3	SW	5	10,5	Darmstadt	762,8	SW	2	10,5
Frankfurt	772,8	SW	3	10,5	Dresden	749,9	SW	4	10,5
Hamburg	770,3	SW	3	10,5	Stettin	771,0	SW	5	10,5
Köln	772,8	SW	1	10,5	Berlin	777,8	SW	1	10,5
München	770,3	SW	3	10,5	Hannover	772,8	SW	4	10,5
Wien	767,8	SW	4	10,5					

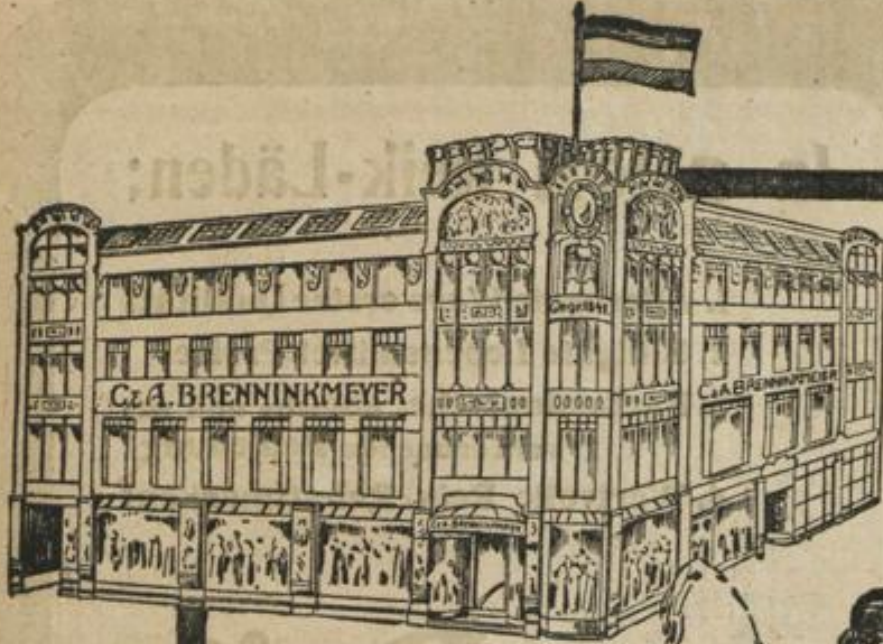
Wetterprognose für Mittwoch, den 11. Oktober 1911. Zunächst stiller heiter, nachts kalt, am Tage wärmer bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden; später zunehmende Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 9. 10.	am 10. 10.	Wasserstand	am 9. 10.	am 10. 10.
Remel, Jüterbog	69	+5	Saale, Großsch.	44	+8
Bregel, Jüterbog	62	-5	Saale, Spandau	14	0
Beitel, Jüterbog	8	0	Katzenow	-90	+10
Ober, Randow	103	-2	Spree, Sternberg	80	0
• Krossen	27	+2	• Bestow	79	-3
• Frankfurt	43	-3	• Bietzen, Rindow	73	-4
• Barthe, Schrimm	-55	+1	• Witten, Rindow	147	+1
• Landsberg	-60	-1	• Witten, Rindow	345	+5
• Krossen	-30	-2	• Krossen	180	0
• Eide, Zeltweg	-61	-4	• Krossen	94	-2
• Dresden	-183	-9	• Krossen, Zeltweg	30	+9
• Harz	25	-1	• Krossen, Zeltweg	87	-3
• Magdeburg	31	+1	• Krossen, Zeltweg	3	-4

+) bedeutet Hoch, -) Tief.



SEHEN SIE NICHT VOLLER
NEID AUF EINEN
CHICKEN MANTEL,

KAUFEN SIE
SICH EINEN,
„GUT UND BILLIG“

BEI

C. & A. Brenninkmeyer

SPECIALHAUS FÜR DAMEN-KONFEKTION

KÖNIG STR. 33,

AM ALEXANDERPLATZ

R

**Spreegold-
Margarine**

Vom Guten
Das Beste

Überall erhältlich.



Margarine-Werke Berolina Berlin-Lichtenberg, Herzbergstr. 55-56.

Mit Servus gepuzte Stiefel jeder zeigen kann
Das befähigen hier Frau und Mann



Servus
Bester Schuhputz.

Überall zu haben in Dosen à 10 und 20 Pf.
Fabrik: Subzynski & Co., Berlin-Lichtenberg.

Ziehung 13.-16. Oktbr.
Düsseldorfer
Ausstellungs-

Lotterie

12158 Gew. u. Werte v. Mk.

90000
15000
10000
5000

Hauptgew. 1. Werte Mk.

Lose à 50 Pf., 11 Lose
Porzo und Liste 30 Pf. versendet
General-Debit **Ferd. Schäfer**
Bankgeschäft, Düsseldorf 24.
Auch zu haben in allen kennt-
lich gemachten Verkaufsstellen.

Haupt-Vertrieb für Berlin:
Kuno von Holwede,
Wallstraße 1, am Spittelmarkt.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot
nach Mass, schick, dauerh. Zutaten
von 25 Mark an. **Meritz Laband**,
Neue Promenade 8, II. (Städt. Bks.)

Schultheiss-Bier

verdankt sein Renommee
seiner hervorragenden Qualität und Bekömmlichkeit.

Teppich

„Vorwärts“-Leser
5%
Extra-Rabatt.

Thomas

Berlin, Oranienstr. 160
Rosenthaler str. 54

VERA

Joseffi

VERA

Beste 3 Pfg.-Cigarette.

Aus Polizeiwachen.

Die Klagen über Mißhandlung auf Polizeiwachen hören nicht auf. Und fast immer bestreiten die Schutzleute jede Mißhandlung, während die vermeintlich Mißhandelten recht oft die Mißhandlungen durch Bunden glaubhaft machen. Die Widersprüche zwischen den Aussagen der in der Regel als Zeugen erscheinenden Schutzleute und der in der Regel als Angeklagten gemachten Kläger über Mißhandlung könnten dadurch leicht behoben werden, daß die Polizeiwachen mit Phonographen-Aufnahmeapparaten versehen würden. Dann wäre ein „objektiver Zeuge“ da. Der Kostenpunkt wäre ein unerheblicher, zumal leider Berlin durch Gesetz gezwungen ist, für die Polizei Millionen mehr Kosten zu zahlen, als eine wirklich der Sicherheit der Person und des Eigentums der Bürger dienende städtische Polizeiverwaltung erfordern würde.

Die Klagen über Mißhandlungen auf Berliner Polizeiwachen haben sich ja in vielen Fällen, auch nach Ansicht des Gerichts, als berechtigt herausgestellt. Auch in den Fällen, in denen das Gericht in Hinblick auf Schutzmannsaussagen ein „Nicht erwiesen“ aussprechen zu müssen glaubt, wird der Leser oft anderer Auffassung wie das Gericht sein. Es liegt auf der Hand, daß Mißhandlungen auf der Polizei und bereits die Befürchtung solcher feigen Brutalitäten die Sicherheitszustände Groß-Berlins aufs ärgste gefährden. Auch vom Standpunkt der bürgerlichen Parteien müßte der Vorschlag, einen objektiven Zeugen für die Vorgänge auf Polizeiwachen durch Aufstellung von Phonographen zu schaffen, begrüßt werden. Wer freilich die Ansicht vertritt, die Polizei sei dazu da, um unter dem Vorwand für Ordnung und Sicherheit zu sorgen, diese aufs ärgste zu gefährden, wird unseren Vorschlag bekämpfen.

Nachstehend bringen wir den Bericht über zwei vor Gericht behauptete Mißhandlungsfälle auf Polizeiwachen — alle derartigen Verhandlungen in Berlin zu bringen, ist schon aus räumlichen Rücksichten unmöglich.

Furchtbare Angschreie und Hilferufe auf der Polizeiwache verletzten die Bewohner des Hauses Rodenbergstr. 3, in dem sich die Wache des 115. Polizeiregiments befindet, am Abend des 8. Juli in begreiflicher Erregung. Das Geschrei kam aus einer Arrestzelle der Polizeiwache. Es machte den Eindruck, als ob jemand, der schwer mißhandelt wird, das furchtbare Angschreie ausstieße. Zwischenburch hörte man Hilferufe und die Worte: „Ihr schlägt mich ja tot.“ Die Bewohner des Hauses, sowie des angrenzenden Grundstückes Wilmersstr. 158 sahen aus den Fenstern, um die Ursache des entsetzlichen Lärmes zu erkunden. Einer der Hausbewohner namens Jeschke machte von seinem Fenster aus unwillige Bemerkungen über prügelnde Polizeibeamte. Deshalb hatte er sich gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Weeding wegen Beleidigung der Polizeibeamten zu verantworten. Neben Jeschke erschien Schulz, der Mann, welcher das entsetzliche Geschrei ausgestoßen hatte, auf der Anklagebank. Ihm wird Hausfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Beamtenebeleidigung zur Last gelegt.

Am dem bezeichneten Abend erschien Schulz auf der Polizeiwache und wollte eine Anzeige erstatten. Ihm wurde bedeutet, seine Anzeige betreffe eine Zivilstreitsache, die Polizei habe damit nichts zu tun. Schulz hat das augenscheinlich nicht begriffen. Er bestand auf der Entgegennahme seiner Anzeige und geriet mit einem Beamten in Wortwechsel. Schulz wurde aufgefordert, sich zu entfernen, er ging aber nicht.

Ueber das, was nun folgte, stehen sich die Angaben des Angeklagten Schulz und der beteiligten Beamten gegenüber. Schulz behauptet, er sei im Verlauf des Wortwechsels an Händen und Füßen gefesselt, in die Zelle gebracht, an dem Strich, womit er gefesselt war, hin und her gezerrt worden. Tatsache ist, daß Schulz mit einer Kopfwunde die Wache verlassen hat. Seiner Angabe nach muß ihm die Verletzung durch Schläge mit einem Schlüssel oder einem ähnlichen Instrument beigebracht worden sein.

Die beteiligten Polizeibeamten dagegen stellen den Sachverhalt so dar: Schulz sei nach der Zurückweisung seiner Anzeige und der Aufforderung, sich zu entfernen, in große Erregung geraten und habe einen der Beamten tätlich angegriffen. Man habe ihn dann in die Zelle gebracht und, weil er unaufhörlich um sich geschlagen habe, seien ihm die Hände gefesselt worden. Schulz habe unaufhörlich geschrien und getobt. Auch als er ganz allein in der Zelle war, habe er Hilfe gerufen und geschimpft: „Ihr Hunde, Ihr Lumpen, schlägt mich doch tot!“ Schließlich sei Schulz, um ihn am Loben zu hindern, auch an den Füßen gefesselt und in der Zelle auf die Bank gelegt worden. Er habe immer weiter geschrien und mit dem Kopf gegen die Wand geschlagen. Schutzmann Götzke sagt, er sei in die Zelle gegangen und habe versucht, Schulz durch Reden zu beruhigen. „Aber Herr Schulz“ — habe er gesagt — „Sie werden sich den Kopf blutig schlagen.“ Da

habe Schulz gerufen: „Das will ich auch, ich will bluten“ und habe weiter auf die Beamten geschimpft.

Frau Brandenburg, eine Hausbewohnerin, ist durch den Schutzmann Zinke aufgefordert worden, mit ihm in die Wache zu gehen und sich zu überzeugen, daß Schulz ohne Ursache schreie. Frau Brandenburg ist der Aufforderung nachgekommen, sie hat sich aber, wie sie sagt, gefürchtet, in die Zelle hineinzugehen, hat aber gesehen, daß Schulz ganz allein in der Zelle lag und fortgesetzt schrie, er werde totgeschlagen. — Ein anderer Hausbewohner, Rubinowski, sagte als Zeuge, er habe laute Hilferufe und die Worte gehört: „Ihr schlägt mich tot.“ Gleichzeitig habe er ein klaffendes Geräusch, wie von Schlägen herrührend, vernommen. Die Hausbewohner seien infolge des Lärmes an den Fenstern erschienen. Da habe der Schutzmann Zinke die Fenster gemußert. Sogleich sei das Licht, was man bis dahin in der Zelle sehen konnte, verloscht. Das Geschrei sei aber noch nachdem zu hören gewesen. Nun habe der Schutzmann Zinke Frau Brandenburg erlucht, mit hinauszugehen. Als sie wieder herunterkam, habe sie zu den Hausbewohnern gesagt, dem Manne passiere nichts, er sei ganz allein in der Zelle und schreie ohne Veranlassung. — Am Tage nach diesem Vorfall — sagt der Zeuge Rubinowski — seien die Fenster Scheiben der Polizeiwache durch einen Anstreich undurchsichtig gemacht worden.

Einer der vernommenen Schutzleute sagte, nachdem Rubinowski vernommen war: Rubinowski sei gefällig gegen die Polizei, weil er wegen Spielens eines Musikautomaten bei offenem Fenster in eine Polizeistrafzelle genommen worden sei. — Der Zeuge Rubinowski verweigerte sich ganz entschieden gegen die Verdächtigung, als ob er unter seinem Eide die Unwahrheit gesagt habe.

Der Angeklagte Jeschke soll nach Angabe des Schutzmanns Zinke aus dem Fenster gerufen haben: „Die Blauen, die Pennbrüder, die Schweinebunde schlagen die Steuerzahler tot.“ Nach seiner eigenen Angabe, die vom Zeugen Rubinowski bestätigt wird, soll Jeschke gesagt haben: „An die Pennbrüder traue ich die Schutzleute nicht heran, aber die Steuerzahler schlagen sie tot.“ Jeschke sagt, es sei oft ein derartiger Lärm in der Polizeiwache gewesen, daß es die Hausbewohner nicht ertragen konnten. Das habe ihn zu einer unwilligen Bemerkung veranlaßt, durch die er sich nahe vor solchen Störungen zu schaffen glaubte.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten Schulz wegen Hausfriedensbruch zu einer Geldstrafe von 30 M., sprach ihn aber von der Anklage des Widerstandes und der Beleidigung frei, weil er sich zur Zeit dieser Handlungen in einem durch Wut und Erregung hervorgerufenen Zustande der Unzurechnungsfähigkeit befunden habe. Jeschke wurde wegen Beleidigung zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt.

Studenten auf der Polizeiwache.

Vier Studenten gingen in einer Mainacht, von einer Kneiperei kommend, angebetert nach Hause. Einer von ihnen erklarierte eine Straßenlaterne und drehte sie aus. Die ganze Gesellschaft sang ihr „Bundeslied“ und ließ ihren „Bundespfeif“ ertönen. Ein Schutzmann erschien und brachte die jungen Herren nach der Wache, wo ihre Veranlassungen festgestellt werden sollten. Hier sollen zwei aus der Gesellschaft, der jetzige Chefredakteur Keryendorff und der Student Herold, den Beamten Widerstand geleistet und sie beleidigt haben. Das Schöffengericht Charlottenburg hatte sie aber von dieser Anklage freigesprochen und sie nur wegen des ruhestörenden Lärmes auf der Straße in eine Geldstrafe von je fünf Mark genommen. Infolge der Verurteilung der Staatsanwaltschaft wurde die Sache gestern vor dem Landgericht III verhandelt, aber nur gegen den Studenten Herold, da der jetzt in Weimar weilende Chefredakteur Keryendorff nicht erschienen war.

Durch die Beweisaufnahme ergab sich, daß schon auf der Straße ein Streit zwischen den Studenten und dem Schutzmann darüber entstanden war, da sich die Studenten durch Vorzeigung ihrer Studentenkarte ausreichend legitimiert glaubten, während der Beamte auf der Siftierung bestand, weil ihm die Angaben der Karte nicht vollständig genug erschienen. Auf der Wache wurde dieser Streit fortgesetzt. Herold weigerte sich ganz entschieden, seine Wohnung anzugeben, und meinte, die Karte müsse den Beamten genügen. Wie einer der vernommenen Schutzleute sagte, sollen Studentenkarten als ausreichende Legitimation angesehen werden. Da aber die Karten keine Wohnungsangabe enthalten, so muß die Polizei die Wohnung beim Sekretariat der Universität erfragen. Das macht aber soviel Schreibereien — sagte ein anderer Schutzmann — daß wir die Herren siftriert haben, um von ihnen selbst die Wohnung zu erfahren.

Auf der Wache haben die jungen Herren Erfahrungen gemacht von der Art, wie sie oft von Siftrierten vor Gericht befundet, von den Beamten aber immer bestritten werden. Keryendorff ist von drei Beamten in die Zelle gesperrt worden. Warum? Weil er um sich schlug und uns angriff, sagte einer der Schutzleute. — Beim Transport nach der Zelle oder noch in derselben rief Keryendorff:

„Man mißhandelt mich!“ Tatsächlich ist Keryendorff, nachdem er mit seinen Freunden die Polizeiwache verlassen hatte, auf der Rettungswache verbunden worden. Das alles erwähnte der Angeklagte Herold so nebenbei. Ueber Art und Ursache der Verletzung Keryendorffs erfährt man nichts.

Herold soll nach Angabe der Schutzleute einen Beamten, der dem Keryendorff den Hut vom Kopfe nahm, mit dem Stoch bedroht und einen anderen Beamten mit dem Stoch vor die Brust gestoßen haben. — Herold sagt, er sei es, dem ein Schutzmann den Hut vom Kopf genommen und mit der Faust auf den Kopf geschlagen habe. Er habe in der einen Hand seinen Stoch, in der anderen die Studentenkarte gehabt und einem Beamten klar zu machen versucht, daß die Karte als gesetzliche Legitimation gelte. Da sei der Beamte plötzlich auf ihn losgestürzt und habe gesagt: „Sie haben mich mit dem Stoch vor die Brust gestoßen. Das kommt vor den Staatsanwalt. Das wird Ihnen teuer zu stehen kommen.“ — Der Angeklagte bestreitet, den Beamten gestoßen zu haben. Er habe mit den Händen gestikuliert und könne vielleicht unabsichtlich den Beamten mit dem Stoch berührt haben. — Schutzmann Zimmermann behauptet dagegen, er habe mit der Kräfte des Stoches einen kräftigen Stoß vor die Brust bekommen und glaube nicht, daß dies ohne Absicht geschehen sein könne.

Das Gericht hielt diesen Punkt nicht für aufgeklärt. Es bestellte zwar der Verdacht, daß der Angeklagte den Stoch absichtlich geföhrt habe, aber erwiesen sei es nicht. Die Verurteilung des Staatsanwalts wurde verworfen.

Die Freisprechung des Studenten von der Anklage, einen Beamten tätlich angegriffen zu haben, ist durchaus gerechtfertigt. Bei objektiver Würdigung des Beweismaterials konnte das Urteil gar nicht anders ausfallen. Und doch haben wir schon öfter Verurteilungen erlebt in ganz ähnlich liegenden Fällen, wo sich die Aussagen von Schutzleuten und Zivilpersonen über Vorgänge auf der Polizeiwache gegenüberstanden und man hätte sagen müssen: Es ist nicht aufgeklärt. Trotzdem wurden die Angeklagten in solchen Fällen verurteilt. Es waren allerdings keine Studenten.

Verfammlungen.

Der Deutsche Bauarbeiterverband hielt am Sonntag eine Mitgliederversammlung für den Zweigverein Berlin ab. Der Vorsitzende Hantke eröfnete in einem beifällig aufgenommenen Vortrage die Frage: Entspricht die durch die Organisation erlangte Lohnhöhe den heutigen Verhältnissen? An der Hand eines reichhaltigen statistischen Materials wies der Redner nach, daß die Lohnsteigerung der letzten Jahre eine Hebung der Lebenslage der Arbeiter nicht gebracht hat, denn die Lohnhöhe wird schon allein durch die Steigerung der Lebensmittelpreise verschlungen. Dazu kommt noch, daß auch alle sonstigen Lebensmittelpreise wachsenden 23,04 M. allein für Ernährung ausgeben. Das aber kann kein Bauarbeiter bei den heutigen Löhnen auswenden. Man muß deshalb sagen, die mit so großen Opfern durch die Organisation erlangte Lohnhöhe entspricht zwar den derzeitigen Nachmitteln der Organisation, aber sie entspricht nicht den gegenwärtigen Lebensmittelpreisen und den Ansprüchen der heutigen Kultur. Die nächste Gelegenheit, die Lebenshaltung der Bauarbeiter zu erhöhen, bietet sich im Jahre 1913. Doch kann nur etwas erreicht werden, wenn die Organisation gestärkt wird. In dieser Hinsicht ist noch viel zu tun. Von etwa 46 000 in Berlin beschäftigten Bauarbeitern gehören erst 12 000, also nur der vierte Teil, dem Verbände an. Allerdings wird es schwer sein, den widerstrebenden Teil der Kollegen, die sich stets der Organisation zu entziehen wissen, dauernd zu gewinnen. Aber seit 1907 ist ein größerer Teil jüngerer Kollegen in den Beruf hineingekommen, an die eine tiefgehende Agitation für die Gewerkschaft noch nicht herangetreten ist. In diese soll man sich vor allem wenden, um sie für den Verband zu gewinnen. Dann aber gilt es auch, die neu aufgenommenen Mitglieder, deren Zahl in den letzten Wochen eine recht beträchtliche war, zu erziehen und sie zu überzeugten und treuen Verbandsmittgliedern zu machen. Die für die nächsten Monate bevorstehende Reichstagswahlbewegung bietet die beste Gelegenheit zur Agitation auch für die gewerkschaftlichen Aufgaben. Wenn die Agitation von den Mitgliedern mit Eifer und Interesse betrieben wird, dann werden die Bauarbeiter im Jahre 1913 ihre Lebenshaltung verbessern können.

Die vom Referenten dargelegten Bedanken wurden in der Diskussion weiter gesprochen und nach verschiedenen Richtungen erörtert, wobei auch unterschiedliche Ansichten über Ursachen des ungenügenden Interesses vieler Kollegen an der Organisation zu Tage gefördert wurden. Einige waren sich jedoch alle Redner darin, daß die Agitation eifrig betrieben werden muß, dann wird es auch vorwärts gehen.

Großer Joppen-Verkauf

Extra billige Angebote von ca. 8000 Winter-Joppen

Pelz-Joppen in vielen Fell-Arten, gute kräftige Bezüge von 15 M. an

Loden-Pelerinen für Herren und Damen, „imprägnierte“ Loden von 7.50 M. an

Loden-Pelerinen für Knaben und Mädchen, „imprägnierte“ Loden von 4.50 M. an

- Serie I Winter-Joppen grau oder grünlicher Loden, durchweg warm gefüttert. 7.50 M.
- Serie II Winter-Joppen Schwerer Loden in vielen Farben, extra gutes warmes Futter 10 M.
- Serie III Winter-Joppen Spezial-Loden-Marke grau, braun, grün, durchweg warmes Futter 12 M.
- Serie IV Winter-Joppen kräftiger Kern-Loden, grau und grün, anverwählich mit warmem Futter 15 M.
- Serie V Winter-Joppen Loden, Marke: „Kern und Kraft“, extra schwer, in vielen Farben, mit warmem Futter 18 M.

Knaben-Loden-Joppen

- Serie VI Oran oder grünliche Loden, durchweg warm gefüttert, für d. Alter von 3-8 Jahr., durchweg 3.50 M.
- Serie VII kräftiger Loden in vielen Farben, durchweg warm gefüttert, für das Alter von 9-15 Jahren 4.50 M.



BaerSohn

Kleider-Werke, Deutschlands größte Fabrik dieser Art Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11 Große Frankfurter Straße 20 11 Schöneberg, Hauptstraße 10

Theater und Vergnügungen

Wittwoch, 11. Oktober 1911:
Anfang 8 1/2 Uhr.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Kabale und Liebe.

Anfang 4 Uhr.

Urania. Toubenstraße 48/49.
Lebende Tierbilder von nah und fern.

Anfang 6 1/2 Uhr.

Deutsches. Faust 2. Teil.

Anfang 7 Uhr.

A. Opernhaus. Lohengrin.

Anfang 7 1/2 Uhr.

A. Schauspielhaus. Geneselle.

Neues Opernhaus. Die moderne Eva.

Neues Schauspielhaus. Bgl. Haberland.

Spezialitäten.

Zirkus Busch. Ein Jagdfest am Hofe Ludwigs XIV.

Zirkus Schumann. 1000 Jahre auf dem Meergrund.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Toubenstraße 48/49.

Schneiderei der Lebenden Natur.

Kammerspiele. Der Arzt am Scheidewege.

Seitung. Einmal Menschen.

Residenz. Ein Walzer von Chopin.

Königsgräber Straße. Spielereien einer Kaiserin.

Komische Oper. Die teuflische Susanna.

Neues A. Opernhaus. Geneselle.

Spielereien.

Spielereien. Der Großfürst.

Schiller. O. Jopf und Schwert.

Charlottenburg. Der Herr von Kirchfeld.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Moral.

Rose. Das Mädchen von Heilbronn.

Metropol. Die Nacht von Berlin.

Berliner. Hummelstudenten.

Neues. Die Näherin.

Reines. Papa.

Deutsches. Die Dame in Rot.

Trianon. Mein Baby.

Thalia. Polnische Wirtschaft.

Salica. Die Nacht der Liebe.

Casino. Der selige Hallschinsky.

Wintergarten. Spezialitäten.

Abends. Spezialitäten.

Palast. Spezialitäten.

Königsgräber-Kasino. Spezialitäten.

Stettiner Sängerkorps.

Herzfeld. Schmerzhafte Behandlung.

Das Kind der Firma.

Schiller-Theater O. Theater.

Wittwoch, abends 8 Uhr:

Zopf und Schwert.

Freitag, abends 8 Uhr:

Es lebe das Leben.

Freitag, abends 8 Uhr:

Der Probekandidat.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Wittwoch, abends 8 Uhr:

Der Pfarrer von Kirchfeld.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Der Pfarrer von Kirchfeld.

Freitag, abends 8 Uhr:

Der Geizige.

Freitag: Der eingebildete Kranke.

Berliner Theater.

8 Uhr:

Bummelstudenten.

Theater in der Königsgräber Straße.

Anfang 8 Uhr.

Spielereien einer Kaiserin.

Neues Theater.

Anf. 8 Uhr. Schauspiel Hansi Noso:

Die Näherin.

Theater des Westens.

8 Uhr: Die Dame in Rot.

Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:

Ein Walzertraum.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Wittwoch, 11. Okt., nachm. 3 1/2 Uhr:

Kabale und Liebe

(zum Einheitspreis von 50 Pf.)

Abends 8 Uhr: Moral.

Belle-Alliance-Theater.

Abendstück 8 1/2 Uhr:

Positiv! Der Sittenapostel.

Sonabend 3 1/2 Uhr: Die Räuber.

Sonntag 3 1/2 Uhr: Maria Stuart.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sängerkorps.

Moyse, Britton, Seidel,

Horst, Schröder, Schubert,

Gröning A. u. B. Schrader.

Anfang

wochentags

8 Uhr.

Sonntag

7 Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater

Nachm. 4 Uhr:

Lebende Tierbilder von nah u. fern.

Abends 8 Uhr: Geheimnisse der lebenden Natur.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.

Anfang 8 Uhr.

Ein Walzer von Chopin.

Schwanz in 3 Akt. v. Kéroul u. Barré.

Für die deutsche Bühne bearbeitet von

Vollen-Bardens.

Morgen und folgende Tage:

Ein Walzer von Chopin.

Quijote-Theater.

Wittwoch und folgende Tage:

Die Macht der Liebe.

ROSE-THEATER

Große Frankfurt Str. 132.

Abends 8 Uhr:

Das Mädchen von Heilbronn.

Donnerstag: Verbeerbaum und Bettelstab.

Sonabend nachm.: Prinzessin Edeltraud.

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr:

Die Nacht von Berlin!

Große Jahresrevue in 7 Bildern von

Jul. Freund. Musik von B. Holländer.

In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz-

Kauden gestaltet.

Apollon Theater

Ab 8 Uhr:

10 sensationelle Novitäten.

Experimental-Psychologie

Leo Erichsen.

Ein Abend in einem amerikanischen

Tingel Tangel.

New Yorker Burlesque Gesellschaft

u. w.

Herrnfeld Theater

Noch nie dagewesener

Lacherfolg!

Das Kind

der Firma

mit Anton und Donat Herrnfeld in den

Hauptrollen. Vorher:

Schmerzlose Behandlung

Anfang 8 Uhr.

Börse 11-12 Uhr (Theaterkasse).

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:

die japan. Mimodramatikerin mit

ihrem Truppe i. ihr.

Mimodramen.

Mme. Sato.

Ali Ben Hamad-Truppe,

15 eingeb. Springer a. Agadir.

Georg Kaiser in ihren

Putzi Cassani / Parodien

und das

gr. Oktober-Progr.

14 Spezialitäten.

Castans Panoptikum.

Corso-Varieté.

Friedrichstr. 165.

Heitere Künstler-Abende.

12 Attraktionen 12

U. a.:

Das urkom. Zwerginnen-Duett.

Entree 50 Pf.

PASSAGE :: ::

PANOPTIKUM

Die wilden Lobend!

Heul-Derwische

aus Ceylon

mit ihren fanatisch. Produktionen.

Merlino, der lebende

Amboß. A.G.A., die schwebende

Jungfrau.

Alles ohne Extra-Entree.

Casino-Theater

Lehringer Str. 37. Täglich 8 Uhr

Abendstück der neue

Berliner Vossen-Schlager

Der selige Hallschinsky.

Sonntag 8 1/2 Uhr: Papa Rische.

Donck's Theater.

Direktion: Robert Dill.

Berlin N., Brunnenstraße 16.

Don Cesar

ed.: König und Strahensängerin.

Schauspiel mit Ges. in 5 Akten von

B. Friedrich.

Don Cesar: Dir. Rob. Dill

Anfang 8 1/2 Uhr.

Königstadt-Kasino.

Solymarstr. 72, Ecke Alexanderstr.

Täglich:

Erstklass. Spezialitäten

Anf. wochentags 8. Sonntag 6 1/2 Uhr.

Ab Sonntag, d. 8. Oktober cr., be-

ginnen Familien-Nachmittags-

Vorstellungen um 4 Uhr zu ermäßigten

Preisen. (Entree 50 Pf.)

Sozialdemokratischer Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonnabend, den 14. Oktober, in den Germania-Sälen, Chausseestr. 110:

Kunstabend

(Internationale Weisen und Tänze)

231/13*

Mitwirkende: Das Steiner-Rothstein-Ensemble. Herr Robert Wilke (Rezitation).

Anfang 8 1/2 Uhr :: Eintritt 50 Pf.

Nachdem: Tanz. Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Kinder unter 12 Jahren haben keinen Zutritt.

Das Komitee.

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Sonntag, den 15. Oktob., nicht 4 Uhr nachm., sondern abends 8 Uhr, im Blüthner-Saal, Führostr. 76:

1. Konzert zur Feier des 100. Geburtstages Franz Liszt unter Mitwirkung von Fräulein Maria Gehlbad (Bgl. Hojopernsängerin), Herrn Emanuel Reicher (Mittel d. Besingtheaters), Herrn Eugen Verri (Klavier), Frau Margarete Gille (Klavier), Fräulein Walter Fischer (Cello), Fräulein Scholz, Rindlstr. 40, Frau Klotzsch, Rindlstr. 1, Frau Jordan, Köpcke-Str. 58, Frau Panzeram, Pappelallee 76, Frau Guba, Jorndorfer Str. 38, Frau Öhring, Steinmühlstr. 23, Frau Hannemann, Wlgerstr. 25, Frau Jacoby, Wlgerstr. 10, Frau Pohl, Rostocker Str. 27; falls nicht anderwärts an der Kasse.

Montag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, in Seher's Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97: Vortrag: Ernährung, Eutoumen und Deifeuerung. Referent: Emanuel Warm. Der Vorstand.

Neue Freie Volkshühne

Die Kunst dem Volke!

Zur Erstaufführung am Freitag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr, im Zirkus Schumann sind eine Anzahl Billetts (II. Platz) a. M. 1.00 nur in der Geschäftsstelle des Vereins, Köpenicker Str. 68, und nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte zu haben. Telefonische Bestellungen können nicht angenommen werden.

Sonnabend, den 11. November, abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Volkstheater, Köpenicker Str. 68:

Der Strom.

Drama von Max Halbe.

Billetts a. M. 1.20 (inkl. Garderobe und Zettel) für Mitglieder und Gäste sind in den Zahlstellen zu haben. 150/6

Täglich Vorstellungen im Neuen Volks-Theater, Köpenicker Straße 68.

Jeden Sonntag Vorstellungen im

Deutschen Theater

Kammerspielhaus

Schiller-Theater O.

Schiller-Th. Charlottenburg

Kleinen Theater*

Neuen Volks-Theater

Konzerte — Kunst- und Leseabende — Gesellige Veranstaltungen.

Gesellschaftsreisen.

Eintrittsgeld 1 Mark. — Vorstellungbeitrag 1 Mark

(in den mit * bezeichneten Theatern 1,50 Mark).

Man verlange Prospekte, die in allen Zahlstellen des Vereins, in den Warenhäusern Tietz, Alexanderplatz, Frankfurter Allee,

Leipziger Straße (an der Theaterkasse) und in der Geschäfts-

stelle des Vereins, Köpenicker Straße 68, unentgeltlich zu haben

sind. Telefonische Auskunft: Amt IV 10292, 11133.

SPORTPALAST

Potsdamer Str. 72

Abendstück: Hurra! Parade! Gr. militärische Revue in 6 Bildern. Sport-Attraktionen I. Ranges. Sololäufer u. -Leuferinnen, Schnelllauf-Konkurrenzen, Hockey-Spiele usw.

Zirka 200 Mitwirkende.

2 Musik-Kapellen. — Feenhafte Beleuchtung.

Größter Eispalast der Welt

CLOU

BERLINER KONZERTHAUS

Mauerstraße 82 x Zimmerstraße 90/91.

Gr. Doppel-Konzert.

Musik. d. Gardie-Fuß-Art.-Regts. Jolly.

Musik. d. 2. G.-Drag.-Rgt. Peschke. Oberm.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Zirkus Busch

He

